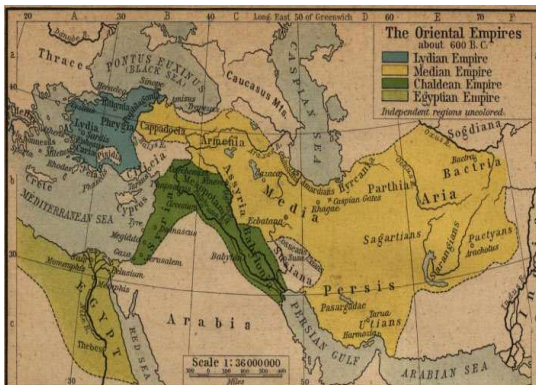


Die Geschichte der Kurden



**Das kurdische Volk lebt zwischen
vier diktatorischen Ländern**



Die kurdische Republik Mahabad: Der Traum wird wahr

Vor 72 Jahren wurden die Gründer der kurdischen Republik Mahabad im Iran erhängt. Ihr Traum von einem freien Kurdistan wird wahr werden.

Nader Fathibokani 2026

Inhalt

Vorwort.....	5
Geschichte der Kurden vor der Antikzeit und neu wissenschaftliche Erkenntnisse	17
Enge genetische Verwandtschaft Juden-Kurden	30
Warum konnten die Kurden bis heute keinen eigenen Staat und kein eigenes Territorium bilden?.....	32
Was hätte anders verlaufen müssen?	41
Islamische Republik, eine Bedrohung für die Welt.....	48
Das Meder Reich.....	81
Geschichte der Kurden Chronologisch	93
Nachwort	233

Über den Autor

Nader Fathibokani ist in der Stadt Bokan im Iran geboren und lebt seit 1985 im Exil in Deutschland. Neben seiner beruflichen Tätigkeit Seit vielen Jahren beschäftigt er sich intensiv mit Geschichte, Politik, wissenschaftlichen Entwicklungen, gesellschaftlichen Veränderungen und Religionskritik.

Als Autor und Übersetzer hat er mehr als 50 Bücher übersetzt und verfasst. Sein besonderes Interesse gilt der Entwicklung des menschlichen Wissens, dem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt sowie der kritischen Auseinandersetzung mit Religion, Weltanschauungen und politischen Machtstrukturen.

Das vorliegende Buch **„Die Geschichte der Kurden“** entstand aus seiner langjährigen Beschäftigung mit der Geschichte, Kultur und politischen Entwicklung der Kurden. Dabei versucht der Autor, historische Ereignisse nicht isoliert zu betrachten, sondern sie im Zusammenhang mit gesellschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und religiösen Entwicklungen zu verstehen.

Sein Anliegen ist es, durch historische Aufklärung und kritisches Denken einen Beitrag zu einem rationaleren und differenzierteren Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart zu leisten.

Vorwort

Die kurdische Geschichte ist reichhaltig und vielschichtig, geprägt von einer langen Geschichte, kultureller Vielfalt und politischen Herausforderungen. Die Kurden sind eine ethnische Gruppe, die hauptsächlich in einem Gebiet bekannt als Kurdistan leben, das sich zwischen vier Diktatur Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien erstreckt. Die Wurzeln der Kurden reichen bis in die Antike zurück, und sie waren historisch in verschiedenen Königreichen und Reichen vertreten, darunter der Meder reich und das Perserreich. Im Mittelalter waren die Kurden in verschiedenen muslimischen Dynastien und Reichen aktiv, darunter das Kalifat der Abbasiden¹ und das Osmanische Reich.

Nach der vollständigen Eroberung der arabischen Halbinsel durch die arabisch-islamischen Armeen begann ein militärischer Vorstoß gen Norden, gegen die zwei großen Reiche des Mittleren Ostens: das Oströmische Reich im Nordwesten und das Persische Reich der Sassaniden-Dynastie im Nordosten. Die Araber erzielten dabei Erfolge in großen Schlachten in den Jahren 634 und 636 n.Chr. gegen die Römer und 637 und 642 n.Chr. gegen die Perser, deren damalige Hauptstadt, Ctesiphon, in der

¹ Die Abbasiden waren eine bedeutende islamische Herrscherdynastie, die von 750 bis 1258 das Kalifat anführte und als zweites großes Kalifenreich nach den Umayyaden regierte. Sie stammten von al-Abbas ab, einem Onkel des Propheten Mohammed. de.wikipedia.org/wiki/Abbasiden-Kalifat

Nähe des heutigen Bagdads lag. Diese Ereignisse veränderten die Machtverhältnisse im Orient, die mehr oder weniger bis zum Sturz des Abbasiden-Reiches im Jahr 1258 stabil blieben.

Das an Mesopotamien angrenzende Land der Kurden blieb natürlich nicht von den Auswirkungen dieser Epoche verschont. Zwischen 637 und 645 n.Chr. vollzog sich die arabisch-islamische Eroberung großer Teile des heutigen Kurdistans unter schweren Kämpfen. Die meisten Kurden nahmen zwar den Islam als Religion an, galten aber nicht unbedingt als treue Untertanen der islamisierten Araber. Unter der Herrschaft der arabischen Khalifen, ob Raschidun 632-661, Omaiaden 661-750 oder Abbasiden 750-1258, sind zahlreiche lokale und regionale Erhebungen dokumentiert, an denen die Kurden allein oder mitbeteiligt waren.

In der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts zeichnete sich der Aufstieg mehrerer bekannter kurdisch-islamischer Dynastien ab. Diese nutzten die Schwäche der Zentralgewalt der Abbasiden-Khalifen infolge des verstärkten Einflusses der Buyaiden-Dynastie sowie die fortlaufenden Rivalitäten zwischen relativ etablierten Autoritäten aus, um ihre Herrschaft über große Teile des heutigen Kurdistans auszudehnen und zu behaupten.

Zu den wichtigsten Dynastien gehörten die Shaddadiden vom Stamm Rawadi, aus dem später die große Ayubiden-Dynastie unter Salahaddin hervorging. Die Ayubiden regierten Ägypten und Syrien. Außerdem waren die Hasnawayden und die Marwaniden bedeutende

Dynastien, die über Jahrzehnte hinweg jeweils große Teile des heutigen Kurdistans beherrschten.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches wurde das Gebiet der Kurden unter verschiedenen kolonialen Mächten aufgeteilt. Dies führte dazu, dass die kurdische Bevölkerung in verschiedenen Staaten leben. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es Bemühungen um die Schaffung eines unabhängigen kurdischen Staates. Diese Bestrebungen wurden jedoch durch politische und geopolitische Entwicklungen sowie durch Widerstand von benachbarten Staaten unterdrückt.

Es gab jedoch während der Verhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg Bestrebungen einiger kurdischer Gruppen, die die Gelegenheit nutzten, um die Idee einer unabhängigen kurdischen Nation zu fördern. In dieser Zeit entstand das sogenannte "Wilsonianische Versprechen"². US-Präsident Woodrow Wilson hatte in seinem 14-Punkte-Programm zur Beendigung des Ersten Weltkriegs das Recht der Völker auf Selbstbestimmung betont.

Mustafa Kemal (Atatürk), der Gründer der modernen Türkei, spielte eine bedeutende Rolle in Bezug auf die territoriale Neuordnung und die Ablehnung der Idee eines

² Als „wilsonianische Versprechen“ versteht man das **14-Punkte-Programm** von US Präsident Woodrow Wilson aus dem Jahr 1918, das vor allem das **Selbstbestimmungsrecht der Völker**, den **freien Welthandel** und die **Gründung des Völkerbundes** umfasste. Diese Vision einer neuen, gerechten und demokratischen Nachkriegsordnung weckte weltweit große Hoffnungen, konnte jedoch in der Realität der Pariser Friedenskonferenz nicht vollständig eingelöst werden.

unabhängigen kurdischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg.

Jedoch wurde in den Verträgen von Sèvres (1920) und Lausanne (1923) die Aufteilung des Osmanischen Reiches geregelt, und die Bestrebungen nach einem unabhängigen kurdischen Staat wurden nicht umgesetzt. Das Gebiet, das als Kurdistan betrachtet wurde, wurde in verschiedenen Teilen auf die neuen Staaten aufgeteilt, darunter die Türkei, der Irak, der Iran und Syrien. Es ist wichtig zu beachten, dass politische und territoriale Entwicklungen im Zusammenhang mit den Kurden im Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts vielschichtig und oft von Konflikten und politischen Herausforderungen geprägt waren.

Atatürk widersetzte sich jedoch vehement den Bestimmungen des Vertrags von Sèvres und führte den türkischen Unabhängigkeitskrieg (1919–1922) gegen die Besatzungsmächte. Dieser Krieg führte zur Gründung der Republik Türkei im Jahr 1923. Die endgültige territoriale Neuordnung wurde dann im Vertrag von Lausanne festgelegt.

In Lausanne wurde die Idee eines unabhängigen kurdischen Staates aufgegeben, und die türkische Souveränität über Anatolien wurde anerkannt. Die kurdischen Gebiete wurden auf die Nachbarländer aufgeteilt, was zu einer Zersplitterung der kurdischen Bevölkerung führte.

Atatürk und die türkische Regierung setzten politische und kulturelle Assimilationspolitiken ein, die darauf abzielten, eine homogene türkische Nation zu schaffen. Dies hatte Auswirkungen auf die kurdische Bevölkerung in der Türkei und führte zu Spannungen, die in den folgenden Jahrzehnten fortbestanden.

Die Kurden haben im Laufe der Zeit verschiedene Formen des Widerstands und der Bemühungen unternommen, um ihre politischen, kulturellen und sozialen Rechte zu verteidigen. Es gibt mehrere Aspekte des kurdischen Widerstands:

Insbesondere in der Türkei hat es bewaffneten Widerstand gegen die türkische Regierung gegeben. Die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) wurde 1978 gegründet und führte ab den 1980er Jahren einen bewaffneten Kampf für kurdische Rechte und Autonomie. Dieser Konflikt dauert bis heute an.

In verschiedenen Ländern, in denen Kurden leben, versuchen sie auch, politische Rechte auf demokratischem Weg zu erreichen. In Irak haben die Kurden eine gewisse Autonomie in der Region Kurdistan erreicht und verfügen über eine Regionalregierung.

Die Kurden haben sich bemüht, ihre kulturelle Identität zu bewahren und zu fördern, insbesondere durch die Pflege ihrer Sprache, Musik, Kunst und Traditionen. Dies dient dazu, ihre kulturelle Vielfalt zu bewahren und gegen Assimilationspolitiken anzukämpfen.

Die kurdische Diaspora und ihre Unterstützer haben international auf die Rechte der Kurden aufmerksam gemacht und versucht, diplomatischen Druck auszuüben, um politische Lösungen und Anerkennung zu fördern.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Bemühungen und Formen des Widerstands je nach Region und politischem Kontext variieren. Die Frage der kurdischen Rechte und Autonomie ist komplex und hat zu verschiedenen politischen Entwicklungen geführt, die bis heute andauern. Der Konflikt zwischen der PKK und der türkischen Regierung sowie politische Herausforderungen in anderen Teilen der Region spielen eine zentrale Rolle in dieser Thematik.

Im Iran leben ebenfalls beträchtliche Bevölkerungsgruppen kurdischer Ethnizität, insbesondere in den westlichen Provinzen des Landes, die an das Gebiet Kurdistan angrenzen. Ähnlich wie in anderen Ländern der Region sind die kurdischen Gemeinschaften im Iran in politische und kulturelle Entwicklungen involviert. Hier sind einige wichtige Aspekte der kurdischen Situation im Iran:

Die iranischen Kurden haben im Laufe der Jahre eine Reihe politischer Bewegungen erlebt, die sich für ihre Rechte und Autonomie einsetzen. Es gab verschiedene Gruppen, darunter politische Parteien und bewaffnete Gruppen, die sich für die Anerkennung der kurdischen Identität und Rechte einsetzen. Die kurdische Bevölkerung im Iran hat wiederholt über Menschenrechtsverletzungen berichtet, darunter

Einschränkungen der kulturellen und politischen Rechte sowie Diskriminierung. Es gab Berichte über Verhaftungen von Aktivisten und Unterdrückung von kurdischen kulturellen Ausdrucksformen. Trotz politischer Herausforderungen bemühen sich die Kurden im Iran, ihre kulturelle Identität zu bewahren und zu fördern. Dies schließt die Pflege ihrer Sprache, Traditionen, Musik und Kunst mit ein. Einige Kurden im Iran beteiligen sich auch an politischen Prozessen innerhalb der Rahmenbedingungen der Islamischen Republik. Es gibt kurdische Vertreter im iranischen Parlament, und einige versuchen, politische Veränderungen auf legalem Wege zu bewirken.

Die Situation der Kurden im Iran ist komplex, und politische Entwicklungen können sich im Laufe der Zeit ändern. Es ist wichtig zu beachten, dass die Thematik der kurdischen Rechte und Autonomie in jedem Land der Region auf unterschiedliche Weise behandelt wird, wobei politische, historische und kulturelle Faktoren eine Rolle spielen.



Die Republik Mahabad war ein kurzlebiger unabhängiger Staat, der im Jahr 1946 in der Stadt Mahabad im Iran ausgerufen wurde. Diese Republik wurde von kurdischen Aktivisten gegründet, unterstützt von der Sowjetunion, die zu dieser Zeit Teile des Nordwestens des Iran besetzt hatte. Hier sind einige Schlüsselinformationen über die Republik Mahabad:

Die Republik Mahabad wurde am 22. Januar 1946 ausgerufen. Ihr erster Präsident war Qazi Muhammad, ein prominenter kurdischer Führer und Richter.



Qazi Muhammad³

Die Sowjetunion unterstützte die Republik Mahabad, indem sie Truppen in die Region entsandte und die kurdischen Streitkräfte mit Waffen und Ausrüstung versorgte. Dies war Teil der sowjetischen Einflussnahme auf die Nachkriegsordnung im Nahen Osten. Die Republik Mahabad hatte jedoch eine kurze Lebensdauer. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs änderten sich die

³ Qazi Mohammed war ein kurdischer Politiker, Parteigründer, Richter und Präsident der Republik Mahabad. Er entstammte einer aristokratischen kurdischen Familie von angesehenen Geistlichen, die traditionell das Amt des religiösen Richters ausübten. (1893 – 1947)

geopolitischen Dynamiken, und die Sowjetunion zog ihre Unterstützung zurück. Die iranische Regierung reagierte mit militärischen Maßnahmen, und die Republik Mahabad brach im Dezember 1946 zusammen. Nach dem Zusammenbruch der Republik Mahabad wurde Qazi Muhammad von den iranischen Behörden gefangen genommen und später exekutiert. Dies markierte das Ende dieses kurzen Versuchs, einen unabhängigen kurdischen Staat zu etablieren. Obwohl die Republik Mahabad kurzlebig war, hatte sie langfristige Auswirkungen auf das Bewusstsein der kurdischen Bevölkerung in der Region. Sie erinnerte die Kurden an ihre Bestrebungen nach politischer Autonomie und Unabhängigkeit.

Während der Herrschaft von Qazi Muhammad und der Republik Mahabad (1946) verfolgte die Sowjetunion in erster Linie ihre eigenen geopolitischen Interessen im Nordwesten Irans. Die Unterstützung Moskaus für die kurdische Bewegung war daher nicht uneingeschränkt oder langfristig angelegt, sondern diente vor allem der Stärkung des sowjetischen Einflusses in der Region und als Druckmittel gegenüber der iranischen Regierung.

Als sich der internationale Druck – insbesondere durch die Vereinigten Staaten – auf die Sowjetunion erhöhte und Verhandlungen mit der iranischen Regierung über politische und wirtschaftliche Zugeständnisse begannen, änderte Moskau seine Strategie. Die sowjetischen Truppen zogen sich aus dem Iran zurück und stellten ihre Unterstützung für die Republik Mahabad weitgehend ein.

Diese Entwicklung führte dazu, dass die Republik Mahabad politisch und militärisch isoliert wurde. Ohne

den Rückhalt der Sowjetunion war sie der iranischen Armee kaum gewachsen. Im Dezember 1946 marschierten iranische Truppen in Mahabad ein, die Republik brach zusammen, und Qazi Muhammad wurde später verhaftet und am 31. März 1947 hingerichtet.

Aus historischer Sicht vertreten viele Historiker die Auffassung, dass die Sowjetunion die kurdische Bewegung vor allem als Instrument ihrer Außenpolitik nutzte. Als sich ihre strategischen Interessen änderten, ließ sie die Kurden im Stich. Dieses Ereignis gilt bis heute als eines der bekanntesten Beispiele dafür, wie die Interessen einer Großmacht über die Hoffnungen eines kleineren Volkes gestellt wurden.

Die Idee eines unabhängigen kurdischen Staates wurde nach dem Zusammenbruch der Republik Mahabad nicht unmittelbar wieder aufgegriffen, aber der Traum eines unabhängigen Kurdistan bleibt in der kurdischen Geschichte ein wichtiges Thema. In späteren Jahren setzten verschiedene kurdische Bewegungen und Gruppen ihre Bemühungen für politische Rechte und Autonomie fort.

Die Kurden gehören mit schätzungsweise 45 bis 55 Millionen Menschen zu den größten Völkern der Welt ohne einen eigenen souveränen Staat. Sie leben überwiegend in der Türkei, im Iran, im Irak und in Syrien. Obwohl sich ihre politische und gesellschaftliche Situation von Land zu Land unterscheidet, sehen sich viele Kurden weiterhin mit Einschränkungen ihrer kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte konfrontiert.

Im Iran fordern viele Kurden seit Jahrzehnten mehr kulturelle, sprachliche und politische Rechte. Kurdische Parteien und Aktivisten berichten regelmäßig von staatlicher Repression, Verhaftungen und harten Strafen. Gleichzeitig bleibt die Region von wirtschaftlichen Problemen und begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten betroffen.

Seit der Islamischen Revolution von 1979 stehen viele kurdische Regionen im Iran unter starkem politischem und sicherheitspolitischem Druck. Die Islamische Republik betrachtet zahlreiche kurdische Parteien und Organisationen als Bedrohung für die territoriale Einheit des Staates und geht mit großer Härte gegen oppositionelle Aktivitäten vor.

Menschenrechtsorganisationen berichten seit Jahren über willkürliche Verhaftungen, Folter, Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit sowie über Todesurteile gegen politische Aktivisten. Besonders kurdische Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Angehörige oppositioneller Parteien sind häufig von Repressionen betroffen.

Darüber hinaus gehören die kurdischen Provinzen im Westen des Iran zu den wirtschaftlich benachteiligten Regionen des Landes. Hohe Arbeitslosigkeit, geringe Investitionen und mangelnde Entwicklungsmöglichkeiten verschärfen die soziale Situation vieler Menschen.

Kritiker werfen der Islamischen Republik vor, staatliche Institutionen zur Unterdrückung politischer Gegner einzusetzen und ein Klima der Angst zu schaffen. Aus

diesem Grund bezeichnen einige Oppositionelle das iranische Regime als ein „mafiaähnliches System“, da sie ihm Machtmissbrauch, Korruption, Vetternwirtschaft und die gewaltsame Ausschaltung von Kritikern vorwerfen.

Die kurdische Bevölkerung fordert bis heute die Achtung der Menschenrechte, die Anerkennung ihrer kulturellen und sprachlichen Identität sowie mehr politische Teilhabe. Trotz internationaler Kritik hat sich die Menschenrechtslage in den kurdischen Gebieten des Iran bislang nichts geändert.

In Nordostsyrien entstanden während des syrischen Bürgerkriegs autonome Verwaltungsstrukturen unter kurdischer Führung. Deren Zukunft ist jedoch aufgrund der komplexen Sicherheitslage, regionaler Konflikte und internationaler Machtinteressen weiterhin ungewiss.

Insgesamt befinden sich die Kurden auch heute noch in einer schwierigen politischen Lage. Trotz bedeutender Fortschritte in einzelnen Regionen sind ihre grundlegenden Forderungen nach Gleichberechtigung, kultureller Anerkennung, politischer Teilhabe und – für einen Teil der kurdischen Bevölkerung – nach Selbstbestimmung bislang nicht umfassend erfüllt. Zugleich wird die kurdische Frage weiterhin stark von den Interessen der Staaten geprägt, in denen Kurden leben, sowie von den geopolitischen Interessen regionaler und internationaler Mächte.

Nader Fathibokani

März 2026

Geschichte der Kurden vor der Antikzeit und neu wissenschaftliche Erkenntnisse

Vor der Antike, insbesondere in den Jahrhunderten vor Christi Geburt, ist die Geschichte der kurdischen Bevölkerung weniger gut dokumentiert, und es gibt begrenzte schriftliche Aufzeichnungen über ihre politischen Aktivitäten. Das Gebiet, in dem die Kurden heute leben, wurde von verschiedenen Völkern und Kulturen bewohnt, und die kurdische Identität entwickelte sich im Laufe der Jahrhunderte.

Es ist bekannt, dass die Region, die als Kurdistan bekannt ist, im Laufe der Geschichte von verschiedenen Imperien und Reichen beeinflusst wurde. Einige der Völker in dieser Region hatten ihre eigenen politischen Strukturen, und es gab Wechselwirkungen mit benachbarten Kulturen. Es gibt jedoch keine spezifischen schriftlichen Aufzeichnungen über eine organisierte politische Einheit der Kurden vor der Antike.

Die kurdische Geschichte vor der Antike ist oft mit den Geschehnissen in Mesopotamien, Iran und anderen Teilen des Nahen Ostens verbunden. Es gibt archäologische Hinweise darauf, dass die kurdische Region schon früh besiedelt war, aber umfassende Informationen über politische Strukturen und Aktivitäten in dieser Zeit sind begrenzt.

Die Kurden hatten ihre eigene einzigartige Kultur und Sprache, aber ihre politische Organisation und Einflussnahme vor der Antike bleiben in den historischen Aufzeichnungen weitgehend im Dunkeln. Mit dem Aufkommen von Schriftsystemen und einer genaueren historischen Dokumentation in späteren Perioden können Forscher mehr über die politischen Aktivitäten und Strukturen der Kurden in der Antike und danach erfahren.

Neulich hat Ferdinand Hennerbichler ein Buch mit dem Titel '**Herkunft der Kurden**' über ein aktuelles politisches, gesellschaftliches und kulturelles Thema geschrieben - über die Herkunft der Kurden. Die Gesamtzahl der Kurden beträgt heute etwa 50 Millionen; ihr Hauptsiedlungsgebiet liegt im Nahen Osten, sie sprechen kurdische Dialekte und leben in zum Teil sehr großen ethnischen Minderheiten in der Türkei, im Irak, im Iran, in Syrien und etwa 2 Millionen in andere Länder. Überall' kämpfen sie um Anerkennung und Autonomie und finden sich in Konfliktsituationen mit den Nationalstaaten, in denen sie leben.

Entlang der wissenschaftlichen Diskussion über die Herkunft der Kurden in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen kommt man geradewegs zu Hauptfragen der Anthropologie, der historischen, aber auch der biologischen. Ethnogenese⁴, Ansätze zur "Nationenbildung", Sprachentwicklung, Grundlagen und

⁴ **Ethnogenese** (von griechisch *ethnos* = Volk und *genesis* = Entstehung) bezeichnet den **Prozess der Entstehung einer ethnischen Gemeinschaft** oder eines Volkes. Dabei entwickeln sich über einen längeren Zeitraum eine gemeinsame Identität, Sprache, Kultur, Traditionen und oft auch ein gemeinsames Geschichtsbewusstsein.

Entwicklungstendenzen⁵ kollektiver und individueller Identität, all das sind Fragestellungen, die im Hinblick auf die Kurden zum großen Teil noch auf schlüssige wissenschaftliche Antworten warten. Das Institut für historische Anthropologie in Wien hat die fundierte Arbeit von Ferdinand Hennerbichler mit großer Überzeugung in das Publikationsprogramm der historisch-anthropologischen Studien übernommen. Gerade Forschungen, wie jene Henner Bichlers, die breite und offene Interdisziplinarität wagen und sich der Maxime von Paul Feyerabend "wider den Methodenzwang" verpflichtet fühlen, sind für die aktuelle Forschung im Allgemeinen und die Anthropologie im Besonderen wertvoll und weiterführend.

Hubert Christian Ehalt über das Buch „Herkunft der Kurden“ sagt: Die aktuellen Erkenntnisse der Molekularbiologie, der Genetik und immer stärker der Neurophysiologie verändern das Menschenbild und das Wissen über das Kultur- und Naturwesen Mensch. Die „Menschenkunde“, die Anthropologie, muss neu - wesentlich aus interdisziplinären Quellen - konzipiert werden. Geistes- und Kulturwissenschaften einerseits und Naturwissenschaften andererseits sind aufgefordert, ihre Ergebnisse miteinander auszutauschen, miteinander zu diskutieren, aufeinander zuzugehen. Der aus Österreich stammende Neurowissenschaftler Eric Kandel, der für seine Forschungen den Nobelpreis für Medizin erhielt, gab seinem Buch „Auf der Suche nach dem Gedächtnis“ den Untertitel „Die Entstehung einer neuen Wissenschaft des Geistes“. Mit dem Blick auf die aufregenden neuen

⁵ Veränderung oder Weiterentwicklung eine erkennbare Richtung oder Neigung.

Ergebnisse dieser Neuropsychologie rücken die alten vertrauten Konzepte von „menschlicher Identität“ - z.B. „Herz“ und „Busen“ für den Ort, in dem Ich Gefühle und Bewusstsein wurzeln - immer mehr in den Bereich des Mythologischen. Die von Max Weber so genannte Entwicklung der „Entzauberung der Welt“ scheint im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts erst so richtig begonnen zu haben. Sind - so muss man heute fragen - die alten Konzepte der Lebens- und kulturellen Welten, die Geschichte, Soziologie, Ethnologie, Kommunikations- und Sprachwissenschaften erforschen, für die Analyse des Menschen obsolet?

Die neuen Naturwissenschaften geben bis dato jedoch trotz ihrer gleichermaßen wichtigen wie interessanten Kritik der alten Geisteswissenschaften und ihrer Methoden und Ergebnisse noch keine plausiblen Parameter für ein neues und aktuelleres Wissenschaftliches Weltbild. Das Wissen über Geschichte und Gesellschaft basiert auf Texten, auf von Menschen gestalteten Objekten mit von Menschen gegebenen Sinngehalten und Funktionen. Mit von Historikerinnen entwickelten Methoden der Quellen- und Textkritik analysieren und deuten wir die Handlungen der Menschen - Analyse und Erklärung einerseits und Verständnis und Deutung andererseits - ergänzen einander. Der Konstruktivismus hat in allen Wissenschaftsdisziplinen - in den Naturwissenschaften ebenso wie in den Kulturwissenschaften - die selbstreflexiven Perspektiven und die daraus entwickelten Methoden zur Berücksichtigung und Relativierung des „Standortes“, an dem sich der Beobachter befindet, gestärkt. In der Geschichtswissenschaft vertraut man heute weniger einem

naiven Positivismus, der Würdigung von „Fakten“, als einer Perspektive, die davon ausgeht, dass die geistig-kulturelle Welt aus „Erzählungen“ und „Texten“ besteht. Das Fragmentarische und Ephemere⁶ der geistes- und kulturwissenschaftlichen Deutung der menschlichen Handlungen und Gestaltungen war bis jetzt Grundlage und Garantie für die Offenheit der sozialen Welt und ihrer Deutungen: wenn unterschiedliche und immer neue Interpretationen des gesellschaftlichen Geschehens möglich sind, dann ist auch die gegenwärtige Gestaltung der Welt offen.

Die Naturwissenschaften sagen vereinfacht: beim Denken und Handeln, die den Menschen konstituieren, gibt es ein Geschehen, das die Molekularbiologen und die Neurophysiologen wissenschaftlich beschreiben können und in dem die „Willensfreiheit“, die Gestaltung der Welt durch autonome Individuen, eine immer geringere Rolle spielt.

Die Geistes- und Kulturwissenschaften sagen andererseits, dass die Texte und Werke, mit denen sie arbeiten - z.B. Laurence Sternes Tristram Shandy, Voltaires Candide, Goethes Faust, Mozarts Zauberflöte -, unendlich viel mehr über den Menschen aussagen, als die von den Molekularbiologen sequenzierte DNA; was erfährt man - so argumentieren sie - über den Menschen, wenn man weiß, was beim Komponieren und Hören von Mozarts Requiem beim „Tanz der Proteine“ im Gehirn vorgeht. Deutung und Verständnis könnten doch einzig

⁶ **Ephemer** (Adjektiv; von griechisch *ephemeros* = „nur einen Tag dauernd“) bedeutet: kurzlebig, vorübergehend.

und allein über sprachliche Erkundungen der Qualität und der Inhalte der Werke geschehen.

Wie die historische Anthropologie in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden ist, waren die Perspektiven von Natur- und Kulturwissenschaften auf den Menschen noch weit verschwommener, die wissenschaftlichen Konflikte, aber auch die Möglichkeiten spannender, grenzüberschreitender Forschungsarbeit waren noch weniger deutlich. Vorsehnell konnte man auf dem Wissenschaftsstand vor 25 Jahren von Biologismen und Soziologismen sprechen, wenn man Grenzüberschreitungen der Disziplinen ansprechen wollte.

In den letzten Jahren ist es möglich geworden, dass eine interdisziplinäre Studie wie jene, die Ferdinand Henner Bichlers in Seinem Buch vorlegt, entsteht. Das Buch Henner Bichlers zeigt idealtypisch, wie Natur- und Kulturwissenschaften heute zusammenarbeiten können. Die wichtigsten Disziplinen dieser großen thematischen Forschungsgemeinschaften – Populationsgenetik, Geschichte, Archäologie und Linguistik - werden im vorliegenden Text in einen ungeheuer anregenden Dialog gebracht. Henner Bichler kennt die Forschungsergebnisse von Luigi Luca Cavalli-Sforza ebenso wie die historische und aktuelle linguistische Forschung über die Kurden. Henner Bichlers Buch zeigt paradigmatisch, wie fruchtbar und spannend der Dialog zwischen biologischer und historischer Anthropologie gegenwärtig ist.

Das Institut für Historische Anthropologie, in dessen Schriftenreihe Ferdinand Henner Bichlers Buch erscheint,

bietet seit seiner Gründung eine lebendige Diskussionsplattform für unterschiedliche Perspektiven auf den Menschen als Natur- und Kulturwesen aus natur- und kulturwissenschaftlicher Perspektive.

Die naturwissenschaftlich orientierte Anthropologie erforscht den Menschen unter morphologischen und organfunktionellen, in wachsendem Maß aber unter genetischen und molekularbiologischen Aspekten, die Soziobiologie versucht, gesellschaftliche Prozesse als Kampffeld egoistischer Gene zu enttarnen, die Ethologie - gegenwärtig immer stärker die Evolutionsbiologie - untersucht Verhaltensprogramme, die sich in der Evolution herausgebildet haben. Von den Ergebnissen der Molekularbiologie, vor allem aber auch von jenen der Neurophysiologie und deren Anwendungen, die von Politik und Wirtschaft mit großem Interesse wahrgenommen werden, sind für Wissenschaft und Gesellschaft, für Ethik und Menschenbild entscheidende Impulse zu erwarten.

Die historische Anthropologie beschäftigt sich mit dem Menschen als einem durch die Kulturen geformten und formbaren Wesen. Sie geht auf der Grundlage vielfältiger differenzierter Befunde über unterschiedliche Ethnien und Kulturen in verschiedenen Epochen davon aus, dass die Menschen in ihren Sprachen, Symbolen, Ritualen, Verhaltensweisen und Wahrnehmungsformen flexible Kulturwesen sind, die die Fähigkeit haben, über ihr individuelles und soziales Leben zu reflektieren. Das Handeln der Menschen - auch das wissenschaftliche Handeln - wird stets durch diese Reflexionstätigkeit gestaltet, modifiziert, weiterentwickelt.

Fraglos gibt es in den Kulturen Lebensfelder, die in ihren Strukturen und Ausdrucksformen einander ähnlich sind, weil die durch die Natur vorgegebenen Probleme ähnliche Lösungen nahelegen und weil die Menschen sich in ihrem genetischen Potenzial jedenfalls in den letzten zwanzigtausend Jahren nicht - oder nur kaum - verändert haben. In dem Bereich dieser „Universalien“ gehört die Gesamtheit der Ausdrucksformen des Lebenszyklus, des generativen Verhaltens, der Umgang mit Körper und Sexualität, mit Raum- und Zeitstrukturen in unterschiedlichen kulturellen Situationen. Aus den Kulturwissenschaften wissen wir, dass die Bewältigung der Grundprobleme des Menschseins unendlich viele kulturelle Ausdrucks-, Interpretations- und Wahrnehmungsformen hervorgebracht und zugelassen hat. Die historische Anthropologie geht formalen, inhaltlichen und funktionalen Gemeinsamkeiten und Unterschieden in der Naturbewältigung nach und fragt nach deren Ursachen und Folgen.

Neben den biologisch-genetischen Strukturen, die Biologie, Molekularbiologie, Neuro-physiologie, Genetik, Ethologie und Soziobiologie erforschen, gibt es also diese historisch geprägten Strukturen, die durch Gestaltbarkeit und Reflexivität gekennzeichnet sind und die menschliche Geschichte und Kultur erst konstituierten und gestalten. Sie haben bisweilen eine über viele Generationen reichende „longue duree⁷“. Die historisch-anthropologischen Studien analysieren diese in der

⁷ Longue durée (französisch: „lange Dauer“) ist ein geschichtswissenschaftlicher Begriff, der vom französischen Historiker Fernand Braudel geprägt wurde. Er bezeichnet die Betrachtung von Geschichte über sehr lange Zeiträume – über Jahrhunderte oder sogar Jahrtausende hinweg.

Geschichte sich entfaltenden Strukturen von Verhaltensweisen und von symbolischen Ausdrucks- und Kommunikationsformen und deren Wahrnehmung durch die Individuen.

Das Buch gibt - auf der Grundlage der Jahrzehnte langen Kurdenforschungen, die der Autor betrieben hat, einen Überblick über Fakten, Bedeutungen, Symbole, Erzählungen, deren Struktur und Semantik und deren Interpretation über die Herkunft der Kurden. Die Stärke dieses Textes ist die eindrucksvolle Kompetenz (im empirischen Befund ebenso wie im scharfen theoretischen Blick) des Autors. Als Herausgeber der historisch-anthropologischen Studien freue ich mich darüber, dass mir Ferdinand Henner Bichler seinen Text, der sich als Handbuch der Kurdologie bald durchsetzen wird, zur Publikation übergeben hat. (Hubert Christian Ehalt)

Ergebnisse der Populationsgenetik legen den Schluss nahe, dass Kurden im Wesentlichen multiethnokulturelle Nachkommen neolithischer Ackerbauern, Viehzüchter und Hirten sind, die spätestens seit der Jungsteinzeit zwischen -11.500 und -5.500 YBP Gebiete des nördlichen Fruchtbaren Halbmondes des Nahen Ostens und Eurasiens bevölkert und zivilisiert sowie zur Ausbildung und Verbreitung neuer Sprachen wie indoeuropäischer beigetragen haben. Hervorgegangen sind Kurden aus einem multikulturellen, ethnogenetischen Substrat um des Nahen Ostens und Eurasiens.

mtDNA: Mütterlicherseits stammen Kurden laut verfügbaren Genstudien von Frauen-Clans ab, die sich von der Linie L3 aus Afrika herleiten und weite Teile des

Nahen Ostens und Eurasiens, später auch Europas, bevölkert haben. Signifikant und Charakteristisch sind unter Kurden besonders alte, in der Region sonst nur eher selten vertretene mtDNA-Linien wie U5. Älteste, ethnogenetisch ermittelte mtDNA Typen unter heute noch lebenden Kurden werden mit etwa 55.000 YBP⁸ angenommen.

Y-DNA: Väterlicherseits leiten sich heute noch lebende Kurden genetisch von drei Vorfahren-Clans ab, die sich aus Afrika geographisch in unterschiedlichen Richtungen eigenständig fortentwickelt haben. Zunächst im Überblick:

Erstens von vermutlich ältesten, in Prozent-Anteilen an Y-DNA aber kleineren Gruppen männlicher Vorfahren von Kurden:

Linienstrang 1: YAP⁹: -50.000 YBP, E*M96: 30-40.000 YBP Adam/Afrika-Nahost-Mittelmeer-Linien: M168-YAP-M96-M35¹⁰

Linienstrang 2: C*M130: -50.000 YBP Adam/Afrika-Asien-Linie: M168-M130, mit C*M130 als Asien-Abzweigung Afrika-Arabische Halbinsel-SW-Asien-Australien (Küstenclan, der auch Inland ging).

⁸ YBP steht für „Years Before Present“ („Jahre vor der Gegenwart“).

⁹ YAP ist eine **genetische Veränderung auf dem Y-Chromosom**, die nur über die **väterliche Linie** weitergegeben wird (also vom Vater zum Sohn).

¹⁰ **M168 → YAP → M96 → M35** bezeichnet eine Abfolge genetischer Marker auf dem **Y-Chromosom** und beschreibt eine bestimmte **väterliche Abstammungslinie (Y-Chromosom-Haplogruppe)**.

Zweitens: Linienstrang 3: „Eurasischer Adam“: Hauptgruppen, die väterlicherseits bis heute in Kurden klar dominieren, leiten sich von männlichen Clans des sogenannten „Eurasischen Adams“ her. Einer Verzweigung der afrikanischen Stammlinie M168 über die bedeutende Migrations-Linie F*M89 nach Asien und Europa. Kurden werden daher von Populationsgenetikern in Linien männlicher Vorfahren auch deutlich überwiegend als Nachkommen und Verwandte von Gruppen des „Eurasischen Adams“ (M169-F*M89) beschrieben. Diese bildeten zusammen mit Migrationsclans aus Afrika über Nordafrika und Arabien, die in Kurden kleinere Y-DNA-Anteile haben, ein bis heute prägendes, ethnogenetisches Substrat um multikultureller Ur-Bevölkerungen in Nahost und Eurasien. Als Zeitrahmen für deren Entstehung gibt der Populationsgenetiker R. Spencer Wells ein großes Zeitfenster von -31-79.000 YBP an.

Die Forschungsergebnisse der Populationsgenetik legen nahe, dass Kurden im Wesentlichen Nachkommen einer multiethnokulturellen Urbevölkerung sind, die in ihrem angestammten Lebensraum, den sie bis heute bewohnen und gestalten, ansässig waren. Die genetischen Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Vorfahren der Kurden bis zu etwa 50.000 Jahren zurückverfolgt werden können. Geographisch gesehen zeigt die Populationsgenetik, dass die Ur-Heimat der Vorfahren der Kurden in Gebieten des nördlichen Fruchtbaren Halbmondes liegt, einschließlich Ost-Anatolien, Nord-Mesopotamien und den Zagros-Regionen, mit Ausläufern bis in den heutigen Iran.

Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass Kurden nach den Erkenntnissen der Populationsgenetik nie überwiegend im heutigen Iran gelebt haben, ebenso wenig wie im heutigen Nordwest-Iran. Daher ist eine Zuordnung der Kurden basierend auf heutigen sprachlichen Kriterien in erster Linie als nordwestiranisches Volk nicht genau und könnte irreführend sein.

Die Forschung im Bereich der Genetik bestätigt, dass allein mit einer wissenschaftlichen Disziplin, wie beispielsweise Sprachvergleichen, nicht zwangsläufig die Herkunft eines Volkes oder einer Population bewiesen werden kann. Im Fall der Kurden bedeutet dies, dass ihre heutige iranische Sprache nicht zwangsläufig darauf hindeutet, dass sie ursprünglich aus dem Iran stammen. Es ist möglich, dass die Kurden im Laufe ihrer Geschichte die iranische Sprache übernommen und mitentwickelt haben.

Die vorliegende Arbeit kommt daher zu dem Schluss, dass die Kurden laut den Erkenntnissen der Populationsgenetik als eigenständiges Volk mit einer multiethnokulturellen Herkunft betrachtet werden sollten, die größtenteils außerhalb des heutigen Irans liegt, auch wenn sie heute Iranisch sprechen.

Die Arbeit von Luigi Luca Cavalli-Sforza und seinem Team am Human Population Genetics Laboratory (HPGL) an der Stanford-Universität hat maßgeblich dazu beigetragen, ein tieferes Verständnis für die genetische Evolution verschiedener Völker zu erlangen. Cavalli-Sforza, einer der führenden Genetiker seiner Zeit, hat durch seine Forschung wichtige Erkenntnisse über die

menschliche genetische Vielfalt und ihre historischen Ursprünge gewonnen.

Das Hauptanliegen dieser Forscherteams ist es, die Erkenntnisse der Genetik mit denen der historischen Linguistik zu verknüpfen, um ein umfassendes Bild der Herkunft und Entwicklung von Völkern zu erhalten. Durch die Einbeziehung von Kurden und anderen Populationen in ihre Studien tragen sie dazu bei, die komplexe Geschichte und die vielfältigen Ursprünge dieser Gruppen besser zu verstehen.

Cavalli-Sforza identifizierte genetische Vorfahren der Kurden, die eng mit den autochthonen Völkern des Nahen Ostens verbunden sind. Dieses Umfeld erstreckte sich geografisch vom Kaukasus über Anatolien und Nord-Mesopotamien bis zum Kaspischen Meer und umfasste auch Teile der arabischen Welt und des Irans. Er erkannte auch die Verbindung zwischen der genetischen und sprachlichen Entwicklung dieser Völker und versuchte, zwei große Herkunfts- und Verbreitungstheorien, die Anatolien- und die "Kurgan"-These¹¹, in Einklang zu bringen. Cavalli-Sforzas Arbeit hat somit wesentlich dazu beigetragen, ein umfassenderes Verständnis für die Ursprünge und die kulturelle Entwicklung der Kurden und anderer Völker des Nahen Ostens zu schaffen.

¹¹ Die **Kurgan-These** (auch **Kurgan-Hypothese**) ist eine archäologisch-linguistische Theorie zur **Ursprungsgeschichte der indoeuropäischen Sprachen**. Sie wurde vor allem durch die litauisch-amerikanische Archäologin Marija Gimbutas in den 1950er–1970er Jahren bekannt gemacht.

Enge genetische Verwandtschaft Juden-Kurden

In neuesten Studien international renommierter Populationsgenetiker vor allem um Ariella Oppenheim, Almut Nebel und Marina Faerman in Israel wird der Nachweis geführt, dass Kurden zu den genetisch engsten Verwandten von Juden zählen. Juden sind demnach mit Kurden genetisch enger verwandt als mit (heute) geographisch benachbarten Arabern. Nachgewiesen wurde diese charakteristische, genetische Nähe zwischen Juden und Kurden in zwei Entwicklungsstadien der männlichen Y-DNA J-Linie (J-p12f2"). Zunächst wurde bereits Ende der 90-er Jahre von einem anderen israelischen Forscherteam auf der ältesten Y-DNA J-Linie, der Gründerlinie J-p12f2, unter Juden eine besonders alte Haplotype ermittelt, die an die hebräische „Cohen¹²“- Priesterschaft der Bibel anknüpft und nach dieser „Cohen modal haplotype CMH¹³“ benannt wurde. Dieser „Cohen“ CMH konnte vorerst zu unterschiedlichen Prozentsätzen in verschiedenen jüdischen Gruppen nachgewiesen werden. Weitere, derzeit noch laufende Forschungen ergaben, dass der „Cohen modal haplotype CMH“ nicht nur unter Juden vorkommt, sondern auch

¹² In der Populationsgenetik wird manchmal die sogenannte **Cohen-Modell/Hypothese** erwähnt, besonders im Zusammenhang mit der **Y-Chromosom-Haplogruppe J1 (J-P58)**: Die Forschung zeigt jedoch auch, dass nicht alle heutigen Cohanim denselben genetischen Ursprung haben und dass die historische Priesterlinie komplexer ist.

¹³ Der **Cohen Modal Haplotype (CMH)** ist ein Begriff aus der **Populationsgenetik** und bezeichnet ein bestimmtes Muster von **Y-Chromosom-Markern (Y-STRs)**, das bei vielen Männern gefunden wurde, die sich traditionell als **Kohanim (Cohanim)** – also jüdische Priester – identifizieren.

unter anderen Völkern, wenn auch in geringeren Prozentsätzen. Bisheriges Fazit: zu nicht-jüdischen Gruppen, die den „Cohen“ CMH aufweisen, gehören vor allem Kurden, Armenier und palästinensische Araber. Nachweise für den CMH wurden in kleineren Prozentsätzen auch in Italien und Ungarn gefunden. Dies wird auf Migrationsströme von Nahost nach Europa zurückgeführt. In bisherigen Studien konnte nicht endgültig geklärt werden, ob und inwieweit der „Cohen modal haplotype CMH“ Aufschluss über Herkunft und Genesis von Völkern wie Juden und deren genetische Verwandte geben könnte. In der laufenden Diskussion besteht jedoch Einvernehmen darüber, dass der „Cohen modal haplotype CMH“ erstens einen sehr alten genetischen Marker repräsentiert, und dass er zweitens zugleich signifikant unter Kurden nachzuweisen ist.

Warum konnten die Kurden bis heute keinen eigenen Staat und kein eigenes Territorium bilden?

Meiner Meinung nach lässt sich die Tatsache, dass die Kurden bis heute keinen eigenen souveränen Nationalstaat geschaffen haben, nicht mit einem Mangel an Geschichte, Kultur oder politischem Bewusstsein erklären. Im Gegenteil: Das kurdische Beispiel zeigt sehr deutlich, dass eine alte und reiche Kultur allein noch keinen Staat hervorbringt. Entscheidend sind vielmehr politische Macht, günstige historische Konstellationen, institutionelle Einheit und internationale Unterstützung. Ich würde die Gründe in mehrere miteinander verbundenen Faktoren aufteilen:

1. Die Kurden lebten nicht in einem einzigen politischen Zentrum

Das kurdische Siedlungsgebiet ist seit Jahrhunderten durch Gebirge, Täler und große Entfernungen geprägt. Es gab zahlreiche lokale Fürstentümer und Stammesgebiete, aber lange Zeit **keine dauerhafte zentrale kurdische Staatsmacht**, die das gesamte Gebiet politisch zusammenführen konnte.

Das ist ein entscheidender Unterschied: Eine gemeinsame Sprache und Kultur können ein starkes

Identitätsgefühl schaffen, aber ein Staat braucht zusätzlich **dauerhafte Institutionen, Verwaltung, Armee, Wirtschaft und ein gemeinsames politisches Zentrum.**

2. Die Kurden befanden sich zwischen großen Imperien

Die kurdischen Gebiete lagen an einer geopolitisch äußerst wichtigen Stelle zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich. Beide Mächte konkurrierten um diese Region.

Kurdische Fürstentümer konnten teilweise große Autonomie bewahren, aber gerade diese politische Zersplitterung verhinderte häufig eine überregionale Einigung. Kurdische Herrscher kämpften nicht immer gemeinsam für ein übergeordnetes kurdisches politisches Projekt, sondern oft auch **gegeneinander oder auf Seiten verschiedener Großmächte.**

3. Die kurdische Gesellschaft war lange stärker lokal als national organisiert

Man darf dabei nicht mit heutigen Vorstellungen von Nationalstaaten auf frühere Jahrhunderte zurückblicken.

Für einen Menschen im 17. oder 18. Jahrhundert konnten **Stamm, Religion, Fürstentum, Stadt oder lokale Herrschaft** wichtiger sein als eine moderne nationale Identität.

Das bedeutet nicht, dass es keine kurdische Identität gab. Aber die moderne Vorstellung:

„Wir sind ein Volk und brauchen deshalb einen eigenen Nationalstaat“ entwickelte sich in ihrer heutigen politischen Form erst wesentlich später.

4. Der entscheidende Zeitpunkt kam zu einem ungünstigen Moment

Der Erste Weltkrieg hätte eine historische Chance eröffnen können. Das Osmanische Reich zerfiel, und mit dem Vertrag von Sèvres von 1920 wurde zumindest die Möglichkeit einer kurdischen Autonomie und perspektivisch eines kurdischen Staates vorgesehen.

Aber diese Möglichkeit wurde nicht verwirklicht.

Mit dem Vertrag von Lausanne von 1923 wurde die politische Ordnung der Region anders festgelegt. Die kurdischen Siedlungsgebiete blieben überwiegend innerhalb der Türkei, des Iran, des Irak und Syriens.

Damit entstand ein grundlegendes Problem:

Die Kurden waren nicht nur politisch geteilt – sie wurden Teil verschiedener Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen und Interessen.

5. Die neuen Staaten hatten ein starkes Interesse an territorialer Einheit

Für die Türkei, den Iran, den Irak und Syrien war die territoriale Integrität ihrer Staaten von zentraler Bedeutung. Eine politische Vereinigung der kurdischen Gebiete hätte für alle vier Staaten einen erheblichen territorialen und geopolitischen Verlust bedeutet.

Deshalb wurden kurdische Autonomie- oder Unabhängigkeitsbewegungen immer wieder bekämpft.

Hier zeigt sich eine wichtige historische Regel:

Ein Volk braucht nicht nur den Willen zur Staatsgründung; es muss auch in der Lage sein, die bestehende staatliche Ordnung zu verändern – und genau das ist bei den Kurden auf vier Staaten verteilt besonders schwierig.

6. Die internationalen Mächte spielten eine entscheidende Rolle

Die Geschichte der Kurden kann man nicht verstehen, ohne die Interessen der Großmächte zu berücksichtigen.

Großbritannien, Frankreich, Russland/Sowjetunion, später die USA und andere Mächte unterstützten kurdische Bewegungen zu verschiedenen Zeiten, wenn dies ihren

eigenen strategischen Interessen diene. Aber diese Unterstützung war meistens **situationsabhängig und nicht dauerhaft an die Gründung eines kurdischen Staates gebunden.**

Das ist beispielsweise bei der Republik Mahabad 1946 sehr deutlich zu sehen. Ohne eine nachhaltige internationale Absicherung war ihre Existenz nur von kurzer Dauer.

7. Die kurdischen Bewegungen waren selbst politisch nicht einheitlich

Das ist vielleicht einer der schwierigsten Punkte, aber für eine ernsthafte historische Betrachtung sehr wichtig.

Die Kurden waren und sind **keine politisch homogene Bewegung.** Es gab unterschiedliche Parteien, Ideologien, Stammesinteressen, religiöse Gruppen und regionale Vorstellungen.

Auch heute verfolgen beispielsweise kurdische politische Kräfte in der Türkei, im Irak, im Iran und in Syrien teilweise unterschiedliche Ziele:

- kulturelle Rechte,
- Föderalismus,
- Autonomie,
- Konföderalismus,
- oder vollständige staatliche Unabhängigkeit.

Diese Unterschiede haben es erschwert, eine gemeinsame politische Strategie zu entwickeln.

8. Aber: Die Kurden sind keineswegs „erfolglos“

Hier möchte ich einer wichtigen Differenzierung empfehlen.

Wenn man Erfolg ausschließlich daran misst, ob ein **souveräner kurdischer Nationalstaat** entstanden ist, dann haben die Kurden dieses Ziel bisher nicht erreicht.

Aber wenn man Kultur, Sprache, Identität und politische Institutionen betrachtet, sieht die Geschichte anders aus.

Die kurdische Identität hat trotz jahrzehntelanger Teilung und teilweise massiver Repression **überlebt und sich politisch weiterentwickelt**. Im Irak entstand sogar eine international anerkannte autonome politische Region mit eigenen Institutionen.

Das ist historisch keineswegs bedeutungslos.

Der tiefere Punkt, wenn man sich dieser Frage stellt: **„Warum waren die Kurden nicht erfolgreich?“**

Sondern, soll man vielleicht eher fragen:

„Warum konnte ein Volk mit einer ausgeprägten kulturellen Identität und einer langen historischen Entwicklung seine politische Einheit nicht in einen eigenen souveränen Staat überführen?“

Die Antwort wäre ungefähr:

Weil kulturelle Kontinuität und politische Macht zwei verschiedene Dinge sind.

Die Kurden verfügten über Sprache, Kultur, historische Erinnerung, regionale Verwurzelung und später auch ein immer stärkeres nationales Bewusstsein. Was ihnen über lange Zeit fehlte, war eine **dauerhafte überregionale politische Einheit**, ein gemeinsames Machtzentrum und – besonders nach dem Ersten Weltkrieg – die internationale Machtkonstellation, die eine staatliche Neuordnung zugelassen hätte.

Und vielleicht lässt sich die kurdische Geschichte deshalb mit einem sehr prägnanten Satz zusammenfassen:

Die Geschichte der Kurden ist nicht die Geschichte eines Volkes ohne Identität, sondern die Geschichte eines Volkes, dessen kulturelle Kontinuität seine politische Zersplitterung überlebt hat.

Das wäre meines Erachtens auch eine **sehr gute zentrale These für dieses Buch**, weil sie weder romantisiert noch die kurdische Geschichte auf „Unterdrückung durch andere“ reduziert. Sie berücksichtigt zugleich **innere Faktoren und äußere Machtverhältnisse**.

Was sich aber tatsächlich als **wiederkehrendes Muster** beobachten lässt, ist etwas anderes: **Wenn kurdische politische Bewegungen die territoriale Einheit oder die staatliche Kontrolle der jeweiligen Staaten infrage**

stellten, konnten ansonsten gegensätzliche Mächte ein gemeinsames Interesse daran haben, eine kurdische staatliche Unabhängigkeit zu verhindern.

Besonders deutlich wurde dieses Problem nach dem Ersten Weltkrieg. Die kurdischen Siedlungsgebiete lagen nach der Neuordnung des Nahen Ostens innerhalb mehrerer Staaten. Für deren Regierungen war die territoriale Integrität des eigenen Staates ein grundlegendes Interesse. Dadurch entstand eine Situation, in der die Kurden mit **mehreren staatlichen** Machtzentren gleichzeitig konfrontiert waren.

Die Kurden standen über Jahrhunderte zwischen rivalisierenden Großmächten. Türken, Perser und Araber waren politisch, religiös und strategisch häufig tief gespalten; in einem Punkt jedoch überschnitten sich ihre staatlichen Interessen immer wieder: **Die Entstehung eines unabhängigen kurdischen Staates** hätte die bestehenden territorialen Ordnungen grundlegend verändert. So wurde die kurdische Frage immer wieder zu einer gemeinsamen Herausforderung für unterschiedliche Staaten – trotz ihrer eigenen Konflikte und Rivalitäten.

Oder kann man einfach behaupten: **„Die Tragik der kurdischen Geschichte liegt nicht nur darin, dass die Kurden selbst politisch geteilt waren, sondern auch darin, dass ihre Nachbarn trotz eigener Rivalitäten ein gemeinsames Interesse an der Bewahrung ihrer territorialen Ordnung hatten. Was Türken, Perser und Araber voneinander trennte, war oft größer als das, was sie verband – doch die Möglichkeit einer**

unabhängigen kurdischen Staatlichkeit berührte bei allen die gleiche Frage: die Unverletzlichkeit ihrer eigenen Grenzen.“

Was hätte anders verlaufen müssen?

Die Kurden hätten ihre kulturelle Identität früher in eine dauerhafte politische und institutionelle Einheit übersetzen müssen:

1. Früher Aufbau kurdischer politischer Institutionen

Die kurdischen Fürstentümer und Emirate – etwa Botan, Baban, Soran, Badinan und andere – verfügten teilweise über eigene Verwaltung, Herrscherhäuser und militärische Strukturen. Das Problem war jedoch, dass diese politischen Einheiten nicht dauerhaft zu einer gemeinsamen politischen Ordnung zusammenwuchsen.

Eine entscheidende alternative Entwicklung wäre gewesen: „Aus mehreren kurdischen Fürstentümern hätte sich schrittweise eine gemeinsame politische Konföderation entwickeln müssen.“

Nicht unbedingt sofort ein Nationalstaat, sondern zunächst eine **kurdische Konföderation**, die gemeinsame Außenpolitik, Verteidigung und wirtschaftliche Interessen koordiniert.

2. Eine gemeinsame politische Identität

Kulturelle Gemeinsamkeiten allein reichen nicht. Entscheidend ist die Entstehung eines gemeinsamen politischen Bewusstseins.

Die Kurden hätten früher eine Vorstellung entwickeln müssen wie:

„Wir sind nicht nur verschiedene Stämme, Regionen oder Fürstentümer, sondern bilden eine gemeinsame politische Gemeinschaft.“

Dabei hätten Stammes-, Familien-, religiöse und regionale Loyalitäten schrittweise hinter einer gemeinsamen politischen Identität zurücktreten müssen.

3. Das Osmanische Reich als mögliches Fenster

Besonders interessant ist das 19. Jahrhundert.

Wenn die kurdischen Eliten damals eine gemeinsame politische Organisation aufgebaut und gegenüber Istanbul mit einer Stimme verhandelt hätten, wäre möglicherweise eine **autonome kurdische Region innerhalb des Osmanischen Reiches** entstanden.

Das wäre vermutlich realistischer gewesen als sofortige Unabhängigkeit.

Eine Entwicklung ähnlich der späteren europäischen Autonomiemodelle hätte denkbar sein können:

Osmanisches Reich → kurdische Selbstverwaltung → institutionelle Konsolidierung → möglicherweise spätere Unabhängigkeit.

4. Der entscheidende Moment nach dem Ersten Weltkrieg

Hier sehe ich eines der wichtigsten historischen Fenster.

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches wurde die politische Landkarte des Nahen Ostens neu geordnet. Der **Vertrag von Sèvres von 1920** sah Möglichkeiten für eine kurdische Autonomie und unter bestimmten Bedingungen auch einen möglichen Weg zur Unabhängigkeit vor.

Aber die Voraussetzungen dafür waren äußerst schwierig:

- keine einheitliche kurdische politische Führung,
- konkurrierende kurdische Organisationen,
- unterschiedliche regionale Interessen,
- fehlende militärische Macht,
- britische und französische Interessen,
- der Aufstieg der türkischen Nationalbewegung,
- und später der Vertrag von Lausanne.

Hier hätte eine **einheitliche kurdische politische Delegation** mit klaren territorialen Vorstellungen möglicherweise bessere Voraussetzungen geschaffen.

5. Die Kurden hätten ihre Interessen international organisieren müssen

Das ist meines Erachtens ein besonders wichtiger Punkt.

Ein Volk kann historisch, kulturell und zahlenmäßig bedeutend sein – ohne deshalb automatisch einen Staat zu bekommen.

Für einen Staat braucht es auch **internationale Diplomatie**.

Die Kurden hätten spätestens nach 1918:

- eine gemeinsame diplomatische Vertretung,
- einheitliche territoriale Forderungen,
- internationale Bündnisse,
- eine gemeinsame Presse- und Informationspolitik
- und langfristige Beziehungen zu den europäischen Mächten

aufbauen müssen.

Dabei wäre es wichtig gewesen, nicht vollständig von einer einzigen Großmacht abhängig zu sein.

6. Nach der Aufteilung auf Türkei, Iran, Irak und Syrien

Nach der Entstehung der modernen Staaten wurde die Situation noch schwieriger.

Nun befanden sich die Kurden in **vier unterschiedlichen politischen Systemen**.

Eine realistische Strategie wäre möglicherweise gewesen, zunächst **Autonomie innerhalb der bestehenden Staaten** anzustreben.

Zum Beispiel:

kulturelle Rechte → kommunale Selbstverwaltung → regionale Autonomie → föderale Strukturen → langfristig eventuell Konföderation oder Unabhängigkeit.

Das wäre politisch wahrscheinlich realistischer gewesen als der Versuch, sofort einen unabhängigen Gesamtstaat Kurdistan zu schaffen.

7. Der wichtigste Faktor: Institutionen statt nur Widerstand

Das ist vielleicht die wichtigste Schlussfolgerung.

Viele kurdische Bewegungen haben Widerstand geleistet. Aber **Widerstand allein schafft noch keinen Staat**.

Für eine dauerhafte politische Ordnung braucht man:

- Verwaltung
- Bildungssystem
- Rechtssystem

- wirtschaftliche Institutionen
- politische Parteien
- diplomatische Vertretungen
- Sicherheitsstrukturen
- gemeinsame politische Ziele
- und vor allem eine stabile gesellschaftliche Legitimation.

Anders gesagt:

Eine Nation entsteht nicht allein dadurch, dass Menschen dieselbe Sprache, Kultur und Geschichte besitzen. Sie entsteht politisch erst dann, wenn diese Menschen dauerhafte Institutionen schaffen, die ihre gemeinsamen Interessen vertreten.

Meine historische „Was-wäre-wenn“-These

Wenn ich diese Frage auf einen einzigen Satz reduzieren müsste, würde ich es so formulieren:

Die kurdische Geschichte hätte wahrscheinlich einen anderen Verlauf genommen, wenn sich aus den kurdischen Fürstentümern bereits im 18. oder 19. Jahrhundert eine gemeinsame politische Konföderation entwickelt hätte, die eine gemeinsame Identität, Verwaltung, militärische Verteidigung und Diplomatie aufgebaut und die historischen Chancen nach dem Ersten Weltkrieg geschlossen genutzt hätte.

Nochmal: Dabei würde ich allerdings **nicht behaupten, dass die Kurden selbst allein für das Ausbleiben eines eigenen Staates verantwortlich waren.** Das wäre historisch zu einfach. Die Politik des Osmanischen Reiches, später der Türkei, Irans, Iraks und Syriens sowie die Interessen Großbritanniens, Frankreichs, Russlands und anderer Mächte spielten ebenfalls eine entscheidende Rolle.

Für dieses Buch könnte daraus sogar ein sehr interessantes Kapitel entstehen:

„Warum entstand kein kurdischer Staat? – Innere Faktoren und äußere Mächte“

Darin könnte man die Ursachen in zwei große Gruppen aufteilen:

Innere Faktoren: politische Zersplitterung, Stammesstrukturen, regionale Interessen, fehlende gemeinsame Institutionen, Rivalitäten der Eliten.

Äußere Faktoren: Osmanisches Reich, Iran, Türkei, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion, Sykes-Picot¹⁴, Sèvres, Lausanne und die Interessen der regionalen Staaten.

¹⁴ Sykes-Picot-Abkommen. Das Abkommen wurde **1916** geschlossen und zunächst geheim gehalten. Beide Staaten (Britten und Franzosen) planten darin, **große Teile des Osmanischen Reiches** nach dessen erwarteter Niederlage unter sich aufzuteilen bzw. ihren Einfluss dort zu sichern.

Islamische Republik, eine Bedrohung für die Welt

Iran wird oft als eine potenzielle Bedrohung für die Stabilität im Nahen Osten betrachtet. Es gibt mehrere Gründe, warum diese Wahrnehmung besteht:

Atomprogramm: Der Iran hat ein umstrittenes Atomprogramm verfolgt, das Anlass zur Sorge in der internationalen Gemeinschaft gibt, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeit einer nuklearen Bewaffnung.

Unterstützung von Milizen und terroristischen Gruppen: Der Iran wird beschuldigt, verschiedene Milizen und terroristische Gruppen in der Region zu unterstützen, was zu Instabilität und Konflikten beiträgt.

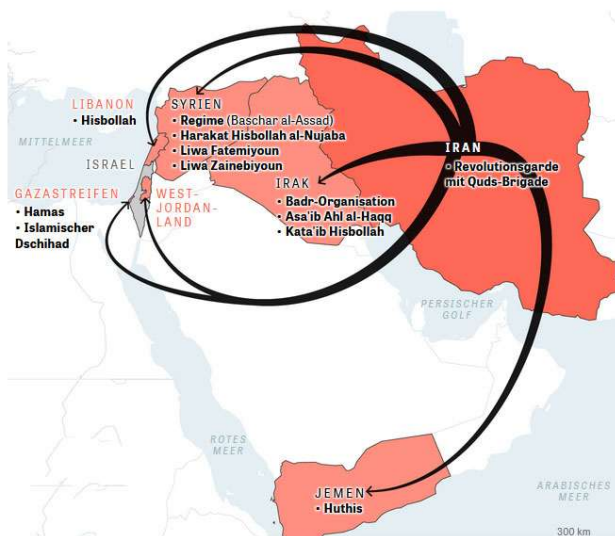
Das Massaker der Hamas am 7. Oktober und die Raketen- und Drohnenangriffe auf den Norden Israels sowie auf Schiffe im Roten Meer und die militärische Aktivitäten Hisbollah in Libanon haben etwas gemeinsam: Sie wurden durch die Unterstützung des Iran ermöglicht. Die Außenpolitik des iranischen Regimes unter Ajatollah Ali Chamenei verfolgt im Wesentlichen drei Ziele: Israel zu zerstören, die Macht Saudi-Arabiens einzuschränken und das US-Militär aus dem Nahen Osten zu vertreiben.

Um diese Ziele zu erreichen, nutzt die Führung des Iran eine sogenannte Proxy-Strategie. Sie unterstützt Terrororganisationen, Milizen, Parteien oder sogar Regierungen wie die in Syrien mit Geld,

Geheimdienstinformationen, Waffen und militärischer Ausbildung. Im Gegenzug vertreten diese Proxies nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch die des iranischen Regimes.

Irans Einfluss auf den Nahen Osten

Welche Gruppierungen das iranische Regime unterstützt



Die iranische Führung bezeichnet ihr Netzwerk mehr oder weniger Iran-treuer Gruppierungen als "Achse des Widerstands". Laut dem Militärexperten Fabian Hinz vom International Institute für Strategic Studies halten diese Gruppen gemeinsam viele regionale Konflikte konstant am Laufen, aber immer knapp unter der Schwelle eines "totalen Krieges". Im Folgenden zeigen wir, mit welchen Verbündeten das iranische Regime einen echten Frieden im Nahen Osten verhindert.

1. Der Südlibanon wird von der schiitischen Hisbollah kontrolliert, die sowohl als politische Partei als auch als hochgerüstete Miliz agiert. Sie entstand 1982 als Reaktion auf Israels Intervention im libanesischen Bürgerkrieg und wurde von Anfang an von den Al-Kuds-Brigaden¹⁵, der Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden, unterstützt. Ideologisch orientiert sie sich eng am Iran – einerseits religiös, andererseits in ihrer grundlegenden Feindschaft gegenüber Israel und den USA.

Durch langjährige finanzielle, militärtechnische und politische Unterstützung seitens des Irans konnte die Hisbollah wachsen und ihren Einfluss im Libanon erheblich ausbauen. Nahostexperte Hinz betrachtet die Gründung der Hisbollah als eine der ersten Maßnahmen der iranischen Proxy-Strategie und als das bedeutendste Projekt der Al-Kuds-Brigaden. Seit 1982 habe der Iran "kontinuierlich an diesem Projekt gearbeitet". Aus iranischer Sicht sei das Hisbollah-Projekt eine "bemerkenswerte Erfolgsgeschichte", die als Vorbild für ähnliche Vorhaben anderswo dienen könnte, so Hinz.

Das iranische Regime verfolgt im Libanon mehrere Ziele. Die Gründung der Hisbollah nur drei Jahre nach der iranischen Revolution war zunächst ein Versuch, den Geist der Islamischen Revolution in andere Länder zu

¹⁵ Al-Kuds-Brigaden (arabisch: Sarāyā al-Quds, سرايا القدس) sind der militärische Arm des Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ).

tragen. Obwohl es keinen Umsturz nach dem Vorbild des Irans gab, sicherte sich die Hisbollah eine zentrale Rolle in der libanesischen Politik. Heute spielt sie eine entscheidende Rolle in der Innenpolitik des Libanons und ist militärisch sogar stärker als die offizielle libanesischen Armee.

Gleichzeitig war von Anfang an die radikale Gegnerschaft zu Israel ein Kernbestandteil der Ideologie der Hisbollah. Die Zerstörung des jüdischen Staates ist eines der wichtigsten Ziele der Terrororganisation. Um dieses Ziel zu fördern, wird sie vom Iran mit Waffen unterstützt. Es wird geschätzt, dass ihr Waffenarsenal bis zu 200.000 Raketen umfasst. Darunter fallen einfache Artillerieraketen sowie ballistische Raketen mit großer Reichweite und Präzisionssteuerung, Antischiffsraketen, Luftabwehrraketen, Angriffsdrohnen sowie Panzerabwehrraketen und Sturmgewehre, die der Iran direkt oder indirekt an die Hisbollah liefert.

Nicht nur hat die Hisbollah damit Zugang zu moderneren Waffensystemen, sie verfügt auch über "viel größere Stückzahlen" im Vergleich zu anderen vom Iran unterstützten Milizen, so Hinz. Besonders bedeutend ist der Transfer von Produktionsknow-how¹⁶ in den Libanon und nach Syrien, um der Hisbollah die Herstellung präzisionsgesteuerter Raketen und Drohnen zu ermöglichen.

¹⁶ Produktions-Know-how bedeutet praktisches Wissen und technische Erfahrung darüber, wie man ein Produkt effizient und qualitativ hochwertig herstellt.

Dank ihrer militärischen Stärke konnte die Hisbollah nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch Erfolge erzielen. In Syrien, im Irak und im Jemen unterstützte sie gemeinsam mit den Al-Kuds-Brigaden proiranische Milizen. Im syrischen Bürgerkrieg half sie, eine Niederlage der Assad-Koalition zu verhindern. Im Jahr 2000 trug sie dazu bei, israelische Truppen aus dem Libanon abzuziehen, und auch 2006 konnte sie sich im Krieg gegen Israel behaupten.

Zwischen dem Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, und dem iranischen Regime bestehen enge Verbindungen, sowohl zu den Al-Kuds-Brigaden als auch zur politischen Führung. Heutzutage ist die Hisbollah nach Ansicht des Militäranalysten Hinz so erfolgreich, dass die Frage aufkommt, ob der Begriff "Proxy" überhaupt noch angemessen ist oder ob die Gruppe bereits "Teil der Führungsstruktur" des Iran ist.

2. Jemen–Iranisch-saudischer Stellvertreterkrieg: In letzter Zeit haben Huthi-Kämpfer im Jemen, offenbar aus Solidarität mit der Hamas, mehrere Drohnen- und Raketenangriffe durchgeführt, darunter auf Handelsschiffe im Roten Meer. Mitte Dezember wurde ein Frachtschiff der deutschen Reederei Hapag-Lloyd von einem Geschoss getroffen, das aus einer von den Huthis kontrollierten Region abgefeuert wurde. Einen Monat zuvor hatten sie außerdem einen Autofrachter gekapert.

Die Ansar Allah oder "Helfer Gottes", wie sich die Huthis selbst bezeichnen, kämpfen seit 2004 gegen die international anerkannte Regierung des Jemen. Was als Bürgerkrieg begann, entwickelte sich über die Jahre zu einem Konflikt mit internationaler Beteiligung. Die jemenitische Regierung wird seit 2015 von einer Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens unterstützt, der auch die Vereinigten Arabischen Emirate und zahlreiche andere Staaten angehören.

Seit den 2000er Jahren und insbesondere seit den frühen 2010er Jahren konnte die Huthi-Miliz verstärkt auf die Unterstützung des Iran zählen, von dem sie inzwischen stark abhängig ist. Obwohl die Huthis ideologisch von der Hisbollah inspiriert sind, gibt es wichtige religiöse Unterschiede zwischen ihnen. Die Huthis sind zwar auch Schiiten, gehören jedoch dem Zaiditischen Zweig des schiitischen Islams an, der den obersten Führer des Iran nicht als geistliches Oberhaupt anerkennt. Die Zaiditen stellen eine bedeutende Minderheit im mehrheitlich sunnitischen Jemen dar.

Trotz dieser religiösen Unterschiede vereint die Huthis und den Iran ihre gemeinsame Feindschaft gegenüber Israel, den USA und vor allem Saudi-Arabien, ihrem direkten Gegner und Hauptfeind. Obwohl die ideologische Verbindung zwischen den Huthis und dem Iran nicht so stark ist wie die zur Hisbollah, unterstützt das iranische Regime die Miliz verstärkt mit modernen Waffensystemen. Diese Waffen, darunter präzisionsgesteuerte Raketen, sind sonst nur der Hisbollah zugänglich.

Die Huthi-Miliz spielt derzeit eine führende Rolle bei der Ausstattung mit modernen iranischen Waffen und beteiligt sich aktiv an maritimen Kriegsführungstechniken, darunter Schnellboote und Seeminen. Über die Huthis trägt der Iran den Konflikt mit den arabischen Golfstaaten aus, ohne selbst in direkte militärische Auseinandersetzungen verwickelt zu werden. Dies ermöglicht es dem Iran, Saudi-Arabien, seinen Konkurrenten um regionale Hegemonie, zu schwächen, ohne ein direktes militärisches Risiko einzugehen. Aus diesem Grund wird der Bürgerkrieg im Jemen oft als Stellvertreterkrieg zwischen dem Iran und Saudi-Arabien angesehen, bei dem die Huthis dank der Unterstützung aus Teheran große militärische Erfolge erzielen konnten – zum Nutzen der iranischen Führung.

3. Palästinensische Gebiete – Die Vernichtung Israels als Ziel. Die Unterstützung islamistischer Gruppen wie der Hamas und des Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ) im Gazastreifen und im Westjordanland durch den Iran kann in erster Linie als Teil der ideologischen Zielsetzung des Irans gesehen werden: die Vernichtung Israels. Die Feindschaft gegenüber Israel ist seit der iranischen Revolution von 1979 ein zentraler Bestandteil der iranischen Staatsdoktrin, ähnlich wie die Feindschaft gegenüber den USA. Entsprechend werden die USA vom Iran als "großer Satan" und Israel als "kleiner Satan" bezeichnet.

Fabian Hinz betont, dass der Iran offen erklärt habe, dass er jede Gruppierung unterstützen werde, die Israel

bekämpft, unabhängig von ideologischen oder politischen Unterschieden. Diese Feindschaft gegenüber Israel hat sogar Vorrang vor dem Kampf gegen den sunnitischen Islamismus, wie im Fall der Unterstützung der Hamas und des PIJ im Gegensatz zum Kampf gegen den "Islamischen Staat" (IS) im Irak.

Cornelius Adebahr von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik sieht auch einen Konkurrenzkampf des Irans mit arabischen Staaten in der Palästinastrategie. Die Golfmonarchien suchen zunehmend Annäherung an den Westen und haben sich in den letzten Jahren Israel genähert. Der Iran hingegen hat sich stets als Unterstützer der palästinensischen Sache dargestellt, oft mehr als die arabischen Länder. Diese Darstellung ist für den Iran von großer Bedeutung.

Die Beziehung zwischen dem Iran und der Hamas erlebte einen kurzzeitigen Rückschlag während des syrischen Bürgerkriegs, als die Hamas auf der Seite stand, die dem iranischen Regime entgegengesetzt war. Dieses Zerwürfnis wurde jedoch schnell überwunden. Die Unterstützung der Hamas durch den Iran ist von strategischem Kalkül geprägt, um Israel zu schaden und sich als wahrer Unterstützer der Palästinenser zu präsentieren.

Fabian Hinz sieht den Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober als mögliche Gefährdung der iranischen Strategie eines graduellen Machtausbaus in der Region. Eine direkte Beteiligung des Iran an der Vorbereitung dieser Angriffe gilt als unwahrscheinlich, jedoch steht die

langjährige Unterstützung des Irans für die Hamas und andere palästinensische Terrororganisationen außer Frage. Besonders wichtig ist die Lieferung iranischer Produktion Technologie zur Herstellung von Raketen im Gazastreifen.

4. Irak – Einst große Gefahr, heute "kleiner Bruder"

Die Auswirkungen des ersten Golfkriegs zwischen 1980 und 1988 prägen bis heute die Irakpolitik des Irans. Kurz nach der Gründung der Islamischen Republik griff der militärisch hochgerüstete Irak unter Präsident Saddam Hussein das Nachbarland an. "Die gesamte Führungsschicht der Islamischen Republik wurde im Schützengraben des Iran-Irak-Kriegs sozialisiert", erklärt Militärexperte Hinz. Diese Erfahrung beeinflusst die Politik des Regimes in Teheran bis heute. Die iranische Einflussnahme im Irak ist teilweise von der Vorstellung geleitet, den Irak "schwach zu halten" und zu verhindern, dass er "wieder zu einer Bedrohung werden könnte".

Zusätzlich zur "negativen" Seite gibt es laut Iranexperte Adebahr auch eine "positive". Seit der US-Invasion im Jahr 2003 wird der Irak vermehrt als eine Art "kleiner Bruder" des Irans angesehen, mit dem es "sehr vielfältige Verbindungen" gibt, auch aus religiösen Gründen. Die Bevölkerung des Iraks ist größtenteils schiitisch, und zahlreiche bedeutende schiitische Heiligtümer befinden sich auf irakischem Gebiet.

Laut Adebahr strebt der Iran danach, die Ereignisse im Nachbarland mitzubestimmen. Er habe diese Rolle "in die Lücke im Irak gestoßen", die die US-Invasion und die Entfernung von Saddam Hussein hinterlassen haben. Der Iran verfolgt dieses Ziel entweder direkt über die Regierung oder durch Druck auf der Straße und die Unterstützung schiitischer Milizen.

Eine der wichtigsten Gruppen, die der Iran im Irak unterstützt, ist die schiitische Badr-Organisation. Sie übt ihren Einfluss sowohl als paramilitärische Brigade als auch als politische Partei aus und setzt die Regierung in Bagdad unter Druck.

Zusätzlich zu der Badr-Organisation arbeiten die iranischen Al-Kuds-Brigaden am Aufbau weiterer schiitischer Milizen im Irak, darunter die Asa'ib Ahl al-Haqq und die Kata'ib Hisbollah. Diese Gruppen verfolgten ursprünglich das Ziel, die US-Präsenz im Irak zu bekämpfen und haben auch heute noch Angriffe auf US-Stützpunkte durchgeführt. Sie haben auch mit der Badr-Organisation zusammengearbeitet, um den IS zu bekämpfen und dem Iran zu helfen, strategisch wichtige Gebiete im Irak zu kontrollieren, die eine direkte Verbindung zur "Achse des Widerstands" ermöglichen.

Parallel zu den militärischen Erfolgen der Milizen übt der Iran auch Einfluss auf die irakische Zentralregierung aus, indem er proiranische Politiker in wichtige Ämter bringt, einschließlich des Ministerpräsidenten.

5. Syrien – Der engste Verbündete in der Region.

Während das iranische Regime in Ländern wie dem Libanon oder dem Jemen Gruppen unterstützt, die eine proiranische Gegenmacht zur bestehenden Regierung bilden sollen, ist die Situation in Syrien eine ganz andere. Hier steht die Unterstützung direkt dem Assad-Regime selbst zur Verfügung.

Politikberater Adebahr beschreibt Syrien als einen langjährigen und engen Verbündeten des Iran - "und das gibt es in der Region nicht viele." Die Verbindung zwischen Iran und Syrien geht zurück auf Hafiz al-Assad, den Vater des heutigen Präsidenten Baschar al-Assad. Hafiz al-Assad erkannte die Islamische Republik nicht nur schnell nach ihrer Gründung an, sondern unterstützte sie auch während des Krieges gegen den Irak.

Als Baschar al-Assad Anfang der Zehnerjahre im syrischen Bürgerkrieg in Gefahr geriet, sahen die Machthaber in Teheran die Notwendigkeit, einzugreifen, um ihren wichtigsten Verbündeten nicht zu verlieren. Sie taten dies, indem sie einerseits Gruppen aus anderen Ländern in Syrien intervenieren ließen und andererseits

weitere Milizen aufbauten. Bereits um den Jahreswechsel 2011/12 begannen die iranischen Revolutionsgarden, Freiwillige nach Syrien zu schicken. 2013 griff die libanesische Hisbollah auf Anweisung des iranischen Regimes direkt in den Bürgerkrieg ein.

Zu den wichtigen Gruppen, die im Sinne des Iran in Syrien intervenierten, gehörten neben der Hisbollah auch irakische Milizen wie die iranentreue Harakat Hezbollah al-Nujaba, die aus der irakischen Asa'ib Ahl al-Haqq hervorging. Das iranische Al-Kuds-Korps gründete auch schiitische Milizen aus ausländischen Kämpfern: die Fatemiyoun- und Zainebiyoun-Brigaden, eine aus afghanischen Schiiten und die andere aus pakistanischen.

Gemeinsam mit den iranischen Revolutionsgarden, der Hisbollah und den iranentreuen Gruppen aus dem Irak bildeten die Brigaden eine Achse zur Unterstützung des syrischen Regimes - mit Erfolg. So konnten sie die Rebellen zusammen mit der syrischen Armee und pro-regierungstreuen Milizen effektiv zurückhalten. Nur für die Rückeroberung bereits verlorener Gebiete war die Unterstützung der russischen Armee erforderlich.

Die geografische Lage Syriens ist für den Iran von großer Bedeutung: Der Politologe Adebahr spricht von einer "Verbindung zum Mittelmeer", die der Iran durch die

Unterstützung Syriens aufrechterhält. Die Lage Syriens "im Hinterhof Israels" und im Umland des Libanons ist aus iranischer Perspektive geostrategisch besonders wichtig.

Allerdings begrenzt die Nähe Syriens zu Israel die Möglichkeiten einer iranischen Machtausdehnung. Obwohl der Iran gerne eine starke Präsenz in Syrien aufbauen möchte, ist die potenzielle Bedrohung für Israel zu groß. Die israelischen Verteidigungsstreitkräfte intervenieren daher in Syrien, um pro-iranische Milizen zu schwächen. Die israelische Kampagne mit zahlreichen Luftangriffen hat bisher erfolgreich die Fähigkeiten der iranischen Milizen in Syrien begrenzt.

Trotz dieser Herausforderungen dürfte die israelische Intervention nichts an der iranischen Strategie ändern, die darauf abzielt, seine Macht in der Region durch Unterstützung islamistischer Milizen auszubauen. Somit bleibt das iranische Regime weiterhin eines der größten Hindernisse für den Frieden im Nahen Osten.

Menschenrechtsverletzungen: Die Islamische Republik Iran hat einen autoritären Regierungsstil, der mit Menschenrechtsverletzungen wie politischer Unterdrückung, Einschränkung der Meinungsfreiheit und Verfolgung von Minderheiten verbunden ist.

Regionale Ambitionen: Der Iran strebt nach regionaler Hegemonie und verfolgt eine aggressive Außenpolitik, die zu Spannungen mit seinen Nachbarn und anderen Ländern geführt hat.

Gemäß einem Iranisches Revolutionsgericht wurden im Jahr 2023 im Iran 834 Menschen hingerichtet, was im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von etwa 40 Prozent entspricht. Kritik von Menschenrechtsaktivisten richtet sich an das Regime, das die Todesstrafe zur Unterdrückung einsetzt. Es wird berichtet, dass die iranische Regierung einen Großteil der Hinrichtungen nicht öffentlich macht, wobei nur etwa 15 Prozent offiziell bekannt gegeben wurden. Die restlichen Fälle wurden von der Organisation Iran Human Rights aus eigenen Quellen bestätigt. Über die Hälfte der Hingerichteten wurde wegen Drogendelikten verurteilt, während einem Drittel Mord vorgeworfen wurde.

Am 16. September 2022 verliert die 22-jährige Jina Mahsa Amini in Polizeigewahrsam ihr Leben. Die iranischen Behörden hatten sie zuvor festgenommen, weil sie ihr Kopftuch Angeblich nicht ordnungsgemäß trug. Diese Tragödie löst landesweite Proteste aus, die sich unter dem Slogan "**Jen, Jian, Azadi**" ("Frau, Leben, Freiheit") vereinen. Menschen verschiedener sozialer Schichten vereinen sich auf den Straßen, um gegen das Regime zu demonstrieren. Trotz der brutalen Unterdrückung seitens der Regierung stehen diese Demonstrationen für eine neue Form der Solidarität innerhalb der Gesellschaft, die verschiedene Regionen des

Landes umfasst, und für den Wunsch nach Veränderung weg von der herrschenden Regierung.



Jina-Mahsa Amini

Nach Angaben der in Norwegen ansässigen Menschenrechtsorganisation Hengaw wurden in diesem Jahr bereits 700 Todesurteile im Iran vollstreckt, wie sie am Montag (27. 11.) über den Kurznachrichtendienst X bekannt gab. Ein Vergleich mit dem Vorjahr wurde von Hengaw nicht angegeben. Gemäß Angaben der Organisation Iran Human Rights liegt der Durchschnitt der letzten Jahre bei etwa 600 Exekutionen pro Jahr. In einem Rückblick auf die ersten zehn Monate dieses Jahres meldete Iran Human Rights einen Anstieg der Hinrichtungen im Iran. Seit langem kritisieren Menschenrechtsaktivisten die Anwendung der Todesstrafe in der Islamischen Republik. Es existieren keine offiziellen Zahlen zu Hinrichtungen. Im vergangenen Jahr wurden auch acht Teilnehmer an den systemkritischen Protesten hingerichtet.

Seit der Gründung der Islamischen Republik ist das Tragen des Kopftuchs eng mit dem politischen System der theokratischen Herrschaft verbunden. Frauen sind in der Öffentlichkeit verpflichtet, ihre Haare und ihren Hals mit einem Hijab zu bedecken, und Verstöße werden von der Religions- und Sittenpolizei geahndet.

Seit den 1990er Jahren rebellieren Frauen im Iran gegen diese Kopftuchpflicht, indem sie zunehmend mehr Haare zeigen und das Tuch weiter nach hinten rutschen lassen. Trotz der Kampagnen gegen "schlecht verschleierte" Frauen konnte das Regime den sozialen Wandel nicht stoppen.

Die Proteste unter dem Slogan "**Jen, Jian, Azadi**" zielen nicht nur darauf ab, das Recht auf Selbstbestimmung in der Kleidung durchzusetzen, sondern auch gegen diskriminierende Gesetze wie das Erb-, Scheidungs- und Sorgerecht sowie gegen alle anderen Gesetze, die Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im Alltagsleben benachteiligen. Die Proteste werden zusätzlich durch Wut über Korruption, Misswirtschaft und stark steigende Lebenshaltungskosten verstärkt.

Die Proteste haben bereits über 160 Städte erfasst und finden auch im Internet statt. Das Regime reagiert darauf mit Internetsperren, um die Vernetzung der Demonstranten und die Verbreitung von Informationen zu verhindern. Obwohl die Zahl der Proteste und Teilnehmer in den letzten Monaten zurückgegangen ist, gehen täglich immer noch Iranerinnen und Iraner auf die Straße.

Im April 2023 kündigte das Bildungsministerium an, die Durchsetzung der Kopftuchpflicht an Schulen und Universitäten zu verstärken. Demnach sollen Schülerinnen und Studentinnen, die das Kopftuch nicht korrekt tragen, nicht am Unterricht teilnehmen dürfen. Im gleichen Monat wurde bekannt, dass die iranischen Behörden auf öffentlichen Plätzen Kameras installieren wollen, die Frauen ohne Kopftuch erkennen können. Unverschleierte Frauen sollen per SMS über mögliche Konsequenzen gewarnt werden. Dies soll dazu beitragen, den Widerstand gegen die Kopftuchpflicht einzudämmen, erklärten die Sittenwächter in einer Mitteilung. Das Überwachungssystem nutzt sogenannte intelligente Kameras und "weitere technische Werkzeuge", um einzelne Frauen zu identifizieren.

Am 16. September 2022 verstarb die 22-jährige Jina-Mahsa Amini aus der kurdischen Stadt Saqez im Gewahrsam der Moralphilizei. Amini befand sich auf einer Sightseeing-Tour in Teheran, als sie wegen "unzüchtiger Bekleidung" von den Sittenwächtern festgenommen wurde. Die genauen Umstände ihres Todes bleiben bis heute ungeklärt. Die Behörden behaupten, Amini sei aufgrund einer Vorerkrankung gestorben, während ihre Angehörigen überzeugt sind, dass sie von der Polizei zu Tode geprügelt wurde.

Seitdem gehen Frauen und Männer im Iran zu Tausenden gegen den Zwang zum Tragen des Hijabs und für mehr individuelle Freiheiten auf die Straße. Die Ausmaße der Proteste sind so groß wie seit der Gründung der Islamischen Republik im Jahr 1979 nicht mehr. Die

Brutalität, mit der Sicherheitskräfte auf die Proteste reagieren, steht im Kontrast zum enormen Mut der Iranerinnen und Iraner.

Die Proteste werden immer wieder angeheizt durch das brutale Vorgehen der Polizei. Laut der Organisation Human Rights Activists News Agency (Hrana) mit Sitz in den USA sind seit Beginn der Proteste mindestens 527 Personen getötet worden, darunter 71 Minderjährige. Mehrere Demonstranten wurden bereits hingerichtet (Stand 30. 1. 23).

Das iranische Regime reagiert auf die Proteste mit Gewalt und drakonischen Strafen. Laut Menschenrechtsorganisationen wurden bisher mehr als 20.000 Personen verhaftet, von denen viele Opfer von Folter wurden. Einige wurden bereits wegen "Korruption auf Erden" oder "Feindseligkeit gegen Gott" verurteilt, was im Iran die Todesstrafe zur Folge haben kann. Die Behörden haben bereits begonnen, diese Strafen zu vollstrecken, aber genaue Zahlen sind aufgrund der undurchsichtigen Informationslage nicht bekannt.

Anfang Dezember verkündete der Generalstaatsanwalt Mohammed Jafar Montazeri die Auflösung der Sittenpolizei, die bisher hauptsächlich für die Einhaltung der Kleidungsvorschriften für Frauen zuständig war. Trotzdem soll sich die Justizbehörde weiterhin mit dieser "gesellschaftlichen Herausforderung" befassen. Beobachter interpretieren die Auflösung der Sittenpolizei nicht als Ende des Kopftuchzwangs, sondern als einen bedeutenden Teilerfolg der Frauenbewegung im Iran.

Diese Entscheidung war bemerkenswert, da das Regime Zugeständnisse normalerweise als Zeichen von Schwäche betrachtet.

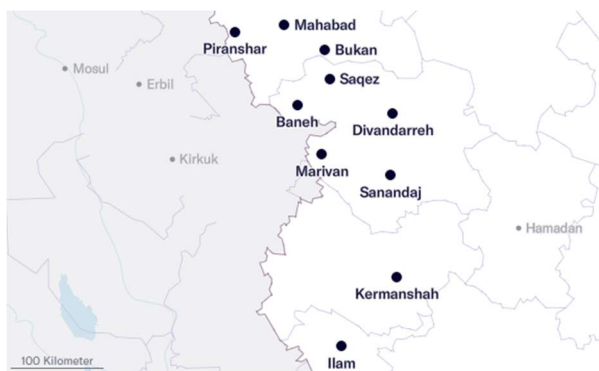
Mitte Juli 2023 kündigten die iranischen Behörden jedoch die Wiedereinführung der berüchtigten Sittenwächter zur Durchsetzung der Kopftuchpflicht an. Im ganzen Land sollen wieder Einheiten der Moralpolizei zu Fuß und im Auto gegen Verstöße vorgehen, berichtete die Nachrichtenagentur Isna unter Berufung auf einen Sprecher der iranischen Polizei. Im September 2023 kündigte eine parlamentarische Kommission an, dass die Kopftuchpflicht für drei Jahre probeweise eingeführt werde.

Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei hat bisher strikt abgelehnt, auf die Forderungen der Bevölkerung einzugehen, und stattdessen die USA und Israel für die Proteste verantwortlich gemacht. Auch Präsident Ebrahim Raisi und die Staatsmedien haben die Proteste als Inszenierung der Feinde des Landes bezeichnet.

Zusätzlich sperrt das Regime Journalisten den Zugang zu betroffenen Regionen oder verhaftet sie. Laut dem Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) in New York wurden seit Beginn der Proteste knapp 90 Medienschaffende verhaftet und größtenteils in das berüchtigte Evin-Gefängnis gebracht. Fast alle wurden wegen "Verbreitung von Propaganda gegen das herrschende System" und "Absprachen und Handlungen gegen die nationale Sicherheit" angeklagt, so das CPJ.

Etwas weniger als die Hälfte der inhaftierten Journalisten wurde gegen Kaution freigelassen. Informationen über das Vorgehen der Polizei und die Lage bei den Protesten gelangen daher nur schwer an die Öffentlichkeit.

Jina-Mahsa Amini stammte aus Kurdistan (Rojhalat¹⁷), dem historischen Siedlungsgebiet der Kurden, das sich über die Länder Iran, Türkei, Syrien und Irak erstreckt. Ursprünglich hieß Mahsa Amini, „Jina“, doch die iranischen Behörden erkennen kurdische Namen nicht an. Die Proteste begannen im September zunächst in Aminis Heimatstadt Saez und breiteten sich von dort über weite Teile des Landes aus.



Die mächtigen Revolutionswächter machten kurdische "Terroristen" und "Separatisten" im kurdischen Teilstaat im Nordirak für die anhaltenden Proteste verantwortlich. Für die Revolutionswächter ist dies ein willkommener Vorwand, um Stützpunkte von kurdischen

¹⁷ Rojhalat (Ost Kurdistan)

Rebellengruppen mit Raketen, Drohnen und Artillerie anzugreifen.

Die bisher schwersten Angriffe der Revolutionswächter ereigneten sich am 28. September 2022, als sie die Hauptquartiere von drei Rebellengruppen nahe Suleimaniya, Koisanjak und der kurdischen Regionalhauptstadt Erbil mit Raketen und Kamikaze-Drohnen beschossen. Bei den Angriffen kamen mindestens 14 Menschen ums Leben, darunter mehrere Zivilisten. Hunderte iranisch-kurdische Zivilisten, die den Flüchtlingsstatus der Uno genießen, wurden vertrieben. Das Vorgehen des Irans im Nordirak führt auch zu Spannungen mit den Amerikanern, die dort mehrere Stützpunkte unterhalten.

Irak und Syrien sind Teil einer Region, deren Krisen und Kriege auch Auswirkungen auf Europa haben. Der Irak hat in den letzten 40 Jahren drei Kriege erlebt und einen grundlegenden Regimewechsel durchgemacht. Syrien erlebte zunächst relative Ruhe und die Stabilität einer Diktatur, bis es nach dem Arabischen Frühling 2011 in einen Bürgerkrieg geriet. Der "Islamische Staat" (IS) eroberte bald darauf große Teile beider Länder und errichtete ein Schreckensregime, was zu massiven Fluchtbewegungen der Zivilbevölkerung, auch nach Deutschland, führte.

Um eine Ausbreitung der islamistischen Terrororganisation zu verhindern, begann die Bundeswehr im Herbst 2014, die Sicherheitskräfte der Kurdischen Autonomen Region (KAR) im Nordirak zu unterstützen.

Die Bundesregierung entschied sich zudem, Ausrüstung und Waffen gegen die mit Panzern aus irakischen Armeebeständen ausgerüsteten Terroristen bereitzustellen. Die Bundesrepublik unterstützte die Kurden auch durch die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und medizinischem Material. Der Deutsche Bundestag stimmte am 17. Dezember 2014 für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung.

Obwohl der "Islamische Staat" inzwischen weitgehend besiegt wurde, bleiben Syrien und der Irak weiterhin problematische Staaten. Es ist unklar, ob und in welchem Ausmaß IS-Verbände weiterhin im Verborgenen kämpfen. In Syrien scheint sich der Bürgerkrieg zwar zu beruhigen, aber eine dauerhafte Stabilisierung des Landes ist noch nicht absehbar. Die Bedrohung durch den IS ist noch nicht endgültig gebannt. Daher stimmte der Deutsche Bundestag am 22. März 2018 dem weiteren Verbleib der Bundeswehr im Nordirak zu.

Der Einsatz von Aufklärungsflugzeugen vom Typ "Tornado", der im Januar 2016 begann, wird fortgesetzt. Seit dem 9. Oktober 2017 erfolgt dieser Einsatz von der jordanischen Luftwaffenbasis al-Asrak aus. Die Bundeswehr leistet auch weiterhin Unterstützung durch Luftbetankung, Beteiligung an AWACS-Luftaufklärungsmaschinen der NATO und Begleitschutz für maritime Verbände verbündeter Nationen. Die Ausbildungsmission am Boden wurde auf den gesamten Irak ausgedehnt und zielt darauf ab, nachhaltige Fähigkeiten durch Schulungen von Führungskräften der zentralirakischen Streitkräfte aufzubauen.

Der Einsatz der Standing NATO Maritime Group Two (SNMG 2) im östlichen Mittelmeer zur Unterstützung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX, der seit Februar 2016 stattfindet, wird ebenfalls fortgesetzt. Die komplexe Lage in der Region erfordert weiterhin den Einsatz der deutschen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden. Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat sich daher entschlossen, den "Wegweiser zur Geschichte: Irak und Syrien" neu aufzulegen. Dieser Wegweiser bietet grundlegende Informationen und Orientierung für Soldaten im Einsatz sowie für die zivile Leserschaft, um Verständnis für die Situation der Flüchtlinge zu fördern. Der Herausgeber, Dr. Bernd Lemke, und Major Dr. Stefan Maximilian Brenner werden für ihre Mitarbeit gedankt, und es wird die Hoffnung auf eine breite Leserschaft für den Wegweiser ausgesprochen.

Irak und Syrien sind Teil einer Region mit einer reichen Geschichte, aber auch vielen Konflikten. Der Nahe und Mittlere Osten gelten als Ursprungsort der ältesten Hochkulturen der Welt und verbinden Europa und Asien. In dieser Region treffen unterschiedliche Mächte, Völker und Religionen aufeinander, was zu komplexen Beziehungen führt. Die Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens wurde im 20. Jahrhundert durch den Einfluss von Frankreich, Großbritannien und später den USA geprägt, auch in den heutigen Ländern Irak und Syrien. Seit 2014 sind diese beiden Staaten Einsatzgebiete der Bundeswehr, die durch verschiedene Teile (Heer, Luftwaffe, Marine) Hilfe leisten, von

Aufklärungseinsätzen bis zu maritimen Eskort- und Überwachungseinsätzen.

Die politischen, gesellschaftlichen, religiösen, militärischen und mentalen Aspekte in Syrien und Irak sowie den Nachbarländern sind eng miteinander verknüpft und von Konflikten geprägt. Verschiedene Akteure, darunter instabile Staaten, Rebellen, Religionsgemeinschaften und Terrororganisationen, agieren in einem komplexen Geflecht. Syrien und der Irak haben viele Gemeinsamkeiten, aber ihre historische Entwicklung in den letzten Jahren verlief unterschiedlich.

Der Diktator des Iran hat sein Land durch seine anti-israelische Rhetorik ins Rampenlicht gerückt. Neulich hat er Israelis mit Nazis verglichen. Nach der aggressiven Aussage von Mahmud Ahmadi-Nedschad, dass der jüdische Staat von der Landkarte getilgt werden müsse, steht der Atomstreit mit dem Iran seit 2006 ganz oben auf der internationalen politischen Agenda. Die Dringlichkeit einer Lösung nimmt zu, da die Bedrohung durch den Iran konkreter wird. Neben seinem Atomprogramm treibt die iranische Führung auch die Entwicklung von Trägersystemen voran. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit, um zu verhindern, dass Atomwaffen in die Hände des Mullah-Regimes gelangen. Israel hat bereits gewarnt, dass der Iran bereits mit Hilfe von Russische Diktatur Putin in diesem Jahr über ausreichend Know-how verfügen könnte.

Westliche Geheimdienste schätzen ein, dass Teheran die Verhandlungen mit der internationalen Gemeinschaft über

eine freiwillige Selbstbeschränkung lediglich als Vorwand nutzt. Gut gemeinte Angebote haben anscheinend keinen Erfolg. Daher bringt die US-Seite zunehmend das Thema militärische Option ins Gespräch. Präsident George W. Bush hat diese Option im Umgang mit dem "Schurkenstaat" ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Die Drohkulisse gegenüber Teheran ändert sich, da die Iraner immer wieder der Diplomatie entkommen, ohne jedoch den Bruch zu riskieren.

Die Amerikaner unterstützen zwar derzeit noch die Bemühungen der Europäer, die iranische Führung zu einem Vertrauensbeweis zu bewegen. Der Ruf nach Sanktionen im Falle des Scheiterns ist jedoch leiser geworden, da klar ist, dass Russland und China im Weltsicherheitsrat nicht einfach mitziehen, und da Washington noch stark im Irak engagiert ist. Der Druck auf Teheran wird 2006 stark zunehmen, auch weil die Iraner die Demokratisierung des Nachbarlandes untergraben, wie Präsident Bush wiederholt beklagt hat.

Die Islamische Republik Iran befindet sich in einer kritischen Übergangsphase, in der sich die Führung auf einen bevorstehenden Wechsel an der Staatsspitze vorbereitet, während weite Teile der Bevölkerung das gesamte System in Frage stellen.

Für Revolutionsführer Ali Khamenei hat derzeit ein geordneter Übergang, der die bestehende Ordnung nicht gefährdet, oberste Priorität. Khamenei hat bereits 2019 mit dem sogenannten Zweiten Schritt der Revolution seine persönliche Vision für die Zukunft der Islamischen

Republik verkündet. Diese Vision fokussiert sich auf die iranische Jugend. Die Konzentration auf die Jugend resultiert aus dem demografischen Wandel im Land, der wachsenden Kluft zwischen Gesellschaft und Staat sowie der Überalterung der politischen und klerikalen Eliten.

Im Kern geht es darum, den Staat ideologisch von der revolutionären zur postrevolutionären Generation zu überführen. Der Zweite Schritt soll mithilfe einer neuen Generation radikaler Kräfte vorangetrieben werden. Das Zukunftsmodell zielt faktisch darauf ab, die noch verbliebenen republikanischen Elemente des politischen Systems abzuschaffen. Dabei wird die innenpolitische Arena als Schauplatz eines gesellschaftlichen Existenzkampfes betrachtet, in dem Liberalisierungsansätze nicht nur abgelehnt, sondern auch mit allen Mitteln bekämpft werden.

Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Islamischen Republik stehen im Widerspruch zu den Anliegen weiter Teile der Bevölkerung, insbesondere der jüngeren Generation. Dennoch ist der Staat entschlossen, das revolutionäre Projekt mit aller Gewalt durchzusetzen. Eine erfolgreiche Umsetzung ist jedoch fraglich. Neben einem möglichen Militärputsch stellt der anhaltende gesellschaftliche Widerstand das größte Hindernis für die gewünschte Post-Khamenei-Ära dar.

Der Iran erlebt derzeit die schwerste Protestwelle seit dem Jahr 2022. Auslöser sind die anhaltende Wirtschaftskrise und der drastische Wertverlust der Landeswährung, die landesweit zahlreiche Menschen auf

die Straße treiben. Bei den Protesten kamen bislang 45 Menschen ums Leben.

Proteste 2025 und 2026

Ende des Jahres 2025 kam es im Iran zu landesweiten Protesten, die ihren Ausgang in Teheran nahmen. Als einer der Hauptauslöser gilt die schwere Wirtschaftskrise, die sich infolge des zwölf Tage andauernden Krieges mit Israel im Sommer 2025 erheblich verschärfte. Die hohe Inflation, der drastische Wertverlust der Landeswährung und die sich verschlechternden Lebensbedingungen führten zu wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die Proteste richteten sich vielerorts nicht nur gegen die wirtschaftliche Lage, sondern auch gegen die politische Führung der Islamischen Republik.

Die iranische Regierung reagierte erneut mit massiver Repression. Sicherheitskräfte gingen gewaltsam gegen Demonstrierende vor, zahlreiche Menschen wurden festgenommen und in beschleunigten Gerichtsverfahren angeklagt. Berichten zufolge wurde bereits ein erstes Todesurteil gegen einen Protestierenden verhängt. Nachdem die Todesstrafe für bestimmte im Zusammenhang mit den Protesten erhobene Vorwürfe wieder verstärkt angewendet wird, besteht die Gefahr weiterer Hinrichtungen.

Die Zahl der Todesopfer ist umstritten und lässt sich derzeit nicht unabhängig verifizieren. Nach Angaben eines anonymen Regierungsinsiders sollen mindestens 5.000

Menschen ums Leben gekommen sein. Andere Berichte, unter anderem von medizinischem Personal, sprechen von bis zu 45.000 Todesopfern sowie von mehr als 300.000 Verletzten. Aufgrund der staatlichen Zensur, wiederholter Internetsperren und des fehlenden Zugangs unabhängiger Beobachter können diese Angaben derzeit nicht abschließend überprüft werden.

Um die Protestbewegung einzudämmen, die sich in erheblichem Maße über soziale Medien und digitale Kommunikationsplattformen organisiert, sperrt die Regierung immer wieder den Zugang zum Internet sowie zu sozialen Netzwerken. Dadurch wird die Kommunikation der Bevölkerung erheblich eingeschränkt und die unabhängige Berichterstattung zusätzlich erschwert.

Unabhängig von den Protesten der Demokratiebewegung überschneiden sich Phasen intensiver Unruhen teilweise mit einer verstärkten Aktivität separatistischer Gruppen. Dies gilt insbesondere für die kurdischen Regionen des Iran, in denen bewaffnete kurdische Organisationen seit Jahren Widerstand gegen die Zentralregierung leisten.

US-Präsident Donald Trump erklärte am Dienstag(Jun 16, 2026, 11:41), dass **mindestens 42.000 Demonstrierende im Iran getötet worden seien**, betonte jedoch zugleich, dass er **keinen Regimewechsel** unterstütze.

„Mindestens 42.000 Demonstranten wurden im Iran getötet – getötet, weil sie protestierten“, sagte Trump während eines Treffens mit dem Emir von Katar. „Ich glaube nicht an einen Regimewechsel. Ich habe über viele Jahre Regimewechsel erlebt, und sie funktionieren nie.“

Weiter erklärte er, die Vereinigten Staaten stünden inzwischen mit iranischen Vertretern in Kontakt, die er als **„sehr vernünftige Menschen“** bezeichnete.

„Die erste Gruppe – sie sind alle tot. Die zweite Gruppe – sie sind ebenfalls tot. Von der dritten Gruppe ist ein Teil verschwunden. Nun sprechen wir mit Menschen, die meiner Ansicht nach sehr vernünftig sind“, sagte Trump.

Meine Einschätzung für Jahr 2026

1. Politische Legitimität: sehr stark geschwächt

Die großen Proteste Ende 2025 und Anfang 2026 haben gezeigt, dass die Unzufriedenheit nicht mehr nur einzelne gesellschaftliche Gruppen betrifft. Aus wirtschaftlichen Protesten wurden teilweise offene Forderungen nach einem Ende der Islamischen Republik. Das Regime konnte die Proteste zwar mit massiver Gewalt unterdrücken, hat damit aber das grundlegende Legitimationsproblem nicht gelöst.

Besonders wichtig ist: **Die Bevölkerung hat zunehmend Angst vor dem Regime, aber diese Angst bedeutet nicht mehr automatisch Loyalität.**

2. Wirtschaft: eine der größten Schwachstellen

Inflation, Währungsverfall, Sanktionen, Energieprobleme, Arbeitslosigkeit und sinkende Kaufkraft treffen breite Bevölkerungsschichten. Die wirtschaftliche Krise war einer der wichtigsten Auslöser der Proteste.

Damit entsteht ein gefährlicher Kreislauf:

Wirtschaftskrise → soziale Unzufriedenheit → Proteste → Repression → noch weniger Vertrauen → neue Proteste.

3. Repression: Das Regime ist weiterhin sehr stark

Hier liegt der wichtigste Unterschied zwischen einer **Krise des Regimes** und seinem **unmittelbaren Ende**.

Die Revolutionsgarden, Basidsch und Sicherheitsapparate verfügen weiterhin über erhebliche Macht. Das Regime besitzt also noch die Fähigkeit, Proteste gewaltsam niederzuschlagen. Deshalb sind Prognosen eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs mit Vorsicht zu betrachten.

Besonders alarmierend ist, dass die UN im August 2026 von **mindestens 56 Hinrichtungen seit März wegen sicherheitsbezogener Vorwürfe** berichtet, darunter 27 Menschen im Zusammenhang mit den Protesten. Mehr als 100 weitere Menschen seien von ähnlichen Todesurteilen bedroht.

4. Das größte Problem ist vielleicht nicht die Opposition – sondern die Zukunft des Systems

Meiner Meinung nach befindet sich die Islamische Republik in einer **Legitimations-, Wirtschafts- und Nachfolgekrise gleichzeitig**.

Das bedeutet nicht automatisch Revolution. Autoritäre Systeme können erstaunlich lange überleben, wenn drei Dinge funktionieren:

- Sicherheitsapparat bleibt loyal,
- Führung bleibt innerhalb des Machtapparates einigermaßen geschlossen,
- Staat kann seine wichtigsten Institutionen weiter finanzieren.

Solange diese drei Bedingungen bestehen, kann das Regime trotz enormer Unzufriedenheit weiterbestehen.

5. Besonders wichtig: die Spaltung innerhalb der Macht

Auch innerhalb des Systems existieren unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft. Einige Hardliner wollen den repressiven und ideologischen Kurs fortsetzen, während pragmatischere Kräfte eher eine Verständigung und wirtschaftliche Entlastung anstreben.

Das könnte langfristig entscheidender sein als einzelne Demonstrationen.

Denn autoritäre Regime fallen häufig nicht allein deshalb, weil die Bevölkerung unzufrieden ist, sondern wenn die Elite selbst auseinanderbricht und der Sicherheitsapparat seine Geschlossenheit verliert.

Meine Einschätzung in einer Tabelle

Bereich	Lage 2026
Politische Legitimität	 sehr schwach
Wirtschaft	 sehr kritisch
Gesellschaftliche Unzufriedenheit	 sehr hoch
Fähigkeit zur Repression	 sehr hoch
Zusammenhalt der Elite	 unter Druck
Opposition	 starkes Potenzial, aber fragmentiert
Gefahr neuer Proteste	 hoch
Unmittelbarer Zusammenbruch	 möglich, aber keineswegs sicher
Langfristige Stabilität des bisherigen Systems	 sehr problematisch

Die gegenwärtige Situation ist für die **Kurden im Iran** besonders interessant. Ein geschwächter Zentralstaat bedeutet nicht automatisch mehr kurdische Autonomie. Im Gegenteil: In einer existenziellen Krise könnte Teheran zunächst versuchen, die Kontrolle über Kurdistan, Kermanshah, West-Aserbaidschan und andere Randregionen **noch stärker zu militarisieren**.

Gleichzeitig eröffnet eine wirkliche politische Transformation im Iran erstmals seit Jahrzehnten die Frage nach einem **neuen Staatsmodell**: zentralistischer Nationalstaat, Föderalismus, Dezentralisierung oder eine andere Form territorialer Selbstverwaltung.

Deshalb würde ich 2026 nicht behaupten: „Das Regime steht vor seinem Ende.“ Präziser wäre:

„Die Islamische Republik befindet sich 2026 in einer tiefen strukturellen Krise. Sie besitzt noch erhebliche Machtmittel, verliert jedoch zunehmend ihre gesellschaftliche Legitimität. Ihre Fähigkeit, den Staat durch Repression zusammenzuhalten, ist weiterhin groß; ihre Fähigkeit, die grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ursachen der Krise zu lösen, ist dagegen äußerst begrenzt.“

Das Meder Reich



König Deiokes (Cyaxares)¹⁸

Die Ursprünge des Namens "Kurden" sind historisch nicht genau datiert, und es gibt keine präzisen Aufzeichnungen darüber, wann der Name erstmals erschien. Die Kurden selbst sind eine alte ethnische

¹⁸ Deïokes (assyrisch: **Daiukku**) war eine historische oder halblegendäre Persönlichkeit, die als erster König der Meder gilt und traditionell als Begründer des medischen Reiches angesehen wird. Nach dem griechischen Historiker Herodot war Deïokes zunächst ein angesehener Richter, der wegen seiner Gerechtigkeit großes Ansehen genoss. Die medischen Stämme wählten ihn schließlich zu ihrem König. Er soll die verschiedenen medischen Stämme geeint, eine zentrale Monarchie geschaffen und die Hauptstadt Ekbatana (heute Hamadan im Iran) gegründet haben.

Gruppe, und ihre Geschichte kann bis in die Antike zurückverfolgt werden.

Die Bezeichnung "Kurden" könnte vom altiranischen Begriff "Kurti" abstammen, der in einigen alten persischen Inschriften aus der Achaemeniden¹⁹ zeit (ca. 550–330 v. Chr.) erscheint. Diese Inschriften verwenden den Begriff, um auf Menschen oder Gruppen in den östlichen Teilen des Perserreichs hinzuweisen. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass die Verwendung des Namens in den Inschriften nicht notwendigerweise auf eine spezifische ethnische Gruppe hinweist, sondern eher auf verschiedene Völker in den östlichen Regionen des Reiches.²⁰

Die kurdische Geschichte und Identität entwickelten sich im Laufe der Jahrhunderte, und der Name "Kurden" wurde wahrscheinlich im Laufe der Zeit als Selbstbezeichnung der Menschen in der Region angenommen. Es gibt jedoch keine genaue historische Aufzeichnung darüber, wann dies genau geschah.

¹⁹ Das **Achämenidenreich** oder *Achaimenidenreich* (auch als **Altpersisches Reich** bezeichnet) war das erste [persische Großreich](#). Es erstreckte sich vom späten [6. Jahrhundert v. Chr.](#) bis ins späte [4. Jahrhundert v. Chr.](#) über Gebiete der heutigen Staaten [Türkei](#), [Zypern](#), [Iran](#), [Irak](#), [Afghanistan](#), [Usbekistan](#), [Tadschikistan](#), [Turkmenistan](#), [Syrien](#), [Libanon](#), [Israel](#) und [Ägypten](#). Das durch [Herodot](#) und andere altgriechische Historiker der Geschichtswissenschaft bekannt gemachte Achämenidenreich expandierte erstmals 550 v. Chr. unter [Kyros II.](#) (regierte von etwa 559 bis 530 v. Chr.)

²⁰ Vielmehr wird „Kurti/Kurtie“ in der Forschung mit assyrischen Quellen in Verbindung gebracht. Es gibt allerdings auch eine wichtige wissenschaftliche Kontroverse über die Lesung bestimmter assyrischer Keilschriftzeichen. Eine ältere Forschungstradition las eine bestimmte Gruppe als *kur-ti/kurtie*, während diese Lesung später von anderen Forschern korrigiert wurde.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Geschichte der Kurden von einer kulturellen und sprachlichen Vielfalt geprägt ist, und verschiedene kurdische Gruppen haben im Laufe der Zeit unterschiedliche Identitäten angenommen. Historische Erwähnungen von Regionen, die von Kurden bewohnt werden, reichen jedoch weit zurück, und sie waren oft Teil größerer Reiche und politischer Entwicklungen in der Region.

Das Meder Reich war ein antikes iranisches Reich, das im 7. Jahrhundert v. Chr. gegründet wurde. Es war eine bedeutende Zivilisation in der Region, die einen Einfluss auf die politische Landschaft des Nahen Ostens ausübte.

Die Meder waren Nachfahren von Jophets Sohn Madai und wurden die Meder erstmals in einer Inschrift der Assyrer erwähnt. 722 v. Chr. wurde das Meder Reich im Nordwestiran gegründet. Mediens Kerngebiet umfasste das Zagrosgebirge, das im heutigen Iran – Irakischen-Grenzgebiet (genauer gesagt Kurdistan) liegt. Später dehnte es sich noch weiter nach Westen und in den Osten aus. Das Meder Reich bestand zu einem Großteil aus Gebirgen und Steppen. Im Landesinneren herrschte Wüste vor. Die Flüsse durchzogen das Land und flossen in Richtung Küste.

Im Westen trafen sie auf die Lyder, ein starkes und gut organisiertes Reich. Sie lieferten sich jahrelange Kämpfe mit ihnen. Während einer großen Schlacht im Jahre 585v.Chr fand eine Sonnenfinsternis statt, die beide Völker erschreckte. So kam der Krieg zu keinem Ergebnis und die Völker schlossen Frieden. Über die Meder Kultur

ist wenig bekannt. Die Griechen überliefern, dass sie mit dem Perser eng verbunden waren und ähnliche Lebensweise hatten.

Herodot (ca. 484–425 v. Chr.) beschreibt in seinen *Historien* jedoch verschiedene Völker des Persischen Reiches, darunter die **Meder** und andere Bevölkerungsgruppen. Die **Karduchoi/Karduchen**, die häufig mit den Vorfahren der Kurden in Verbindung gebracht werden, stammen dagegen **nicht aus Herodots Werk**, sondern werden vor allem von **Xenophon** beschrieben.

Xenophon beschreibt in seiner „**Anabasis**“ den Rückzug der griechischen Söldner im Jahr 401 v. Chr. durch das Gebiet der Karduchoi. Er berichtet, dass sie:

- in einem **gebirgigen Gebiet** lebten,
- **nicht dem persischen Großkönig unterworfen** waren,
- als **kriegerisch** galten,
- die persische Armee in ihrem Gebiet erfolgreich bekämpft hatten,
- die griechischen Truppen beim Durchqueren ihrer Berge heftig angriffen.

Das Gebiet der Karduchoi lag ungefähr **zwischen dem oberen Tigris und den Gebirgsregionen südlich von Armenien**, also in einer Region, die heute teilweise zum historischen Kurdistan gerechnet wird.

In der russischen historischen Literatur wird die Herkunft der Kurden häufig als ein **langwieriger ethnischer Entstehungsprozess** verstanden. Dabei werden verschiedene antike Bevölkerungsgruppen genannt, darunter **Meder, Karduchoi, Guti, Lulubäer und andere iranischsprachige bzw. iranisierte Gruppen.**

Eine russische Darstellung fasst ausdrücklich zusammen, dass die Herkunft der Kurden nicht vollständig geklärt sei und dass sie unter anderem mit den von Xenophon erwähnten Karduchoi in Verbindung gebracht werden. Ein wichtiger russischer Forscher war **Iwan Iwanowitsch Chopin**, der im 19. Jahrhundert die Bevölkerung des Kaukasus untersuchte.

In einer überlieferten Darstellung seiner Arbeiten werden die Kurden ausdrücklich mit den **Karduchoi Xenophons** gleichgesetzt. Er bezeichnete die Kurden als eine sehr alte ansässige Bevölkerung der Region und schrieb sinngemäß, dass es sich um jene **Karduchoi handele, von denen Xenophon berichtet.**

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich in Russland eine eigene **Kurdologie**. Während der Sowjetzeit wurde sie erheblich ausgebaut. Russische und sowjetische Orientalisten beschäftigten sich mit der **Geschichte, Sprache, Literatur und Ethnogenese der Kurden**. Ab den 1950er-Jahren entstanden zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema.

Dabei wurde die kurdische Ethnogenese meistens **nicht auf ein einziges antikes Volk zurückgeführt**. Vielmehr wurde sie als Ergebnis der Verschmelzung verschiedener Bevölkerungsgruppen verstanden.

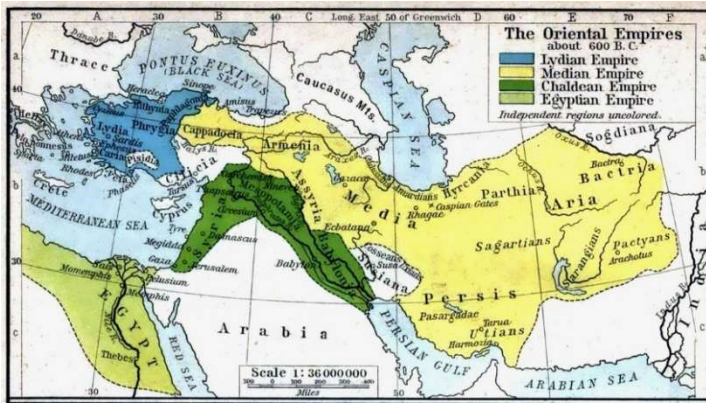
Eine wichtige Aussage von Diakonow befindet sich auf S. 452. Dort stellt Diakonow (Geschichte Mediens) fest, dass die **Kadusier, Matiener und wahrscheinlich weitere Nachkommen der Mannäer, Lullubäer und ähnlicher „kaspischer“ Stämme** im 5. Jahrhundert v. Chr. ihre Besonderheiten innerhalb der größeren Bevölkerung bewahrten, die sich insgesamt als **Meder** bezeichnete. Der russische Altorientalist Igor M. Diakonow vertrat die Auffassung, dass sich im westlichen Iran und in den Gebirgsregionen zwischen dem Van- und dem Urmia-See noch im 1. Jahrtausend v. Chr. hurritische Bevölkerungsreste erhalten hatten. Zu diesen zählte er auch die in der griechischen Überlieferung genannten Matiener. Die von Xenophon erwähnten Karduchoi lebten in einer angrenzenden Gebirgsregion am Oberlauf des Zab. Diakonows Forschungen sprechen somit für eine komplexe ethnische Entwicklung der Bevölkerung des späteren Kurdistan, in der hurritische, medische und andere alte Bevölkerungsgruppen eine Rolle spielten. Eine direkte Gleichsetzung der Karduchoi mit den heutigen Kurden lässt sich aus seinen Arbeiten jedoch nicht ohne Weiteres ableiten.

Von allen Völkern dieser Zeit weiß man über die Meder am wenigsten, da sie keine Denkmäler und keinerlei Schriften hinterließen. Sie gehörten vermutlich der

Religion der Zoroastrier²¹ an und beteten zu ihrem Schöpfergott Ahura Mazda. Dieser Glaube wurde hauptsächlich von dem Philosophen und Reformator Zarathustra gelehrt und verbreitet. Sie war die Hauptreligion der Meder bis zum Einfall des Islams.

Das Meder Reich wurde im 7. Jahrhundert v. Chr. gegründet und erreichte unter dem König Deiokes (auch bekannt als Cyaxares oder Dyako) seinen Höhepunkt. Deiokes wird oft als der Gründer des Meder Reichs betrachtet und regierte im 7. bis 6. Jahrhundert v. Chr. Das Meder Reich war für seine organisierte Verwaltung bekannt. Deiokes wird oft zugeschrieben, die Meder in einem föderalen System organisiert zu haben, das verschiedene Stämme und Regionen umfasste. Unter König Cyaxares bildete das Meder Reich eine Allianz mit dem babylonischen König Nebukadnezar II., um gemeinsam gegen das assyrische Reich vorzugehen. Diese Allianz führte dazu, dass die Meder die assyrische Hauptstadt Ninive eroberten. Nach der Eroberung von Ninive durch die Meder war ihr Einfluss in der Region beträchtlich. Allerdings wurden die Meder später von den Persern, angeführt von Kyros II. (Kyros dem Großen) aus dem Achaemenidenreich, erobert. Dies führte zur Gründung des Medisch-Persischen Reiches.

²¹ Zoroastrier sind die Anhänger einer der ältesten monotheistischen Religionen der Welt, die auf den Propheten **Zarathustra** zurückgeht, der im alten Iran lebte. Heute gibt es weltweit nur noch rund 150.000 Gläubige, die vor allem in [Indien und im Iran](#) leben.



Die Meder hatten ihre eigene Sprache und Kultur. Ihre Religion war eng mit dem Zoroastrismus verbunden, einer der ältesten monotheistischen Religionen. Es wird angenommen, dass der Zoroastrismus eine wichtige Rolle im Meder Reich spielte. Das Meder Reich hatte einen bedeutenden Einfluss auf die politische und kulturelle Entwicklung in der Region. Obwohl es selbst nicht so lange bestand, legte es den Grundstein für das aufkommende Perserreich, das in der antiken Welt eine herausragende Rolle spielen sollte. Das Meder Reich markiert einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Nahen Ostens und war ein Vorläufer des mächtigen Achaemenidenreichs, das große Teile des antiken Orients umfasste.

Von der tief unter der heutigen Stadt Hamadan liegenden medischen Hauptstadt Egbatana wurden nur wenige Funde publiziert. So weiß man z.B. aus Schriften der Assyrer, dass die Stadt selbst zwar unbefestigt, doch die Burg von einem siebenfachen Mauerring umgeben und

somit uneinnehmbar war. Zwei befestigte Residenzen liefern einen Eindruck über die Meder.

Eine komplette Medische Siedlung wurde bisher nicht freigelegt, kein Grab konnte als sicher Medisch bestimmt werden. Der Palast von Godin²² weist viereckige Festungstürme auf, hinter den Mauern liegen Säulenhallen in mannäischer²³ Tradition. In Nusch-i-Dschan²⁴ fand sich neben Säulenhallen ein Tempelturm, dessen Grundriss in al-ost-iranischer Tradition ein „abgetrepptes“ Viereck darstellt. Durch die Lektüre und Beachtung der Lolen, Goten und anderer ethnischer Gruppen der Region, der archäologischen Ausgrabungen sowie der gefundenen Steininschriften besonderes Der Hügel aus der zweiten Eisenzeit (1200 bis 850 v. Chr.) und der dritten Eisenzeit (850 bis 550 v. Chr.), es wurden eine historische Periode und drei Bauperioden sowie Dutzende von Ziegeln mit geschnitzten mythischen Tieren gefunden, die von Räubern und Schmugglern gehandelt wurden, darunter 300 dieser geschnitzten Ziegel, die heute im Tokio Museum aufbewahrt werden. Zu den bedeutendsten Denkmälern auf diesem Hügel zählen die archäologische Delegation des Qalayci-Hügels (in der Nähe Stadt Bokan).

²² Der **Palast von Godin** (auch **Godin Tepe**) ist eine bedeutende archäologische Anlage aus der Zeit der Meder im Westen des heutigen Iran. Er liegt im Kangavar-Tal in der Provinz Kermanschah und stammt aus dem 8.–6. Jahrhundert v. Chr.

²³ Der Begriff **mannäisch** bezieht sich auf das **Reich der Mannäer** (auch **Manna**, **Mannea** oder **Mannai**), ein antikes Königreich, das zwischen dem 10. und 7. Jahrhundert v. Chr. im Gebiet südlich und südöstlich des Urmiasees (Mukeryan) existierte.

²⁴ **Nusch-i-Dschan** (heute meist **Nush-i Jan** oder **Tepe Nush-i Jan**) ist eine der wichtigsten archäologischen Stätten der **Meder**. Sie liegt etwa 60 km südlich von Hamadan in der iranischen Provinz Hamadan.

Sie wies darauf hin, dass aufgrund des Baustils von damals und der Verwendung von Ziegeln und Viertelziegeln der Eindruck entsteht, dass es unter den Manas²⁵ eine alte und bedeutende Zivilisation gegeben haben könnte. Die Entdeckung einer Steininschrift in aramäischer Schrift mit 13 Sätzen und einer beträchtlichen Anzahl von Ziegelsteinen mit mythischen Tieren weist auf die Stadt Izirtu hin, die als mythische Hauptstadt der Manas gilt.



Funde aus Qalayci-Hügel die aus dem Jahren 1979 – 85

Bisher haben Archäologen neun Ausgrabungsrunden durchgeführt und den Hauptaltar sowie die Ziegelfabrik von Izirtu am Stadtrand von Bokeran entdeckt. Rund um Qalayci gibt es mehrere Militärfestungen, die in Dörfern wie Arbanus, Saruqamish und Aghjevan errichtet wurden, um die Hauptstadt ihres Staates zu schützen. Die Entdeckung der Hauptstadt der Manas in Qalayci Bokeran im Jahr 1988 führte dazu, dass Archäologen erklärten, dass Hegmataneh, die als Hauptstadt der Meder gilt, nicht

²⁵ Das Mannäische Reich war ein historisches Königreich, das in der Eisenzeit im Gebiet des heutigen Nordwest-Iran (Kurdistan) und Teilen von Aserbaidschan und Armenien existierte. Es wurde im 9. Jahrhundert v. Chr. gegründet und hatte seine Blütezeit im 8. und 7. Jahrhundert v. Chr. Es war ein bedeutendes politisches und kulturelles Zentrum in der Region, bevor es von assyrischen Eroberungen und später von den Persern unterworfen wurde.

in Hamadan liegt. Wenn sich diese Aussage bewahrheitet, müsste die Geschichte Irans, die auf Hegmataneh basiert, neu geschrieben werden.

Auf späteren Darstellungen der Achämenidenzeit trugen die Meder eine kegelförmige Kappe, die Hose der Reitervölker, Stiefel und weite Blusen. Ihre Waffen zeigten wie die der Skythen, einen Schmuck im sogenannten Tierstil. Die Meder waren hauptsächlich Bauern und Hirten, die Ziegen und Schafe hielten. Außerdem züchteten Sie ausgezeichnete Pferde, die laut den Aufzeichnungen der Assyrer oft der Grund für Krieg zwischen den Medern und anderen Völkern waren. Funde zeugen auch von der geschickten Bronze und Goldschmieden der Meder.

Es gibt unterschiedliche Meinungen besonderes unter russischen Historikern über die Meder, und ihre Interpretationen können von Forscher zu Forscher variieren. Die Meder waren eine antike iranische Zivilisation, und ihre Geschichte wird oft in Verbindung mit anderen alten Zivilisationen in der Region betrachtet.

Russische Historiker könnten in ihren Werken auf verschiedene Aspekte der Medischen Geschichte eingehen, abhängig von ihrer Forschungsschwerpunkten und -ansätzen. Einige könnten sich auf archäologische Funde, historische Quellen oder linguistische Untersuchungen konzentrieren.

Um genauere Informationen zu erhalten, wäre es notwendig, spezifische Werke von russischen Historikern

zu den Medern zu konsultieren. Igor Mikhailovich Diakonov war ein renommierter sowjetischer Orientalist und Historiker, der sich auf die Geschichte des Nahen Ostens und Zentralasiens spezialisiert hat.

Igor Diakonov veröffentlichte jedoch zahlreiche Arbeiten über die Geschichte der antiken Zivilisationen, einschließlich der Meder. Seine Forschung konzentrierte sich auf linguistische Studien, Archäologie und die Interpretation von historischen Quellen, um die Kulturen und Gesellschaften des alten Nahen Ostens zu verstehen.

Geschichte der Kurden Chronologisch



10.000 bis 6.000 v.Chr.:

Die spezifische Geschichte der Kurden in der Zeit von 10.000 bis 6.000 v. Chr. ist aufgrund begrenzter historischer Aufzeichnungen und archäologischer Beweise schwer nachvollziehbar. In dieser frühen Periode der Menschheitsgeschichte gab es noch keine klaren Identitäten, die mit den modernen ethnischen Gruppen vergleichbar wären, einschließlich der Kurden.

Das Gebiet, in dem die Kurden heute leben, war zu dieser Zeit wahrscheinlich von verschiedenen vorgeschichtlichen Kulturen bewohnt, die in der Jungsteinzeit und während des Übergangs zur Kupfersteinzeit lebten. Diese Gemeinschaften

entwickelten landwirtschaftliche Praktiken, bauten dauerhafte Siedlungen und begannen, Werkzeuge und Keramik herzustellen.

Es ist wichtig zu betonen, dass der Begriff "Kurden" und die spezifische ethnische Identität der Kurden als solche erst viel später in der Geschichte herausgebildet wurden, insbesondere in historisch dokumentierten Zeiträumen wie im Mittelalter. Frühe Kulturen in der Region trugen sicherlich zur historischen Entwicklung der Bevölkerung bei, aber es ist schwierig, spezifische Aussagen über die Vorfahren der Kurden in diesem frühen Zeitalter zu treffen.

Die Kenntnisse über die prähistorische Zeit in der Region, die heute als Kurdistan bekannt ist, basieren weitgehend auf archäologischen Funden und Untersuchungen, und die Rekonstruktion der Geschichte beruht auf wissenschaftlichen Annahmen und Datierungen. Es gibt jedoch keine direkten Hinweise darauf, dass die Vorfahren der Kurden in dieser frühen Zeit bereits als eigenständige Gruppe identifiziert werden können.

In Dieser Zeit zwischen Euphrat und Tigris entstehen die Grundlagen der Zivilisation, des Ackerbaus und der Viehzucht. Die Sesshaftigkeit wird typisch für die Wohn- und Siedlungsweise; Dörfer und Städte, Tempeln und Festungen werden errichtet, Bewässerungsanlagen und Stauwerke angelegt.

3000 v.Chr.:

Um 3000 v. Chr. erlebte Mesopotamien, das Land zwischen den Flüssen Euphrat und Tigris, entscheidende Entwicklungen mit der Entstehung der Sumerer und der Bildung der ersten Stadtstaaten. Sumerer, Babylonier und etwas später auch die Assyrer, alles einst große Reiche im Vorderen Orient erwähnen in ihren Keilschrifttexten das Volk der Guti, Qurti oder Kurtie; deren Land (östlich des Tigris) man Gutium oder Kar-da nannte. Die Sumerer waren eine der frühesten Zivilisationen im südlichen Mesopotamien. Sie schufen die erste bekannte Schrift, Keilschrift genannt, und entwickelten komplexe städtische Gesellschaften. Die Sumerer organisierten sich in unabhängigen Stadtstaaten, von denen jedes seine eigene Regierung, Verwaltung und Tempelstrukturen hatte. Beispiele für sumerische Stadtstaaten sind Ur, Uruk und Lagasch. Die Sumerer führten fortschrittliche Bewässerungstechniken ein, um die fruchtbaren Ebenen zwischen den Flüssen zu nutzen. Diese Techniken trugen zu einem ertragreichen Ackerbau und zur Entwicklung von Landwirtschaftsgemeinschaften bei.

Die Babylonier folgten den Sumerern und etablierten das berühmte Reich von Babylon, dessen Hauptstadt Babylon war. Hammurabi, einer der bedeutendsten babylonischen Herrscher, erließ das Codex Hammurabi, eines der ältesten bekannten Gesetzeswerke. Die Zeit um 3000 v. Chr. war entscheidend für die Entstehung von Hochkulturen in Mesopotamien. Die Errungenschaften der Sumerer und später der Babylonier legten die Grundlagen für viele Aspekte der menschlichen

Zivilisation, einschließlich Schrift, Recht, Stadtplanung und Kultur.

2150 v.Chr.: Die Guti erhoben sich fortwährend gegen die Sumerer, besiegten sie schließlich und bildeten eine ca. einhundert Jahre andauernde Vorherrschaft in dem heutigen Zentralkurdistan. Um 2150 v. Chr. spielten die Guti eine bedeutende Rolle in Mesopotamien, insbesondere im Bereich des Zweistromlandes zwischen dem Tigris und dem Euphrat. Die Guti waren ein Volk, das aus den Bergregionen östlich des Tigris stammte, und sie sind vor allem für ihre Invasionen und ihre Herrschaft über Teile von Mesopotamien bekannt. Hier sind einige wichtige Aspekte der Guti in dieser Zeit:

Die Guti führten um 2150 v. Chr. eine Invasion in Mesopotamien durch und eroberten Teile des sumerischen „Ur“ sowie andere sumerische Stadtstaaten. Ihre Herrschaft dauerte mehrere Jahrzehnte, und während dieser Zeit übten sie erheblichen Einfluss aus. Die Invasion der Guti führte zu regionalen Unruhen und politischem Chaos im südlichen Mesopotamien. Dies hatte Auswirkungen auf die etablierten Stadtstaaten und ihre politischen Strukturen. Nach der Herrschaft der Guti wurde Mesopotamien von den Kassiten und später von den Elamiten beeinflusst. Die Kassiten gründeten die Kassiten-Dynastie und herrschten über Babylonien, während die Elamiten aus dem südwestlichen Iran stammten und ebenfalls Einfluss ausübten. Die Invasion der Guti und die nachfolgenden politischen Veränderungen trugen zum Niedergang der sumerischen Stadtstaaten bei. Das politische Machtvakuum ermöglichte anderen Völkern, in die Region einzudringen

und zu herrschen. Die Guti-Periode hatte kulturelle und politische Auswirkungen auf Mesopotamien. Der Einfluss der Guti und die nachfolgenden dynastischen Veränderungen trugen zur Vielfalt und Entwicklung der mesopotamischen Kultur bei. Es ist wichtig zu beachten, dass die historischen Aufzeichnungen aus dieser Zeit begrenzt sind, und einige Details über die Guti können aufgrund fehlender schriftlicher Quellen unsicher sein. Die Guti-Periode markiert jedoch eine wichtige Phase in der Geschichte Mesopotamiens, in der politische und kulturelle Veränderungen die Region prägten.

1100 v.Chr.: Assyrische Truppen erobern das Volk der Guti. Die assyrischen Eroberungen gegen das Volk der Guti sind historisch nicht klar dokumentiert, und die genauen Umstände und Details können aufgrund der begrenzten historischen Aufzeichnungen unsicher sein. Assyrien war jedoch eine bedeutende Regionalmacht im antiken Mesopotamien, und die Assyrer führten viele militärische Kampagnen in verschiedenen Regionen durch.

Es ist bekannt, dass die Guti das südöstliche Teilgebiet Mesopotamiens im 2. Jahrtausend v. Chr. beherrschten, insbesondere nach der Herrschaft der Akkadier und vor der Aufstiegsperiode der Assyrer und Babylonier. Die Guti waren eine bergige Gruppe, die die mesopotamische Tiefebene eroberte.

Um 1100 v. Chr. erlebte die assyrische Macht einen bedeutenden Aufstieg, und die Assyrer begannen, benachbarte Regionen zu erobern und zu kontrollieren. In

dieser Zeit wurden mehrere assyrische Könige für ihre Expansion und Eroberungen bekannt.

Es ist durchaus möglich, dass die Assyrer um 1100 v. Chr. eine militärische Kampagne gegen die Guti durchführten und diese Region zurückgewannen. Historische Quellen aus dieser Zeit sind jedoch oft spärlich, und viele Details könnten verloren gegangen oder unvollständig überliefert sein.

Es ist ratsam, spezifische historische Aufzeichnungen aus der assyrischen Geschichte dieser Periode zu konsultieren, um detailliertere Informationen zu den Ereignissen im Zusammenhang mit den assyrischen Eroberungen gegen die Guti zu erhalten. Quellen wie Inschriften und Keilschrifttexte könnten zusätzliche Einblicke in diese historische Periode bieten.

1000 v.Chr.: Die Meder lassen sich zwischen Urmiya und Van See nieder. Sie leisteten Widerstand einerseits gegen die Perser andererseits gegen die Assyrer, die ein großes Sklavenimperium errichteten. In diesem Kampf erstarken die Meder. Im 1. Jahrtausend v. Chr. entwickelten sich die Meder zu einer bedeutenden politischen Macht im antiken Iran. Hier sind einige wichtige Aspekte der Meder um 1000 v. Chr.: Die Meder siedelten in der Region, die heute als Kurdistan und West-Aserbaidshān (Mukeryan)²⁶ im Iran und Teile des nordwestlichen Irans bekannt ist. Diese

²⁶ **Mukriyan**, auch **Mukrian** oder **Mukri**, bezeichnet eine historische Region im östlichen Teil Kurdistans, im heutigen Nordwesten des Iran. Das Gebiet liegt hauptsächlich südlich und südwestlich des Urmiassees und umfasst historisch vor allem die Umgebung von **Mahabad**, **Bokan**, **Sardasht** und **Piranshahr** sowie weitere angrenzende Gebiete.

Region war historisch als Media (oder Mada) bekannt. Die Meder strebten in dieser Zeit nach Unabhängigkeit und leisteten Widerstand gegen assyrische Herrschaft. Assyrien war eine mächtige mesopotamische Macht, die versuchte, ihre Kontrolle über verschiedene Regionen des Nahen Ostens auszudehnen. Kyaxares (auch als Deiokes oder Dyako bekannt) wird oft als der Herrscher betrachtet, der die Meder im 7. Jahrhundert v. Chr. vereinte. Er spielte eine Schlüsselrolle bei der Konsolidierung der Meder Macht und bei der Bildung eines stabilen Medischen Königreichs.

Die Meder waren in diesem Zeitraum in Konflikte mit den Assyryern verwickelt. Es wird angenommen, dass die Meder eine bedeutende Rolle bei der Schwächung der assyrischen Herrschaft spielten, und die Eroberung von Ninive im Jahr 612 v. Chr. durch Meder und Babylonier führte zum Zusammenbruch des assyrischen Reiches. Das Meder Reich erreichte unter Kyaxares und seinen Nachfolgern seine Blütezeit. Es umfasste Teile des heutigen Iran, Irak, Aserbaidshan und möglicherweise benachbarte Gebiete. Es ist wichtig zu beachten, dass die genauen Daten und Details aufgrund der begrenzten historischen Aufzeichnungen unsicher sein können. Die Meder trugen jedoch wesentlich zur politischen Dynamik im antiken Iran bei und waren ein Schlüsselfaktor in den Ereignissen, die zur Entstehung des Perserreichs führten.

900 bis 700 v.Chr.: Laut einige Quellen sollte die Guti das Meder Macht angenommen haben. Es gibt aber keine klaren historischen Aufzeichnungen darüber, dass die Guti das Medische angenommen haben, und es könnten möglicherweise Missverständnisse oder ungenaue

Informationen vorliegen. Die Guti waren eine antike Volksgruppe, die im 2. Jahrtausend v. Chr. in Mesopotamien existierte, insbesondere östlich des Tigris.

Die Meder hingegen waren eine separate iranische Zivilisation, die im westlichen Teil des heutigen Irans und in Teilen des Nordiraks im 1. Jahrtausend v. Chr. blühte. Die Meder spielten eine wichtige Rolle in der Geschichte des Nahen Ostens und waren am Aufstieg des Perserreichs beteiligt.

Es ist wichtig zu beachten, dass die historischen Aufzeichnungen aus dieser Zeit oft lückenhaft sind, und viele Details können verloren gegangen oder nicht eindeutig dokumentiert sein. Es gibt jedoch keine bekannten historischen Belege dafür, dass die Guti das Meder Macht angenommen haben.

612 v.Chr.: Im Jahr 612 v. Chr. spielten die Meder eine entscheidende Rolle in den politischen Umwälzungen im Nahen Osten. Das wichtigste Ereignis dieses Jahres war die Eroberung und Zerstörung der assyrischen Hauptstadt Ninive. Hier sind einige Schlüsselereignisse, die mit den Medern in diesem Jahr verbunden sind: Gemeinsam mit dem Babylonier unter König Nabopolassar und den Sklaven der Assyrier stürmten die Meder unter ihrem König Kyaxares die assyrische Hauptstadt Ninive. Diese Eroberung führte zum Zusammenbruch des assyrischen Reiches. Die Meder arbeiteten in dieser Zeit eng mit dem Babylonier zusammen, um die assyrische Vorherrschaft zu beenden. Die Allianz zwischen den Medern und den Babyloniern spielte eine Schlüsselrolle in der Zerschlagung des assyrischen Reiches. Nach der

Eroberung von Ninive und dem Zusammenbruch der assyrischen Macht bildeten die Meder ein eigenständiges Reich. Kyaxares wird oft als der Gründer des Mederreichs betrachtet, und er regierte über ein Gebiet, das Teile des heutigen Iran, Irak und möglicherweise andere Regionen umfasste.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Meder in den darauffolgenden Jahrzehnten eine bedeutende Rolle in der Geschichte des Nahen Ostens spielten. Ihr Reich legte den Grundstein für die Entstehung des Perserreichs, das später unter Kyros dem Großen zu einem der größten Imperien der antiken Welt wurde. Laut Erzählungen wird behauptet, dass die Meder erobern und zerstören die Hauptstadt des assyrischen Imperiums. Dieses historische Ereignis ging in die kurdische Kultur ein als das Neujahrsfest Newroz (21. März); dieses Fest symbolisiert den Aufstand der Kurden (hier Aufstand Kawa; mythischer Held) gegen die tyrannische Herrschaft und dessen Zerschlagung. Die Meder errichteten das Reich Medien, welches das gesamte heutige Kurdistan umfasste, und siedelten sich in diesem Gebiet ein. Dieser Prozess des Sesshaft Werdens war die Grundlage für die Bildung der kulturellen, sprachlichen und territorialen Einheit der Meder, welche die Basis für eine kurdische Zusammengehörigkeit schufen sollten.

99 v.Chr.: Sollte Zarathustra (Zardosht) (Philosoph und Reformator) in Medien geboren sein. Seine Lehre ist der monotheistische Glauben (Ahura Mazda) und ethischer Dualismus. Für Zarathustra ist das Leben ein ständiger Kampf zwischen Gut und Böse, Wahrheit und Lüge und Licht und Finsternis. Aber es gibt keine historischen Aufzeichnungen darüber, dass der Religionsstifter

Zarathustra (auch Zoroaster genannt) im Jahr 99 v. Chr. in Medien geboren wurde. Tatsächlich liegen die genauen Geburts- und Lebensdaten von Zarathustra im Dunkeln, und es gibt verschiedene Schätzungen über die Zeit, in der er lebte.

Zarathustra ist der Begründer des Zoroastrismus, einer der ältesten monotheistischen Religionen der Welt. Seine Lehren betonten die Verehrung eines einzigen Gottes, Ahura Mazda, und die Dualität von Gut und Böse. Die ursprünglichen Texte, die auf seine Lehren zurückgehen, sind die Avesta-Schriften.

Die meisten Schätzungen platzieren Zarathustra weit vor dem Jahr 99 v. Chr., wahrscheinlich im 6. oder 7. Jahrhundert v. Chr. Dies würde bedeuten, dass Zarathustra mehrere Jahrhunderte vor der von Ihnen genannten Zeitperiode lebte.

550 v.Chr.: Die Perser unter König Kyros unterwerfen der Meder reich und gründen das persische Achämenidenreich. Das heutige Gebiet Kurdistans fällt unter ihre Herrschaft. Mit der Niederwerfung der Meder durch die Perser begann eine Phase der Okkupation, Ausplünderung und der Kriege um Kurdistan. Im Jahr 550 v. Chr. spielten die Perser unter König Kyros II. (auch bekannt als Kyros der Große) eine entscheidende Rolle in der Geschichte des Nahen Ostens. Hier sind einige wichtige Ereignisse und Entwicklungen in diesem Zeitraum: Kyros II. war der Gründer des Achämenidenreichs, des ersten persischen Großreichs. Er vereinte die verschiedenen Stämme und Regionen unter seiner Herrschaft und schuf ein mächtiges Reich, das Teile

des heutigen Iran, Irak, Syriens, Ägyptens und Anatoliens umfasste. Zwischen 550 und 549 v. Chr. eroberte Kyros II. das Meder reich, das zuvor ein bedeutendes politisches Machtzentrum im Nahen Osten war. Diese Eroberung markierte den Beginn des Achämenidenreichs. Kyros II. erlangte Ruf für seine vergleichsweise milde Herrschaft über die eroberten Völker. Es wird berichtet, dass er eine Politik der Religionsfreiheit und Selbstverwaltung verfolgte, was zu einer stabilen Herrschaft in seinem Reich beitrug. Kyros der Große starb im Jahr 530 v. Chr. Sein Sohn Kambyses II. folgte ihm auf den Thron und setzte die Expansionspolitik fort, indem er Ägypten eroberte. Das Achämenidenreich erreichte unter Kyros und seinen Nachfolgern seine größte Ausdehnung. Es ist wichtig zu betonen, dass Kyros II. und das Achämenidenreich eine bedeutende historische Bedeutung haben, und die Perser spielten eine wichtige Rolle in den nachfolgenden Jahrhunderten der antiken Weltgeschichte. Kyros' Toleranz gegenüber den Eroberten, seine effektive Verwaltung, die er von den Medern übernommen hat, und seine militärischen Erfolge prägten die Perspektive auf das Achämenidenreich und seine Beziehung zu den unterworfenen Völkern.

331 v.Chr.: Alexander der Große besiegt das persische Reich. Kurdistan fällt unter hellenische (griechische) Herrschaft. Die Schlacht bei Gaugamela im Jahr 331 v. Chr. markierte einen entscheidenden Moment in der Geschichte, als Alexander der Große das Perserreich unter der Führung des persischen Königs Dareios III. besiegte. Dies führte zu bedeutenden politischen Veränderungen in der Region, die auch Teile des Gebiets, das heute als Kurdistan bekannt ist, betrafen.

Nach der Schlacht bei Gaugamela eroberte Alexander der Große Babylon und Susa, wichtige Städte des Perserreichs. Der persische König Dareios III. wurde gefangen genommen, und Alexander setzte seinen Eroberungszug fort, der schließlich bis nach Zentralasien reichte.

Die Auswirkungen dieser Eroberungen auf das Gebiet, das heute als Kurdistan bezeichnet wird, waren komplex. Alexander der Große gründete neue Städte und etablierte Verwaltungsstrukturen in den eroberten Gebieten. Einige Regionen könnten unter die Kontrolle von Alexander und seinen Nachfolgern geraten sein.

Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass die Konzeption moderner Nationalstaaten und die Identität der Kurden als eine ethnische Gruppe zu dieser Zeit nicht existierte. Das heutige Verständnis von Kurdistan und der kurdischen Identität entwickelte sich über viele Jahrhunderte hinweg.

Nach dem Tod Alexanders des Großen im Jahr 323 v. Chr. wurde sein Reich unter seinen Generälen aufgeteilt, und das Seleukiden reich, das in der Region des Nahen Ostens entstand, konnte einen Teil des Gebiets kontrollieren. Im Laufe der Geschichte erlebte die Region verschiedene Herrschaftsperioden, darunter die der Parther und der Sassaniden im Perserreich, bevor sie Teil des Islamischen Kalifats wurde und in späteren Zeiten von verschiedenen Reichen und Dynastien beeinflusst wurde.

60 v.Chr.: Die Römer, die im Westen ein Großreich gegründet hatten, okkupierten die gesamte Region. Beginn der römischen Kolonisierung. Die Region, die heute als

Kurdistan bekannt ist, befand sich im Laufe der Geschichte in einem Gebiet, das von verschiedenen Reichen und Mächten kontrolliert wurde.

Um 60 v. Chr. befanden sich weite Teile des Nahen Ostens, einschließlich Mesopotamien, unter der Kontrolle des Parthers reiches. Die Parther waren eine iranische Macht, die sich erfolgreich gegen das Seleukiden reich behauptete. In dieser Zeit gab es auch Konflikte und Auseinandersetzungen mit dem Römischen Reich.

Die Römer führten verschiedene Feldzüge und Eroberungen in der Region durch. Pompeius, ein römischer General, eroberte 64 v. Chr. die Stadt Jerusalem und machte sie zur römischen Provinz Syria. Die politische Situation in der Region war komplex, und die Römer interagierten mit verschiedenen lokalen Mächten.

Es ist wichtig zu betonen, dass die spezifischen Auswirkungen der römischen Kolonisierung auf die Region, die heute als Kurdistan bekannt ist, in den historischen Aufzeichnungen nicht immer klar dokumentiert sind. Die Entwicklungen hingen von verschiedenen Faktoren ab, darunter politische Allianzen, lokale Mächte und kulturelle Dynamiken.

Im Laufe der Jahrhunderte wechselte die Kontrolle über die Region zwischen verschiedenen Reichen, darunter das Römische Reich, das Sassanidenreich, das Byzantinische Reich und das Islamische Kalifat. Die Geschichte der Region ist geprägt von einer Vielzahl von Einflüssen und Machtverschiebungen im Laufe der Zeit.

260 bis 630 n.Chr.: Das römische Reich und die persische Sassaniden Dynastie bekämpften sich ununterbrochen um die Vorherrschaft. Der Krieg findet auf kurdischem Siedlungsgebiet statt. Der ständige Kriegszustand zwang die Kurden sich in die Berge zurückzuziehen, wo sie Schutz für ihre Existenz fanden. Die Zeit von 260 bis 630 n. Chr. war von anhaltenden Konflikten zwischen dem Römischen Reich und der Sassaniden-Dynastie im Perserreich geprägt. Dieser Zeitraum wird oft als die Zeit der Römisch-Persischen Kriege oder auch als die Spätantike Kriege bezeichnet. Die Kriege zwischen Römern und Sassaniden erstreckten sich über verschiedene Regionen, darunter auch das Gebiet, das heute als Kurdistan bekannt ist.

Die Kurden, als ethno-linguistische Gruppe, waren zu dieser Zeit wahrscheinlich in verschiedenen Gemeinschaften und Stämmen organisiert. Während dieser andauernden Kriege könnte die Region, in der die Kurden lebten, von den Auswirkungen des Konflikts betroffen gewesen sein. Die Unsicherheit und der ständige Kriegszustand könnten dazu geführt haben, dass Menschen in die Berge flüchteten, um Schutz für ihre Existenz zu suchen.

Die Berge boten geografische Vorteile für Verteidigungszwecke und dienten oft als Rückzugsorte für Bevölkerungsgruppen während Zeiten des Konflikts. Solche Gebiete boten auch Möglichkeiten für guerillakriegsähnliche Taktiken, die von einigen Stämmen genutzt wurden, um sich vor den Auswirkungen der Kriege zu schützen.

Es ist wichtig zu beachten, dass die historischen Aufzeichnungen aus dieser Zeit oft begrenzt und fragmentiert sind. Informationen über die spezifischen Auswirkungen auf die Kurden und ihre Geschichte könnten in der Archäologie, der Linguistik und in lokalisierten historischen Quellen zu finden sein.

637 n.Chr.: Eroberungswelle der arabischen Herrscher beginnt. Die bis dahin teilweise zarathustrischen Kurden wurden zwangsislamisiert. Das kurdische Volk kämpfte lange Zeit gegen die Islamisierung und beteiligte sich an zahlreichen Aufständen gegen die islamische Zentralregierung in Damaskus. Die islamische Eroberung begann im Jahr 637 n.Chr., als die muslimischen Armeen unter der Führung von Khalid ibn al-Walid, einem Gefährten des Propheten Muhammad, das Sassanidenreich und das Byzantinische Reich eroberten. Diese Eroberung erstreckte sich auch über Gebiete, die von verschiedenen Völkern bewohnt wurden, darunter auch Regionen, in denen die Kurden siedelten.

Die Kurden, die zu dieser Zeit möglicherweise eine Vielzahl von Glaubensrichtungen, einschließlich des Zoroastrismus, praktizierten, wurden im Zuge der islamischen Eroberung Zwangsmäßig mit dem Islam konfrontiert. Die Islamisierung führte zu Veränderungen in der religiösen Praxis und im sozialen Leben der Bevölkerung.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Islamisierung nicht zwangsläufig mit einem vollständigen Verlust der vorherigen kulturellen und religiösen Identität einherging. Viele Bevölkerungsgruppen, einschließlich der Kurden,

integrierten verschiedene Elemente ihrer vorislamischen Kultur in ihre muslimische Identität.

Im Laufe der Geschichte gab es verschiedene Perioden, in denen lokale Bevölkerungen, einschließlich der Kurden, gegen die Zentralregierungen im islamischen Reich aufbegehrten. Dies könnte auf verschiedene Gründe zurückzuführen sein, darunter politische, wirtschaftliche oder soziale Unzufriedenheit. Die Kurden waren an verschiedenen Aufständen und regionalen Konflikten beteiligt, die teilweise gegen die zentrale Autorität gerichtet waren.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Geschichte der Kurden und ihre Beziehung zum Islam vielschichtig und von zahlreichen Faktoren beeinflusst ist. Die Kurden haben im Laufe der Jahrhunderte eine reiche kulturelle und historische Identität entwickelt, die verschiedene Einflüsse, darunter auch die islamische, umfasst.

Der Islamisierungsprozeß hatte in den folgenden Jahrhunderten, neben kulturellen Einflüssen, vor allem eine starke Feudalisierung der kurdischen Gesellschaftsstrukturen zur Folge. Trotz der durch die arabische Hegemonie bestehenden Einschränkungen entstanden mehrere kurdische Dynastien. Diese Entwicklungen waren das Ergebnis einer komplexen Mischung aus politischen, Religiösen, sozialen und kulturellen Einflüssen. Die Feudalisierung ist oft mit einer landwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur verbunden. In vielen Gesellschaften führte dies zur Entstehung von Landherren (kurdisch „Aga“, der Landbesitz kontrollierten und Abgaben von den Bauern verlangten. In

einigen Regionen entstanden lokale Eliten und Stammesstrukturen, die eine wichtige Rolle in der politischen und sozialen Organisation spielten. Diese Strukturen könnten auch mit der Ausübung von Macht und Autorität in der jeweiligen Region verbunden sein.

Entstehung von kurdischen Dynastien:

Im 11. Jahrhundert waren die Seldschuken eine wichtige islamische Dynastie, die weite Teile des Nahen Ostens kontrollierte. Die kurdische Zengiden-Dynastie war eine Abspaltung der Seldschuken und spielte eine Rolle in der Region. Die Ayyubiden-Dynastie, gegründet von Salah ad-Din (Saladin), einem kurdischen Kommandanten, war im 12. und 13. Jahrhundert aktiv. Salah ad-Din wurde bekannt für seine Verteidigung gegen die Kreuzfahrer und eroberte Jerusalem im Jahr 1187. In verschiedenen Perioden der Geschichte bildeten sich kleinere kurdische Fürstentümer und Emirate heraus. Diese waren oft semi-autonom und übten eine gewisse Kontrolle über ihre jeweiligen Gebiete aus. Die Bildung von kurdischen Dynastien verdeutlicht, dass trotz der islamischen Hegemonie und feudalen Strukturen die Kurden in der Lage waren, ihre eigenen politischen Einheiten zu schaffen. Dies spiegelte auch die Vielfalt der regionalen Machtstrukturen im islamischen Weltreich wider.

1245: Die Mongolen erobern große Teile von Kurdistan und hinterlassen grausame Verwüstungen. Im 13. Jahrhundert führten die Mongolen unter der Führung von Hülegü, einem Enkel von Dschingis Khan, eine Invasion und Eroberung in verschiedenen Teilen des Nahen Ostens durch. Dies schloss auch die Region Kurdistan ein. Das

Jahr 1245 markiert einen Zeitpunkt innerhalb dieses Gesamtprozesses. Hülegü, der Begründer der Ilchanen-Dynastie, eroberte und regierte über ein großes Gebiet, das Teile des heutigen Iran, Irak, Syrien und andere Regionen umfasste. Während der Mongoleninvasionen kam es zu weitreichenden Zerstörungen und Grausamkeiten. Städte wurden erobert, Bevölkerungen dezimiert, und es entstanden große Verwüstungen. Die Mongolenherrschaft über Kurdistan unter den Ilchanen dauerte mehrere Jahrzehnte. Während dieser Zeit kam es zu sozialen und politischen Umwälzungen, und die lokalen Strukturen wurden stark beeinflusst. Die Mongoleninvasion führte zu erheblichen Bevölkerungsverlusten und Verwüstungen in Kurdistan. Städte und Siedlungen wurden zerstört, und die ökonomische Infrastruktur erlitt schwere Schäden. Die Mongolenherrschaft brachte auch soziale Umwälzungen mit sich. Lokale Eliten wurden ersetzt, und die Bevölkerung musste sich an neue politische und soziale Strukturen anpassen. Die mongolische Herrschaft hatte auch Auswirkungen auf die kulturelle Landschaft. Die Mongolen förderten eine gewisse religiöse Toleranz, was zu einem Nebeneinander von verschiedenen Glaubensrichtungen führte. Die Mongolenherrschaft über Kurdistan war Teil eines umfassenderen historischen Prozesses, der das Gesicht der Region veränderte. Trotz der Grausamkeiten und Zerstörungen spielte die Mongolenzeit eine Rolle bei der Entwicklung der lokalen Geschichte und Kultur.

1500 bis 1840: Kurdistan wird Schauplatz der Kämpfe zwischen dem Osmanischen (gegründet 1301) und Persischen Reich. Die Osmanen und Perser legten großen Wert darauf, die Unterstützung der kurdischen

Feudalherren zu erlangen. So kam es, dass die Kurden auf beiden Seiten kämpften. Die Periode von 1500 bis 1840 war in der Geschichte Kurdistans von den Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen dem Osmanischen Reich und dem Persischen Reich geprägt. Die Region Kurdistan, die zwischen diesen beiden Imperien lag, wurde zum Schauplatz politischer und militärischer Machtkämpfe. In dieser Zeit spielte die Unterstützung der kurdischen Feudalherren eine entscheidende Rolle in den Beziehungen zwischen den Osmanen und den Persern.

Schlüsselmerkmale dieser Periode:

Politische Unsicherheit: Die Grenzen zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich verschoben sich während dieser Zeit, und die kurdischen Gebiete waren oft umstritten. Dies führte zu einer anhaltenden Unsicherheit und instabilen politischen Bedingungen.

Kurdische Feudalherren: Die Osmanen und Perser versuchten, die Unterstützung der kurdischen Feudalherren zu gewinnen, um ihre Herrschaft in der Region zu stärken. Diese Feudalherren hatten oft eine beträchtliche Autonomie und Macht über ihre jeweiligen Gebiete.

Kurden auf beiden Seiten: Aufgrund der komplexen politischen Dynamik kämpften Kurden auf beiden Seiten der Konflikte. Einige unterstützten das Osmanische Reich, während andere die Perser unterstützten. Dies könnte auf Allianzen, lokale Interessen oder persönliche Beziehungen zurückzuführen sein.

Zwischen Osmanen und Safawiden: Die Osmanen und Safawiden (eine persische Dynastie) waren in dieser Zeit Rivalen. Die Region Kurdistan wurde zum strategischen Punkt in den Konflikten zwischen den beiden Reichen.



Das kurdische Volk befand sich mitten im Krieg zwischen den Persern und den Osmanen bis zum Zweiten Weltkrieg.

Kultureller Austausch und Konflikt: Trotz der politischen Spannungen gab es auch kulturellen Austausch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Diese Periode beeinflusste die kulturelle Landschaft und Identität der Kurden.

Langfristige Auswirkungen:

Entwicklung regionaler Identität: Die lang andauernden Konflikte trugen zur Entwicklung einer eigenständigen

regionalen Identität bei. Die Kurden begannen, sich in Bezug auf ihre kulturelle, sprachliche und historische Identität bewusster zu werden.

Fortdauernde Spannungen: Die Beziehungen zwischen Kurden, Osmanen und Persern blieben über viele Jahrhunderte hinweg von Spannungen geprägt. Dies wirkte sich auch auf die politischen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts und darüber hinaus aus. Diese Periode war ein entscheidender Abschnitt in der Geschichte Kurdistan, der die politische Landschaft und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren in der Region nachhaltig beeinflusste.

Zweifelloos ist der militärische Erfolg der Osmanen nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es ihnen gelang durch entsprechende Zugeständnisse die Loyalität der kurdischen Stammesführer zu gewinnen. Die politischen Zugeständnisse der Zentralregierungen an die kurdischen Herrscherfamilien führten dazu, dass die kurdische Kultur zur Zeit des Osmanischen Reiches eine Blütezeit erfuhr.

Die Geschichte des kurdischen Volkes ist in der Tat von Konflikten und Auseinandersetzungen mit verschiedenen regionalen Mächten und Akteuren geprägt. Eine wichtige Periode in dieser Geschichte war der Konflikt zwischen den Persern (Iranern) und den Osmanen (Osmanisches Reich) bis zum Zweiten Weltkrieg. Hier sind einige wichtige Punkte zu beachten:

Osmanisches Reich und Persien: Die kurdischen Gebiete lagen historisch gesehen zwischen dem Osmanischen Reich und Persien (heutiger Iran). Beide

Reiche beanspruchten territoriale Kontrolle über kurdische Gebiete und hatten oft Konflikte um Grenzen und Vorherrschaft.

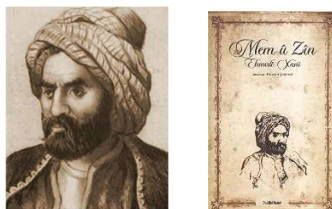
Kurden als Krieger: Die Kurden wurden oft als Krieger und Söldner angesehen und waren in verschiedenen Konflikten zwischen den osmanischen und persischen Herrschern involviert. Sie kämpften auf beiden Seiten und waren oft von den politischen Entwicklungen der Region betroffen.

Aufstände und Widerstand: Im Laufe der Geschichte gab es zahlreiche kurdische Aufstände und Widerstandsaktionen gegen die Herrschaft der Osmanen und Perser. Diese Aufstände waren oft Reaktionen auf Unterdrückung, Misswirtschaft und ethnische Diskriminierung.

Zwischen den Fronten im Ersten Weltkrieg: Während des Ersten Weltkriegs befanden sich die Kurden in einer schwierigen Lage, da ihre Gebiete zwischen den Fronten der osmanischen und persischen Truppen lagen. Dies führte zu weiterem Leid und Konflikten für das kurdische Volk.

Folgen des Zweiten Weltkriegs: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Region neu geordnet, und die Grenzen zwischen den modernen Staaten, die das ehemalige Osmanische Reich und Persien ersetzten, wurden gezogen. Dies führte zu politischen Herausforderungen und Konflikten für die kurdische Bevölkerung, da ihre Gebiete oft zwischen verschiedenen Staaten aufgeteilt wurden.

Dichter wie Ahmed-e Xanê vervollkommneten die kurdische Philosophie und Poesie, ca. im Jahr 1695 entstand das Epos "Mem û Zîn". Ahmed-e Xanê, auch bekannt als Ehmedê Xanî, war ein bedeutender kurdischer Dichter und Gelehrter, der im 17. Jahrhundert lebte. Sein berühmtestes Werk ist das Epos "Mem û Zîn", das er etwa im Jahr 1695 verfasste. Dieses Epos gilt als Meisterwerk der kurdischen Literatur und hat einen großen Einfluss auf die kurdische Philosophie und Poesie gehabt.

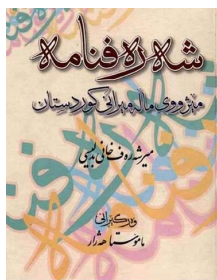


Ahmed-e Xanê

Ahmed-e Xanê wurde 1651 in der Stadt Nusaybin, die sich heute in der Türkei befindet, geboren. Er war ein Gelehrter, Dichter und Philosoph, der während der Zeit des Osmanischen Reiches lebte. "Mem û Zîn" ist ein episches Liebesgedicht in kurdischer Sprache. Es erzählt die Geschichte von Mem, einem jungen Mann aus dem Stamm der Kurmanj, und Zîn, einer schönen Frau aus dem Stamm der Dîlan. Die Handlung des Epos ist in einer lyrischen und poetischen Sprache verfasst. Das Epos behandelt nicht nur die Liebesgeschichte von Mem und Zîn, sondern enthält auch tiefgreifende philosophische und moralische Reflexionen. Ahmed-e Xanê nutzte das Werk, um moralische Prinzipien, soziale Gerechtigkeit und die Suche nach Wissen zu betonen. "Mem û Zîn" ist nicht nur ein literarisches Meisterwerk, sondern auch ein

Schlüsseltext in der kurdischen Kultur. Es hat die kurdische Poesie und Philosophie nachhaltig beeinflusst und wird bis heute als eines der wichtigsten Werke in der kurdischen Literatur betrachtet.

Ahmed-e Xanê hat einen bleibenden Einfluss auf die Entwicklung der kurdischen Literatur und Kultur hinterlassen. Sein Werk inspirierte nachfolgende Generationen von Dichtern und Schriftstellern, die sich auf seine poetische Sprache, seine philosophischen Ideen und seine Darstellung der kurdischen Identität berufen. Die kulturelle und literarische Bedeutung von Ahmed-e Xanê und "Mem û Zîn" wird von der kurdischen Gemeinschaft hochgeschätzt, und das Werk bleibt ein Symbol für die reiche kulturelle Erbe der Kurden.



Scherefname



Serefhan

1596: Das Geschichtswerk "Scherefname" (Pracht der kurdischen Nation) mit dem ersten vollständigen Überblick über die kurdische Geschichte wird fertiggestellt von Serefhan, Fürst von Bitlis. Das Werk wurde in persischer Sprache geschrieben. Ein Original liegt in der Bibliothek von Oxford. Das Scherefname

wurde mannigfaltig in verschiedene Sprachen übersetzt. 1669 wurde es von einem Nachfahren Şerefhans namens Muhammed bin Ahmed Bey Mirza und nochmals 1681 von einem Verfasser namens Semi ins Osmanische übersetzt. 1930 übersetzte es der kurdische Lehrer Süleyman Savcı aus Diyarbakir ins Türkische. Allerdings sind dies Einzelwerke, die in Bibliotheken lagern.

Schon 1860 war es ins Russische und 1868 ins Französische übersetzt worden. 1853–1856 übersetzte der Österreicher Heinrich A. Barb das Werk auszugsweise ins Deutsche. Der irakische Kurde Muhammed Ali Avni übersetzte das Buch 1948 in Kairo ins Arabische. Mehmed Emîn Bozarslan übersetzte das Werk aus dem Arabischen ins Türkische und veröffentlichte es 1971 (2. Auflage 1976 und 3. Auflage 1990). In Jahre 1971 ein kurdischer Schriftsteller, Dichter, Linguist und Übersetzer Hajar Mukeryani hat Das Werk "Scherefname" von Persische Sprache in Kurdisch (Sorani) übersetzt.

1639: Durch das "Kasr-i Sirin-Abkommen", dem Vertrag zwischen Osmanen und Persern, wurde die osmanisch-persische Grenze festgelegt; Kurdistan wurde hier zum ersten Mal aufgeteilt. Damit war der Auftakt einer negativen Entwicklung für Kurdistan gegeben.

Das "Kasr-i Sirin-Abkommen" von 1639, auch als Vertrag von Kasr-ı Şirin bekannt, war ein Friedensvertrag zwischen dem Osmanischen Reich und der Safawiden-Dynastie (Persien). Dieser Vertrag legte die Grenzen zwischen den beiden Reichen fest und beendete den osmanisch-safawidischen Krieg, der zuvor stattgefunden hatte.

In Bezug auf Kurdistan führte der Vertrag von Kasr-ı Şirin zu einer territorialen Aufteilung. Die genaue Linie der Grenze zwischen dem Osmanischen Reich und Persien variierte im Laufe der Jahre, aber Kurdistan befand sich oft in einem umstrittenen Grenzgebiet. Diese Aufteilung hatte politische, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen auf die kurdische Bevölkerung in der Region.

Hauptpunkte des Vertrags von Kasr-ı Şirin:

Friedensschluss: Der Vertrag von Kasr-ı Şirin beendete den langwierigen Krieg zwischen dem Osmanischen Reich und der Safawiden-Dynastie.

Grenzfestlegung: Die Grenze zwischen dem Osmanischen Reich und Persien wurde in diesem Vertrag festgelegt. Dies betraf auch die Gebiete, die von den Kurden bewohnt wurden.

Politische Auswirkungen: Die Aufteilung von Kurdistan zwischen den beiden Reichen hatte politische Konsequenzen für die kurdische Bevölkerung, die nun unter verschiedenen Herrschaften lebte.

Langfristige Auswirkungen: Die politische Fragmentierung Kurdistans und die Aufteilung der kurdischen Bevölkerung auf verschiedene Herrschaftsbereiche setzten sich in den folgenden Jahrhunderten fort und hatten langfristige Auswirkungen auf die Geschichte der Region. Es ist wichtig zu betonen, dass die Begriffe "Aufteilung" oder "Teilung" in diesem Kontext nicht im modernen Sinne von Nationalstaatsgrenzen verstanden werden sollten.

Vielmehr bezieht sich dies auf die politische und administrative Aufteilung von Gebieten zwischen verschiedenen Imperien oder Staaten. Die kurdische Bevölkerung lebte weiterhin in einem weitgehend zusammenhängenden geografischen Gebiet, wurde jedoch unter verschiedenen Herrschaften aufgeteilt und beide Länder langfristig versuchten die Kurden zu Assimilieren.

Das im Westen allmählich zerfallende Osmanische Reich legte seinen Schwerpunkt auf Kurdistan, beschränkte die Autorität der kurdischen Fürsten, steigerte die wirtschaftliche Ausbeutung, führte ein Steuersystem ein und benutzte das kurdische Volk um Teile seiner Armee zu rekrutieren.

Die ersten offiziellen Beziehungen zwischen den Kurden und dem Osmanischen Reich wurden im Jahr 1514 während des Krieges von Caldiran etabliert, bei dem die Kurden an der Seite der Osmanen gegen das Safewiten-Reich im Iran kämpften. Diese Teilnahme ermöglichte den Kurden, ihre autonomen Herrschaftsformen innerhalb des Osmanischen Reiches beizubehalten. Diese autonome Struktur blieb bis zum 19. Jahrhundert ohne größere Probleme bestehen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts begann das Osmanische Reich, seine Struktur zu zentralisieren und versuchte dabei, die autonomen Fürstentümer der Kurden einzuschränken. Dies führte zu Aufständen seitens der Kurden. Die Phase dieser Aufstände begann 1806 mit dem Aufstand des Herrschers von Revanduz, Abdurrahman Pascha, und erreichte 1839 mit dem Aufstand des

Herrschers von Botan, Şerifxan, ihren Höhepunkt. Bis 1880 gab es zahlreiche Aufstände, die zur Beseitigung der kurdischen Fürsten und dem Ende der autonomen Herrschaftsstrukturen führten.

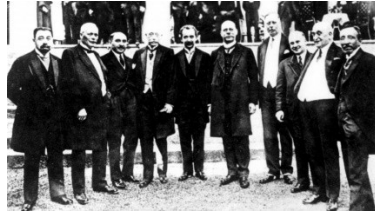
Ab 1880 änderten sich die politischen Forderungen der Kurden, besonders während des Aufstands des Scheichs Ubeydullah und Scheich Mahmud Berzenci. Die Forderungen konzentrierten sich zunehmend auf die Unabhängigkeit, und bis zum Ersten Weltkrieg gab es mehrere Aufstände. Ein Teil der kurdischen Eliten strebte nun die Gründung eines unabhängigen Staates an.



Scheich Mahmud Berzenci

Der Vertrag von Sèvres nach dem Ersten Weltkrieg enthielt Artikel über die Unabhängigkeit der Kurden, jedoch wurden nur bestimmte Gebiete einbezogen und die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates durch zahlreiche Auflagen erschwert. Im Vertrag von Lausanne von 1923, der zwischen den alliierten Siegermächten und dem neu gegründeten türkischen Staat unter Mustafa Kemal ausgehandelt wurde, spielten die Überlegungen des veralteten Sèvres-Abkommens keine Rolle mehr. Die Britische Regierung konzentrierte sich vornehmlich auf

ihre Ölintereessen, und die Region Kurdistan wurde auf vier (spätere) Staaten aufgeteilt. Die Kurdenfrage verschwand aus der internationalen Tagesordnung.



Am 24. Juli 1923 wurde der Vertrag von Lausanne unterzeichnet.

Die Türkische Republik, die aus den Trümmern des Osmanischen Reiches entstand, übernahm zahlreiche Probleme, darunter die Komplexität der Kurdenfrage. Als Mustafa Kemal im Jahr 1919 nach Anatolien kam, versprach er, den Kurden einen gleichberechtigten Platz im neu zu schaffenden Staat einzuräumen. Jedoch zeigten seine Praktiken und Organisationsformen in Anatolien, dass dies nicht seine wahre Absicht war. Infolgedessen begannen führende kurdische Kreise die ersten oppositionellen Bewegungen. Im Jahr 1920 brach in der Region des westlichen Dersim der kurdische Aufstand von Kocgiri aus. Die politischen Ziele und die Strategie dieses Aufstands sind für die heutige Forschung nicht eindeutig zu definieren, da führende Kader unterschiedliche Forderungen stellten, die von einem unabhängigen Staat bis zur Autonomie reichten. Die Bewegung war zudem schlecht vorbereitet, und ein großer Teil der kurdischen Bevölkerung versagte dieser Bewegung schließlich ihre Unterstützung.

Die Niederschlagung dieses Aufstands führte dazu, dass die Kurden die Möglichkeit verloren, politische Aktivitäten auf legaler Ebene zu betreiben. In Reaktion darauf gründeten sie eine geheime politische Partei namens "Azadi" (Freiheit) und begannen Aktivitäten mit dem Ziel der Unabhängigkeit. Mit der Verfassung von 1924 wurde in der Türkischen Republik ein türkischer Staat proklamiert, der alle Nationen und ethnischen Gruppen (mit Ausnahme der christlichen und jüdischen Minderheiten) auf dem Staatsgebiet als nicht existent betrachtete und als "Türken" bezeichnete. Dies führte zu erneutem Widerstand der kurdischen Bevölkerung, da ihre ethnische Identität geleugnet wurde.

Ende 1924 wurden die Führer von "Azadi" verhaftet, und die für Kurdistan zentralen Bildungsinstitute, die Medressen (Schulen), wurden geschlossen. Dies löste den kurdischen Aufstand von 1925 aus. Die Aufständischen eroberten innerhalb kurzer Zeit wesentliche Teile Kurdistans. Die türkische Staatsführung schlug den Aufstand jedoch schnell nieder. Die am Aufstand Beteiligten wurden vor den neu gebildeten "Gerichten der Unabhängigkeit" (istiklal mahkemeleri) angeklagt und zum Tode verurteilt. In dieser Zeit wurden mehr als 15.000 Kurden getötet, und etwa 900 Dörfer wurden zerstört.

Aufgrund der sich verstärkenden Unterdrückung durch das Osmanische Reich kam es unter der Führung kurdischer Fürsten zu zahlreichen Aufständen, die ihren Höhepunkt zwischen 1830 und 1880 erreichen. Alle die unten genannten Aufstände wurden blutig niedergeschlagen:

- Babazade Abdulrahman Aufstand 1806 in Mosul.
- Babazade Ahmed Pasa Aufstand 1812 in Mosul. Es gibt historische Aufzeichnungen über einen bedeutenden Aufstand in Mosul im Jahr 1812, der als der "Mosul-Aufstand von 1812" bekannt ist. Dieser Aufstand hatte politische und wirtschaftliche Ursachen, und er stand im Kontext der administrativen Struktur des Osmanischen Reiches. Die lokale Bevölkerung, darunter auch Stammesführer und religiöse Gruppen, war zunehmend unzufrieden mit der osmanischen Verwaltung und den wirtschaftlichen Bedingungen in Mosul. Hohe Steuern, Korruption und Misswirtschaft verschärften die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die ökonomische Belastung und der Verlust von Ressourcen an die osmanische Zentralregierung trugen zu den Unruhen bei. Der Aufstand wurde von lokalen Stammesführern und religiösen Führern angeführt, die gegen die osmanische Herrschaft protestierten. Die Aufständischen belagerten die Stadt Mosul und kämpften gegen die osmanischen Truppen. Die Belagerung dauerte mehrere Monate an. Die osmanischen Truppen, verstärkt durch Verstärkungen aus Istanbul, konnten den Aufstand schließlich niederschlagen. Die Aufständischen wurden besiegt, und es folgten Bestrafungen und Repressalien. Nach der Niederschlagung des Aufstands verstärkte das Osmanische Reich die politische und soziale Unterdrückung in der Region. Der Aufstand von 1812 hatte längerfristige Auswirkungen auf die Beziehung zwischen der osmanischen

Zentralregierung und der lokalen Bevölkerung in Mosul. Es ist wichtig zu beachten, dass lokale Aufstände und Unruhen in der Geschichte des Osmanischen Reiches häufig auf politische, wirtschaftliche und soziale Spannungen zurückzuführen waren. Der Mosul-Aufstand von 1812 ist ein Beispiel für solche lokalen Bewegungen gegen die Zentralregierung.

- Aufstand der Yeziden 1830 in Hakkari. Es gibt historische Aufzeichnungen über einen Aufstand der Yeziden in Hakkari im Jahr 1830. Die Yeziden sind eine ethnoreligiöse Minderheit im Nahen Osten, insbesondere in Regionen wie Hakkari im Südosten der heutigen Türkei. Der Aufstand wurde von den Yeziden als Antwort auf politische und religiöse Unterdrückung durch die osmanische Herrschaft und lokale Autoritäten initiiert. Die Yeziden gehören einer religiösen Minderheit an, die in der Region oft Missverständnissen, Vorurteilen und religiösen Spannungen ausgesetzt war. Die osmanische Regierung und lokale Autoritäten unterdrückten die Yeziden politisch und wirtschaftlich. Dies führte zu Unzufriedenheit und dem Wunsch nach Autonomie. Die Yeziden in Hakkari organisierten sich, um gegen die Unterdrückung zu protestieren. Der Widerstand entwickelte sich schließlich zu einem bewaffneten Aufstand. Der Aufstand nahm die Form eines bewaffneten Konflikts an, bei dem Yeziden gegen osmanische Truppen und lokale Verbündete kämpften. Die Stadt Dschazira (heute Cizre) in der Region wurde zu einem Zentrum des Widerstands. Die Yeziden belagerten die Stadt und kämpften

gegen die osmanischen Streitkräfte. Der Aufstand wurde schließlich durch die osmanischen Truppen niedergeschlagen. Die Yeziden erlitten schwere Verluste, und es folgten Repressalien und Bestrafungen. Der Aufstand von 1830 hatte längerfristige Auswirkungen auf die Beziehung zwischen den Yeziden und den osmanischen Autoritäten. Spannungen blieben bestehen. Der Aufstand hatte auch symbolische Bedeutung für die Yeziden und stärkte ihre Identität des Widerstands gegen Unterdrückung. Der Aufstand der Yeziden in Hakkari im Jahr 1830 ist ein historisches Ereignis, das die komplexen sozialen, religiösen und politischen Dynamiken in der Region widerspiegelt.

- Cizre Bedirxan Aufstand 1831 in Botan. Es gab einen bedeutenden Aufstand in der Region Botan, genauer gesagt in Cizre, bekannt als der Cizre-Bedirxan-Aufstand von 1831. Dieser Aufstand war Teil der weitreichenden Bemühungen um Autonomie und Unabhängigkeit in verschiedenen Regionen des Osmanischen Reiches. Der Aufstand wurde von der Bedirxan-Familie angeführt, insbesondere von Bedirxan Beg. Diese Familie hatte Einfluss in der Region Botan und strebte nach größerer Autonomie. Wie viele Aufstände in dieser Zeit war der Cizre-Bedirxan-Aufstand eine Reaktion auf die politische Unterdrückung, die Besteuerung und die Zentralisierung der osmanischen Autoritäten. Die Bedirxan-Familie versuchte, in der Region Botan eine autonome Verwaltung zu etablieren, und strebte nach Unabhängigkeit von der osmanischen

Zentralregierung. Cizre wurde zum Zentrum des Aufstands, und die Bedirxan-Familie belagerte die Stadt, um ihre Forderungen nach Autonomie durchzusetzen. Das Osmanische Reich reagierte entschieden auf den Aufstand. Osmanische Truppen wurden mobilisiert, um die Rebellion niederzuschlagen. Der Cizre-Bedirxan-Aufstand wurde gewaltsam niedergeschlagen. Osmanische Truppen eroberten Cizre, und die Bedirxan-Familie wurde besiegt. Nach der Niederschlagung des Aufstands folgten Bestrafungen, Repressionen und Maßnahmen, um jegliche weiteren Bestrebungen nach Autonomie in der Region zu unterdrücken. Der Cizre-Bedirxan-Aufstand hatte langfristige Auswirkungen auf die Region. Er trägt zur komplexen Geschichte der kurdischen Aufstände und Bestrebungen nach Autonomie im 19. Jahrhundert bei. Der Cizre-Bedirxan-Aufstand ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte Kurdistans und spiegelt die anhaltenden Bemühungen der lokalen Bevölkerung um Autonomie und Unabhängigkeit in einer Zeit des politischen Umbruchs wider.



Şerif Paşa

Bitlis Serifxan Aufstand 1831 in Bitlis. Es gibt historische Aufzeichnungen über einen Aufstand in Bitlis im Jahr 1831, der als "Serifxan-Aufstand" bekannt ist. Der Aufstand wurde von Şerif Paşa, auch als Şerifxan bekannt, angeführt und hatte politische, soziale und wirtschaftliche Ursachen. Bitlis war Teil des Osmanischen Reiches, und die lokale Bevölkerung war Unzufrieden mit der osmanischen Herrschaft und der hohen Besteuerung. Şerif Paşa, ein lokaler Führer, organisierte den Widerstand gegen die osmanischen Autoritäten. Er hatte Unterstützung von verschiedenen lokalen Gruppen. Der Aufstand hatte Autonomiebestrebungen zum Ziel, und die lokalen Führer strebten nach größerer Unabhängigkeit von der osmanischen Zentralregierung. Der Aufstand entwickelte sich zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den Aufständischen unter der Führung von Şerif Paşa und den osmanischen Truppen. Die Stadt Bitlis wurde belagert, und es kam zu intensiven Kämpfen zwischen den Aufständischen und den osmanischen Streitkräften. Letztendlich wurde der Aufstand von den osmanischen Truppen niedergeschlagen. Şerif Paşa wurde gefangen genommen und hingerichtet.

Nach der Niederschlagung des Aufstands folgten Bestrafungen, Repressionen und Maßnahmen, um jegliche weiteren Bestrebungen nach Autonomie in der Region zu unterdrücken. Der Aufstand von 1831 hatte langfristige Auswirkungen auf die Region Bitlis. Er trägt zur komplexen Geschichte der kurdischen Aufstände und Bestrebungen nach Autonomie im 19. Jahrhundert bei. Der Serifxan-Aufstand von 1831 ist ein Beispiel für den anhaltenden Widerstand gegen die osmanische Herrschaft

und die Suche nach Autonomie in verschiedenen Regionen Kurdistans zu dieser Zeit.

Gurzum Aufstand 1839 in Diyarbakir. Der Gurzum-Aufstand von 1839 war eine bedeutende Revolte, die in der Region Diyarbakir im östlichen Teil des Osmanischen Reiches stattfand. Hier sind einige Details dazu:

Hintergrund:

1. **Regionale Unruhen:** Die Region Diyarbakir war zu dieser Zeit von sozialen und wirtschaftlichen Unruhen geprägt, die aus verschiedenen Gründen wie hohen Steuern, Landkonflikten und politischer Unterdrückung resultierten.
2. **Opposition gegen die Obrigkeit:** Die lokalen Bevölkerungen, darunter kurdische Stämme und türkische Bauern, waren unzufrieden mit der osmanischen Regierung und den örtlichen Obrigkeiten, die als korrupt und unterdrückend empfunden wurden.

Verlauf des Aufstands:

1. **Organisation:** Der Gurzum-Aufstand wurde von verschiedenen lokalen Führern und Rebellen organisiert, darunter kurdische Stammesführer und regionale Anführer, die gegen die osmanische Autorität rebellierte.
2. **Bewaffneter Widerstand:** Die Rebellen erhoben sich gegen die osmanischen Truppen und örtlichen Autoritäten, wobei sie sich bewaffneten

Auseinandersetzungen und Guerillataktiken bedienten.

3. **Belagerung und Kämpfe:** Es kam zu Belagerungen von Städten und Festungen, sowie zu Gefechten zwischen den Aufständischen und den osmanischen Truppen in der Region Diyarbakir.

Niederschlagung und Folgen:

1. **Osmanische Reaktion:** Die osmanische Regierung schickte Truppen, um den Aufstand niederzuschlagen. Es kam zu einer harten Unterdrückung der Aufständischen.
2. **Ende des Aufstands:** Der Gurzum-Aufstand wurde letztendlich von den osmanischen Truppen niedergeschlagen, und die Anführer wurden gefangen genommen oder getötet.
3. **Langfristige Auswirkungen:** Der Aufstand hatte zwar kurzfristig keinen Erfolg, aber er zeigte den Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen die osmanische Herrschaft und war Teil eines größeren Musters von Unruhen und Aufständen in der Region zu dieser Zeit.

Der Gurzum-Aufstand von 1839 war ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der Region Diyarbakir und reflektiert die Spannungen und Konflikte, die im osmanischen Reich während dieser Zeit herrschten.

Bedirxan, Osman und Hüseyin Pasalar Aufstand 1877 in Mardin / Cizre. Der Bedirxan, Osman und Hüseyin Pasalar Aufstand von 1877 war ein bedeutender Aufstand, der in

den Regionen Mardin und Cizre im osmanischen Reich stattfand. Hier sind einige Details dazu:

Hintergrund:

1. **Soziale und Politische Unzufriedenheit:** Die Regionen Mardin und Cizre waren zu dieser Zeit von sozialen und politischen Unruhen geprägt. Die lokale Bevölkerung, darunter kurdische Stämme und türkische Bauern, war unzufrieden mit der osmanischen Regierung und den örtlichen Autoritäten.
2. **Wirtschaftliche Probleme:** Hohe Steuern, Landkonflikte und wirtschaftliche Probleme trugen zur Unzufriedenheit in der Region bei. Die Bevölkerung fühlte sich vernachlässigt und unterdrückt.

Verlauf des Aufstands:

1. **Organisation:** Der Aufstand wurde von lokalen Anführern wie Bedirxan Osman und Hüseyin Pasalar organisiert, die gegen die osmanische Autorität rebellierten und sich für mehr Autonomie und Gerechtigkeit einsetzten.
2. **Bewaffneter Widerstand:** Die Aufständischen erhoben sich gegen die osmanischen Truppen und die lokalen Autoritäten, wobei sie bewaffnete Auseinandersetzungen und Guerillataktiken einsetzten.
3. **Belagerung und Kämpfe:** Es kam zu Belagerungen von Städten und Festungen, sowie zu Gefechten zwischen den Aufständischen und den

osmanischen Truppen in der Region Mardin und Cizre.

Niederschlagung und Folgen:

1. **Osmanische Reaktion:** Die osmanische Regierung entsandte Truppen, um den Aufstand niederzuschlagen. Es kam zu harten Kämpfen und einer brutalen Unterdrückung der Aufständischen.
2. **Ende des Aufstands:** Der Aufstand wurde letztendlich von den osmanischen Truppen niedergeschlagen, und die Anführer wurden gefangen genommen oder getötet.
3. **Langfristige Auswirkungen:** Obwohl der Aufstand kurzfristig keinen Erfolg hatte, zeigte er den Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen die osmanische Herrschaft und trug zur Entwicklung des kurdischen Nationalismus und der Forderungen nach Autonomie und Gerechtigkeit in der Region bei.



Joseph Cochran (sitzend links) und Scheich Ubeydallah (sitzend rechts)

Ubeydullah Aufstand 1881 in Hakkari

Der Ubeydullah-Aufstand von 1880 bis 1881 war ein bedeutender Aufstand in der Region Hakkari im Osmanischen Reich. Hier sind einige Details dazu:

Hintergrund:

1. **Regionale Unruhen:** Die Region Hakkari war zu dieser Zeit von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Unruhen geprägt. Die lokale Bevölkerung, vor allem kurdische Stämme, war unzufrieden mit der osmanischen Herrschaft und den örtlichen Autoritäten.
2. **Religiöse Faktoren:** Der Aufstand wurde von Ubeydullah, einem lokalen religiösen Führer, angeführt, der eine Art religiösen Nationalismus predigte und die Kurden zur Verteidigung ihres Glaubens und ihrer Identität mobilisierte.

Verlauf des Aufstands:

1. **Organisation:** Ubeydullah und seine Anhänger organisierten den Aufstand gegen die osmanische Regierung und die lokalen Autoritäten, indem sie lokale Stämme und Gemeinschaften mobilisierten.
2. **Bewaffneter Widerstand:** Die Aufständischen erhoben sich gegen die osmanischen Truppen und die lokalen Autoritäten, wobei sie bewaffnete Auseinandersetzungen und Guerillataktiken einsetzten.
3. **Belagerung und Kämpfe:** Es kam zu Belagerungen von Städten und Festungen sowie zu Gefechten zwischen den Aufständischen und den osmanischen Truppen in der Region Hakkari.

Niederschlagung und Folgen:

1. **Osmanische Reaktion:** Die osmanische Regierung entsandte Truppen, um den Aufstand niederzuschlagen. Es kam zu harten Kämpfen und einer brutalen Unterdrückung der Aufständischen.
2. **Ende des Aufstands:** Der Aufstand wurde letztendlich von den osmanischen Truppen niedergeschlagen, und Ubeydullah wurde gefangen genommen und hingerichtet.
3. **Langfristige Auswirkungen:** Obwohl der Aufstand kurzfristig keinen Erfolg hatte, trug er zur Entwicklung des kurdischen Nationalismus und der Forderungen nach Autonomie und Gerechtigkeit in der Region bei. Er markierte auch den Beginn einer Reihe von Aufständen und Revolten in den kommenden Jahrzehnten.

Der Ubeydullah-Aufstand von 1880 bis 1881 war ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der Region Hakkari und reflektiert die Spannungen und Konflikte, die im Osmanischen Reich während dieser Zeit herrschten.

Bedirxan Emin Ali Aufstand 1889 in Erzincan

Der Bedirxan-Aufstand von 1889 war ein bedeutender Aufstand in der Region Botan im Osten Anatoliens. Hier sind einige Details dazu:

Hintergrund:

1. **Regionale Unruhen:** Die Region Botan war zu dieser Zeit von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Unruhen geprägt. Die lokale kurdische Bevölkerung war unzufrieden mit der osmanischen Herrschaft und den örtlichen Autoritäten.
2. **Forderungen nach Autonomie:** Der Aufstand wurde von Bedirxan Bey angeführt, einem lokalen kurdischen Führer, der Autonomie und Unabhängigkeit von der osmanischen Herrschaft forderte.

Verlauf des Aufstands:

1. **Organisation:** Bedirxan und seine Anhänger organisierten den Aufstand gegen die osmanische Regierung und die lokalen Autoritäten, indem sie lokale Stämme und Gemeinschaften mobilisierten.
2. **Bewaffneter Widerstand:** Die Aufständischen erhoben sich gegen die osmanischen Truppen und die lokalen Autoritäten, wobei sie bewaffnete Auseinandersetzungen und Guerillataktiken einsetzten.
3. **Belagerung und Kämpfe:** Es kam zu Belagerungen von Städten und Festungen sowie zu Gefechten zwischen den Aufständischen und den osmanischen Truppen in der Region Botan.

Niederschlagung und Folgen:

1. **Osmanische Reaktion:** Die osmanische Regierung entsandte Truppen, um den Aufstand niederzuschlagen. Es kam zu harten Kämpfen und einer brutalen Unterdrückung der Aufständischen.

2. **Ende des Aufstands:** Der Aufstand wurde letztendlich von den osmanischen Truppen niedergeschlagen, und Bedirxan wurde gefangen genommen und hingerichtet.
3. **Langfristige Auswirkungen:** Obwohl der Aufstand kurzfristig keinen Erfolg hatte, trug er zur Entwicklung des kurdischen Nationalismus und der Forderungen nach Autonomie und Gerechtigkeit in der Region bei. Er markierte auch den Beginn einer Reihe von Aufständen und Revolten in den kommenden Jahrzehnten.

Der Bedirxan-Aufstand von 1889 war ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der Region Botan und reflektiert die Spannungen und Konflikte, die im Osmanischen Reich während dieser Zeit herrschten.

Seyx Selim Sebahattin und Ali Aufstand 1912-1913 in Bitlis

Der Seyx Selim, Sebahattin und Ali Aufstand von 1912-1913 war ein bedeutender Aufstand in der Region Bitlis im Osmanischen Reich. Hier sind einige Details dazu:

Hintergrund:

1. **Regionale Unruhen:** Die Region Bitlis war zu dieser Zeit von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Unruhen geprägt. Die lokale kurdische Bevölkerung war unzufrieden mit der osmanischen Herrschaft und den örtlichen Autoritäten.
2. **Forderungen nach Autonomie:** Der Aufstand wurde von den lokalen Anführern Seyx Selim,

Sebahattin und Ali angeführt, die Autonomie und Unabhängigkeit von der osmanischen Herrschaft forderten.

Verlauf des Aufstands:

1. **Organisation:** Die Anführer organisierten den Aufstand gegen die osmanische Regierung und die lokalen Autoritäten, indem sie lokale Stämme und Gemeinschaften mobilisierten.
2. **Bewaffneter Widerstand:** Die Aufständischen erhoben sich gegen die osmanischen Truppen und die lokalen Autoritäten, wobei sie bewaffnete Auseinandersetzungen und Guerillataktiken einsetzten.
3. **Belagerung und Kämpfe:** Es kam zu Belagerungen von Städten und Festungen sowie zu Gefechten zwischen den Aufständischen und den osmanischen Truppen in der Region Bitlis.

Niederschlagung und Folgen:

1. **Osmanische Reaktion:** Die osmanische Regierung entsandte Truppen, um den Aufstand niederzuschlagen. Es kam zu harten Kämpfen und einer brutalen Unterdrückung der Aufständischen.
2. **Ende des Aufstands:** Der Aufstand wurde letztendlich von den osmanischen Truppen niedergeschlagen, und die Anführer wurden gefangen genommen oder getötet.
3. **Langfristige Auswirkungen:** Obwohl der Aufstand kurzfristig keinen Erfolg hatte, trug er zur Entwicklung des kurdischen Nationalismus und der

Forderungen nach Autonomie und Gerechtigkeit in der Region bei. Er markierte auch den Beginn einer Reihe von Aufständen und Revolten in den kommenden Jahrzehnten.

Der Seyx Selim, Sebahattin und Ali Aufstand von 1912-1913 war ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der Region Bitlis und reflektiert die Spannungen und Konflikte, die im Osmanischen Reich während dieser Zeit herrschten.

1897 / 98: Das "Erste Kurdische Nationalkomitee" und die Zeitung "Kurdistan" werden gegründet. Das "Erste Kurdische Nationalkomitee" wurde 1897/98 gegründet und gilt als eine der ersten organisierten Bemühungen der Kurden um politische Repräsentation und nationale Identität. Die Gründung des Nationalkomitees war ein wichtiger Schritt für die kurdische nationalistische Bewegung und ihre Bemühungen um politische Autonomie und Anerkennung.

Zusätzlich zur Gründung des Nationalkomitees wurde auch die Zeitung "Kurdistan" ins Leben gerufen, um die Anliegen der kurdischen Bevölkerung zu verbreiten und eine Plattform für die Diskussion politischer, sozialer und kultureller Themen zu bieten. Die Zeitung spielte eine bedeutende Rolle bei der Förderung des nationalen Bewusstseins unter den Kurden und der Verbreitung ihrer Ideen und Anliegen.

Die Gründung des "Ersten Kurdischen Nationalkomitees" und der Zeitung "Kurdistan" markierte einen wichtigen Meilenstein in der Entwicklung der

kurdischen nationalistischen Bewegung und legte den Grundstein für weitere Bemühungen um politische Autonomie und Anerkennung der kurdischen Identität.

1916: Die Alliierten schließen geheime Verträge (Sykes-Picot-Abkommen) über die Aufteilung Kurdistans. Die Deportation von 700.000 Kurden nach Westanatolien beginnt. Das Sykes-Picot-Abkommen, das im Jahr 1916 von den Alliierten geschlossen wurde, war ein geheimer Vertrag, der die Aufteilung des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg regelte. Es wurde zwischen Großbritannien und Frankreich abgeschlossen und legte die Grenzen und Einflussbereiche fest, die diese beiden Mächte nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches in der Region des Nahen Ostens kontrollieren sollten.

Im Rahmen des Sykes-Picot-Abkommens wurden verschiedene Gebiete, darunter auch Kurdistan, aufgeteilt, wodurch die kurdische Bevölkerung unter verschiedenen fremden Herrschaften aufgeteilt wurde. Dieses Abkommen markierte einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Kurden, da es ihre Hoffnungen auf eine unabhängige und vereinigte kurdische Nation zerschlug.

Eine der Konsequenzen des Abkommens war die Deportation von Hunderttausenden von Kurden aus ihren angestammten Gebieten. Viele Kurden wurden nach Westanatolien deportiert, um die ethnische Zusammensetzung der Region zu verändern und den Einfluss der kurdischen Bevölkerung zu verringern. Diese Deportationen führten zu großem Leid und Verlust für die kurdische Gemeinschaft.

Das Sykes-Picot-Abkommen und die damit verbundenen Entwicklungen hatten langfristige Auswirkungen auf die kurdische Geschichte und prägten die politische Situation und die Lebensbedingungen der kurdischen Bevölkerung bis in die Gegenwart.

30.10.1918: Das Osmanische Reich kapituliert und wird auf einen türkischen Reststaat reduziert. Am 30. Oktober 1918 kapitulierte das Osmanische Reich offiziell im Ersten Weltkrieg. Diese Kapitulation markierte das Ende des Osmanischen Reiches als bedeutende politische Macht und führte zu seinem Zerfall. Als Folge der Kapitulation wurde das Osmanische Reich auf einen kleinen Reststaat reduziert, der später als Republik Türkei bekannt wurde.

Die Bedingungen der Kapitulation und die nachfolgenden Verträge, insbesondere der Vertrag von Sèvres im Jahr 1920, legten die Teilung des Osmanischen Reiches und die Schaffung von Mandatsgebieten unter der Kontrolle der Alliierten fest. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Region Kurdistan und die kurdische Bevölkerung, da ihre Gebiete auf mehrere Staaten aufgeteilt wurden, anstatt eine eigenständige kurdische Nation zu gründen.

Die Kapitulation des Osmanischen Reiches und die Gründung der Republik Türkei unter Mustafa Kemal Atatürk markierten einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Region und legten den Grundstein für die moderne türkische Nation. Die politischen und sozialen Auswirkungen dieses Ereignisses sind bis heute spürbar und prägen die Beziehungen zwischen der Türkei und den kurdischen Gemeinschaften in der Region.

April 1919: Aufstand unter Scheich Mahmud Barzinji in Sulaimaniya Süd-Kurdistan (Irak) gegen das englische Mandat. Barzinji wird verraten, vor ein britisches Gericht gestellt, zu Tode verurteilt, dann begnadigt und nach Indien verbannt. Der Aufstand der Kurden wird niedergeschlagen.

Im April 1919 fand ein bedeutender Aufstand unter der Führung von Scheich Mahmud Barzinji in Sulaimaniya im Südkurdistan, das heute Teil des Irak ist, statt. Dieser Aufstand richtete sich gegen das britische Mandat in der Region.

Hintergrund:

1. **Britisches Mandat:** Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg übernahmen die Briten die Kontrolle über das Gebiet, das heute als Irak bekannt ist. Dieses Mandat führte zu Unruhen und Widerstand seitens der kurdischen Bevölkerung, die ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung forderte.
2. **Führung von Scheich Mahmud Barzinji:** Scheich Mahmud Barzinji, ein angesehener kurdischer Führer, organisierte und führte den Aufstand gegen die britische Herrschaft an.

Verlauf des Aufstands:

1. **Bewaffneter Widerstand:** Die kurdischen Aufständischen, unter der Führung von Scheich Mahmud Barzinji, erhoben sich gegen die britischen

Truppen und das Mandat, um für ihre politischen und nationalen Rechte zu kämpfen.

2. **Niederschlagung des Aufstands:** Die britischen Truppen und ihre Verbündeten setzten militärische Mittel ein, um den Aufstand niederzuschlagen. Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Aufständischen und den britischen Streitkräften.

Folgen des Aufstands:

1. **Verhaftung und Verurteilung von Scheich Mahmud Barzinji:** Scheich Mahmud Barzinji wurde von den Briten gefangen genommen, vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Später wurde er jedoch begnadigt und ins Exil nach Indien verbannt.
2. **Niederschlagung des Aufstands:** Der Aufstand wurde letztendlich von den britischen Truppen niedergeschlagen, was zu weiterer Unterdrückung und Einschränkung der kurdischen Autonomiebestrebungen führte.

Der Aufstand unter der Führung von Scheich Mahmud Barzinji im April 1919 gegen das britische Mandat in Sulaimaniya, Südkurdistan, markiert ein wichtiges Kapitel in der Geschichte des kurdischen Widerstands gegen Fremdherrschaft und für politische Autonomie.

1920: Beginn des Aufstandes von Simko, einem kurdischen Führer aus Ost-Kurdistan (Iran). Als sich aufgrund eines Abkommens die sowjetischen Truppen 1922 aus dem Gebiet zurückziehen, marschiert die

iranische Armee ein und zerschlägt den Aufstand. Die Truppen Simkos fliehen zu anderen Stämmen der Region.

Im Jahr 1920 begann der Aufstand von Simko, einem bedeutenden kurdischen Führer aus Ost-Kurdistan im heutigen Iran. Hier sind die Ereignisse und die Folgen dieses Aufstands:

Hintergrund:

1. **Simko und sein Stamm:** Simko war ein einflussreicher kurdischer Stammesführer, der in der Region Ost-Kurdistan im Iran lebte. Er führte seinen Stamm und andere kurdische Kämpfer gegen die iranische Regierung an.
2. **Unzufriedenheit mit der iranischen Regierung:** Die kurdische Bevölkerung war unzufrieden mit der iranischen Regierung und ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen. Simko nutzte diese Unzufriedenheit, um einen Aufstand gegen die Regierung zu organisieren.

Verlauf des Aufstands:

1. **Beginn des Aufstands:** Simko und seine Anhänger begannen einen bewaffneten Aufstand gegen die iranische Regierung und ihre Truppen. Sie kämpften für mehr Autonomie und politische Rechte für die kurdische Bevölkerung.
2. **Kampf gegen die iranische Armee:** Simko und seine Truppen führten Guerillakämpfe gegen die iranische Armee und andere Regierungstruppen. Sie

kontrollierten zeitweise größere Teile von Ost-Kurdistan.

Niederschlagung des Aufstands:

1. **Rückzug der sowjetischen Truppen:** Aufgrund eines Abkommens zogen sich die sowjetischen Truppen 1922 aus der Region zurück, was Simko und seine Truppen schwächte und sie anfällig für Angriffe der iranischen Armee machte.
2. **Eingreifen der iranischen Armee:** Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen marschierte die iranische Armee ein und begann einen entschiedenen Angriff gegen Simko und seine Anhänger.
3. **Zerschlagung des Aufstands:** Die iranische Armee konnte den Aufstand von Simko niederschlagen und seine Truppen vertreiben. Viele von ihnen flohen zu anderen Stämmen in der Region, während andere gefangen genommen oder getötet wurden.

Folgen des Aufstands:

1. **Weiterer Widerstand:** Obwohl der Aufstand von Simko niedergeschlagen wurde, führten andere kurdische Führer und Gruppen weiterhin Widerstand gegen die iranische Regierung.
2. **Langfristige Auswirkungen:** Der Aufstand von Simko und andere kurdische Aufstände in der Region trugen dazu bei, die Forderungen nach Autonomie und politischer Anerkennung der kurdischen Bevölkerung im Iran zu stärken. Die Ereignisse des Aufstands von Simko hatten

langfristige Auswirkungen auf die kurdische Politik und Geschichte in der Region.

1926: erneuerter Aufstand unter Simko.

Im Jahr 1926 kam es zu einem erneuten Aufstand unter der Führung von Simko, einem kurdischen Führer aus Ost-Kurdistan im Iran. Hier sind die wichtigsten Ereignisse dieses Aufstands:

Hintergrund:

Fortgesetzte Unzufriedenheit: Trotz des Scheiterns seines früheren Aufstands im Jahr 1922 blieb Simko weiterhin ein Symbol des kurdischen Widerstands gegen die iranische Regierung. Die Unzufriedenheit der kurdischen Bevölkerung mit der Regierung hielt an, was die Möglichkeit für einen erneuten Aufstand schuf.

Verlauf des Aufstands:

1. **Wiederbewaffnung und Mobilisierung:** Simko und seine Anhänger gelang es, sich neu zu bewaffnen und Unterstützung unter den kurdischen Stämmen zu mobilisieren. Sie begannen einen erneuten bewaffneten Widerstand gegen die iranische Regierung.
2. **Kampfhandlungen:** Die Truppen von Simko führten Guerillakämpfe gegen die iranische Armee und andere Regierungstruppen. Sie kontrollierten zeitweise wieder größere Gebiete in Ost-Kurdistan.

Niederschlagung des Aufstands:

1. **Entschlossene Gegenmaßnahmen der Regierung:** Die iranische Regierung reagierte entschieden auf den erneuten Aufstand von Simko. Sie verstärkte ihre Truppen und setzte militärische Mittel ein, um den Widerstand zu brechen.
2. **Niedergang des Aufstands:** Trotz anfänglicher Erfolge wurde der Aufstand von Simko letztendlich von der iranischen Armee niedergeschlagen. Simko und seine Anhänger wurden vertrieben, gefangen genommen oder getötet.

Folgen des Aufstands:

1. **Weitere Repression:** Die Niederschlagung des Aufstands führte zu weiteren Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung und verstärkte den Widerstand gegen die iranische Regierung.
2. **Fortdauer des Widerstands:** Obwohl der Aufstand von Simko gescheitert war, setzten andere kurdische Gruppen und Führer den Kampf gegen die iranische Regierung fort, was zu einer langfristigen Konfliktsituation in der Region führte.

Der erneute Aufstand unter Simko im Jahr 1926 zeigt die anhaltende Unzufriedenheit und den Widerstand der kurdischen Bevölkerung gegen die politische Unterdrückung und Marginalisierung im Iran.

1930 wird Simko bei Verhandlungen mit Vertretern Teherans ermordet. Im Jahr 1930 wurde Simko, der kurdische Führer aus Ost-Kurdistan im Iran, während Verhandlungen mit Vertretern der Regierung in Teheran ermordet. Hier sind die Details dieses Ereignisses:

Hintergrund:

Verhandlungen mit der Regierung: Nach seinem erneuten Aufstand im Jahr 1926 führte Simko Verhandlungen mit Vertretern der iranischen Regierung in Teheran. Diese Verhandlungen sollten wahrscheinlich dazu dienen, eine friedliche Lösung für die anhaltenden Spannungen und Konflikte in der Region zu finden.

Der Mord:

1. **Während der Verhandlungen:** Während Simko sich in Teheran befand und Verhandlungen mit Vertretern der Regierung führte, wurde er plötzlich und unerwartet ermordet.
2. **Ungewisse Umstände:** Die genauen Umstände und Hintergründe seines Todes sind bis heute nicht vollständig geklärt. Es gibt verschiedene Theorien darüber, wer für seinen Mord verantwortlich war und welche Motive dahinterstanden.

Folgen des Mords:

1. **Verlust eines bedeutenden Führers:** Simkos Tod war ein schwerer Schlag für die kurdische Bewegung im Iran. Er war eine wichtige Figur im kurdischen Widerstand und ein Symbol des

Kampfes für die Rechte und die Autonomie der kurdischen Bevölkerung.

2. **Fortdauer des Konflikts:** Der Mord an Simko verschärfte die Spannungen zwischen der kurdischen Bevölkerung und der iranischen Regierung weiter. Er führte wahrscheinlich zu einer Radikalisierung und Eskalation des Konflikts in der Region.

Der Mord an Simko im Jahr 1930 war ein tragisches Ereignis, das die anhaltenden Spannungen und Konflikte zwischen der kurdischen Bevölkerung und der iranischen Regierung verdeutlichte und den Kampf um die Rechte und die Autonomie der Kurden im Iran weiter anheizte.

10.08.1920: Vertrag von Sèvres; Die Kurdenfrage wurde in den Artikeln 62-64 behandelt und es wurde von einem autonomen Kurdenstaat gesprochen.

Der Vertrag von Sèvres, unterzeichnet am 10. August 1920, war ein internationales Abkommen, das nach dem Ersten Weltkrieg zwischen den Alliierten und dem Osmanischen Reich geschlossen wurde. Dieser Vertrag behandelte auch die sogenannte "Kurdenfrage" in den Artikeln 62-64 und sah die Möglichkeit eines autonomen Kurdenstaates vor. Hier sind einige wichtige Informationen über diesen Vertrag:

Hintergrund:

1. **Kurdenfrage:** Die Kurdenfrage bezieht sich auf die politische Situation und die Forderungen der kurdischen Bevölkerung nach Selbstbestimmung und Autonomie in den von ihnen bewohnten Gebieten, die zum Teil vom Osmanischen Reich kontrolliert wurden.

Inhalt des Vertrags:

1. **Autonomie für Kurden:** Die Artikel 62-64 des Vertrags von Sèvres sahen die Schaffung eines autonomen Kurdenstaates innerhalb des Osmanischen Reiches vor. Dieser Staat sollte eine eigene Regierung und eine gewisse Autonomie in Angelegenheiten wie Verwaltung, Kultur und Bildung haben.
2. **Garantien für Minderheiten:** Der Vertrag enthielt auch Bestimmungen zum Schutz der Rechte von Minderheiten, einschließlich der kurdischen Bevölkerung, und zur Förderung ihrer kulturellen und sprachlichen Identität.

Folgen des Vertrags:

1. **Nichtige Erklärung:** Der Vertrag von Sèvres wurde von der neuen türkischen Nationalregierung unter Mustafa Kemal Atatürk abgelehnt und später für nichtig erklärt.
2. **Vertrag von Lausanne:** Der Vertrag von Sèvres wurde durch den Vertrag von Lausanne im Jahr 1923 ersetzt, der die Grenzen der modernen Türkei festlegte und keine spezifischen Bestimmungen zur Kurdenfrage enthielt.

3. **Langfristige Auswirkungen:** Obwohl der Vertrag von Sèvres letztendlich keine direkten Auswirkungen auf die Schaffung eines autonomen Kurdenstaates hatte, blieb die Kurdenfrage ein wichtiger politischer und sozialer Faktor in der Region und führte später zu verschiedenen Konflikten und Bemühungen um Autonomie und Selbstbestimmung für die kurdische Bevölkerung.

24.07.1923: Vertrag von Lausanne; Von einem kurdischen Nationalstaat keine Rede mehr, zugleich Aufteilung Kurdistans in vier Staaten; der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien. Am 24. Juli 1923 wurde der Vertrag von Lausanne unterzeichnet, der ein wichtiges internationales Abkommen darstellte und die Grundlage für die moderne geopolitische Struktur in der Region legte. Hier sind die Hauptpunkte dieses Vertrags, die sich auf die Kurdenfrage beziehen:

Inhalt des Vertrags:

1. **Keine Erwähnung eines kurdischen Nationalstaats:** Im Gegensatz zum Vertrag von Sèvres, der die Möglichkeit eines autonomen Kurdenstaates vorsah, enthielt der Vertrag von Lausanne keine spezifischen Bestimmungen bezüglich eines kurdischen Nationalstaates. Diese Entscheidung wurde von den Vertragsparteien getroffen, insbesondere von der Türkei, die unter Mustafa Kemal Atatürk eine nationalistische Politik verfolgte.

2. **Aufteilung Kurdistans in vier Staaten:** Der Vertrag von Lausanne führte zur Aufteilung des kurdischen Siedlungsgebiets in vier Staaten: der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien. Diese Aufteilung war Teil einer breiteren Neuordnung der Region nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches.

Folgen des Vertrags:

1. **Fehlen eines kurdischen Nationalstaats:** Die Nichterwähnung eines kurdischen Nationalstaats im Vertrag von Lausanne und die Aufteilung Kurdistans in mehrere Staaten führten zu einer langfristigen Fragmentierung der kurdischen Bevölkerung und zur Entstehung von verschiedenen kurdischen Gemeinschaften in den genannten Ländern.
2. **Fortdauer der Kurdenfrage:** Trotz der fehlenden Erwähnung im Vertrag von Lausanne blieb die Kurdenfrage ein wichtiger politischer und sozialer Faktor in der Region. Die kurdische Bevölkerung setzte ihre Bemühungen um Autonomie und Selbstbestimmung fort, was in den folgenden Jahrzehnten zu verschiedenen Konflikten und Auseinandersetzungen führte.

Der Vertrag von Lausanne hatte weitreichende Auswirkungen auf die politische und territoriale Struktur in der Region und markierte das Ende der Hoffnungen auf einen autonomen kurdischen Nationalstaat, wie sie im Vertrag von Sèvres vorgesehen waren.

Unter Mustafa Kemal, der sich später Atatürk nennen ließ, hatte sich ein umgreifender, rücksichtsloser Nationalismus entwickelt, der die Türken prägte.

Unter der Führung von Mustafa Kemal, entwickelte sich ein weitreichender und rücksichtsloser Nationalismus. Die Angst vor den griechischen Angriffen während des griechisch-türkischen Krieges (1919-1922) trieb die Türken dazu, sich beschleunigt zu organisieren und zu mobilisieren.

Atatürk erkannte die Bedeutung einer starken nationalen Identität und eines geeinten Staates für die Sicherheit und den Fortschritt der Türkei. Er verfolgte eine Politik der Modernisierung und Säkularisierung des Landes sowie eine Förderung des Türkentums, um die ethnische Einheit und den Zusammenhalt des Landes zu stärken.

Der griechisch-türkische Krieg war ein Wendepunkt, der den Türken die Dringlichkeit zeigte, ihre nationale Einheit zu verteidigen und sich gegen externe Bedrohungen zu wehren. Atatürk nutzte diese Herausforderungen, um die Türken zu mobilisieren und eine starke nationale Identität zu schaffen, die auf dem Prinzip des Kemalismus basierte.

In diesem Kontext wurden Reformen durchgeführt, die die Türkei von einem multiethnischen und multi-religiösen Imperium des Osmanischen Reiches zu einem modernen, homogenen Nationalstaat umwandelten. Dies beinhaltete die Einführung der lateinischen Schrift, die Abschaffung des Kalifats, die Trennung von Religion und

Staat sowie die Förderung einer einheitlichen türkischen Identität über ethnische und religiöse Grenzen hinweg.

So reiste Atatürk am 19.04.1919 nach Kurdistan, um dort die Unterstützung der kurdischen Fürsten zu gewinnen. Mustafa Kemal versammelte die mächtigsten Stammesfürsten in Sivas und Erzurum auf einem Kongress. Es gelang ihm, viele der kurdischen Stämme in den Kampf gegen die Griechen einzubeziehen, indem er – damals von einem "zukünftigen Staat der Türken und Kurden" und Kampf der Moslime gegen die Christen" redete. Überzeugt von der Sache, kämpften die Kurden in einem Krieg, den die Türken selbst den "Türkischen Befreiungskrieg" nennen.

Tatsächlich versammelte Mustafa Kemal jedoch im selben Jahr, insbesondere im Sommer und Herbst 1919, die mächtigsten Stammesführer und politischen Vertreter in Sivas und Erzurum auf einem Kongress. Dieser Kongress, bekannt als der Kongress von Sivas und der Kongress von Erzurum, war von großer Bedeutung für die Organisation des Widerstands gegen die Besatzungsmächte, insbesondere gegen die griechische Besatzung in Anatolien.

Während dieser Kongresse war es Ziel, eine Einheit der Türken und die Schaffung eines geeinten Widerstands gegen die Besatzungsmächte zu erreichen. Es wurden Diskussionen geführt über die Organisation eines nationalen Widerstands und die Bildung einer provisorischen Regierung, die die Interessen der Türken im Kampf gegen die Besatzer vertreten sollte.

Es ist jedoch anzumerken, dass die Beziehung zwischen den Türken und den Kurden zu dieser Zeit komplex und geprägt von verschiedenen politischen und sozialen Dynamiken war. Während einige kurdische Stämme sich dem Widerstand gegen die Besatzer anschlossen, gab es auch Spannungen und Konflikte zwischen verschiedenen kurdischen Gruppen und der nationalistischen Bewegung unter Mustafa Kemal. Die Vorstellung eines gemeinsamen Kampfes von Türken und Kurden gegen die Griechen war also nicht unumstritten und wurde von verschiedenen Seiten unterschiedlich interpretiert.

Am 29.10.1923 wurde die Türkische Republik von Mustafa Kemal gegründet. In seiner Staatsdoktrin, dem Kemalismus, haben Minderheiten in der Türkei keinen Platz. "Dieses Land ist ein Land der Türken. Wer nicht von rein türkischer Herkunft ist, hat nur ein Recht in diesem Land; Das Recht, Diener zu werden; Das Recht Sklave zu sein." (Mahmut Esat, ehemaliger Justizminister der Türkei).

Es ist anzumerken, dass die Frage der Minderheitenrechte und die Behandlung von Minderheiten in der Türkei ein komplexes Thema sind und im Laufe der Zeit verschiedenen Entwicklungen unterliegen. Die Türkei hat sich bemüht, ihren rechtlichen und politischen Rahmen zu verbessern, um die Rechte aller Bürger zu schützen, aber es bleiben weiterhin Herausforderungen bestehen, insbesondere in Bezug auf die Anerkennung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Rechte von Minderheiten wie den Kurden.

Nach der Gründung der Türkischen Republik und der Einführung des Kemalismus fühlten sich viele Kurden von den neuen Machthabern hintergangen und vernachlässigt. Dies führte zu Unruhen und Unzufriedenheit innerhalb der kurdischen Bevölkerung. In den folgenden Jahren kam es zu mehreren Aufständen und Widerstandsbewegungen in den kurdischen Gebieten, die jedoch oft brutal niedergeschlagen wurden.

Die Kurden sahen sich mit politischer, kultureller und sprachlicher Unterdrückung konfrontiert und kämpften gegen die Assimilierungspolitik der türkischen Regierung. Sie forderten mehr Autonomie, Anerkennung ihrer kulturellen Identität und gleiche Rechte.

Die türkischen Behörden reagierten jedoch mit Härte auf diese Aufstände und Unruhen, indem sie militärische Operationen durchführten und Notstandsregelungen verhängten. Dies führte zu gewaltsamen Zusammenstößen und zahlreichen Opfern auf beiden Seiten.

Die Unterdrückung der kurdischen Bewegungen dauerte über viele Jahre an und prägte die Beziehungen zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Bevölkerung bis in die Gegenwart. Der Konflikt zwischen Kurden und dem türkischen Staat ist eines der beharrlichsten und komplexesten Probleme in der modernen türkischen Geschichte.

Januar 1925: Bei einer unter Kontrolle des Völkerbunds durchgeführten Volksabstimmung in Süd-Kurdistan (Irak) entscheidet sich die Mehrheit der Kurden

gegen einen Anschluss an den Irak und für die Unabhängigkeit.

Die Region Kurdistan, die von kurdischen Bevölkerungsgruppen bewohnt wird, erstreckt sich über Teile des Irak, der Türkei, des Iran und Syriens. Die politische Geschichte der Kurden in diesen Ländern ist von Auseinandersetzungen um Autonomie, Unabhängigkeit und Anerkennung ihrer kulturellen Identität geprägt.

In Bezug auf den Irak gab es im Laufe der Geschichte verschiedene politische Entwicklungen und Konflikte zwischen der Zentralregierung in Bagdad und den kurdischen Bevölkerungsgruppen im Nordirak. Diese haben sich oft um Fragen der Autonomie und Selbstbestimmung gedreht.

Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass die politische Landschaft und die Ereignisse in der Region komplex sind und von verschiedenen Faktoren beeinflusst werden. Es ist ratsam, historische Ereignisse und Entwicklungen aus verschiedenen Quellen zu überprüfen, um ein genaues Bild zu erhalten.

Am 16.12.1925: entscheidet sich der Rat des Völkerbunds entgegen der durchgeführten Volksabstimmung und auf britische Forderungen hin, der Annexion des südlichen Kurdistans (Erdölregion Mossul) durch den irakischen Staat zu. Die Anteile der Irakischen Erdölgesellschaft gehen zu 52,5 % an eine englische, zu

21,25 % an eine amerikanische, und zu 21,25 % an eine französische Firmengruppe.

März 1925: Scheich Sayid Aufstand in Nordwest-Kurdistan (Türkei), nach wenigen Monaten gewaltsam beendet.

Der Scheich-Sayid-Aufstand im März 1925 fand in Nordwest-Kurdistan, statt. Der Aufstand wurde von Scheich Said angeführt, einem religiösen Führer und Angehörigen des Naqschbandi-Ordens. Er führte eine Revolte gegen die Politik der kemalistischen Regierung unter Mustafa Kemal Atatürk, insbesondere gegen die Säkularisierung und die laizistische Politik der Regierung.

Der Aufstand dauerte nur wenige Monate an und wurde von der türkischen Regierung gewaltsam niedergeschlagen. Die Regierung setzte dabei Militärkräfte ein, um die Rebellion zu bekämpfen. Nach der Niederschlagung des Aufstands wurde Scheich Said gefangen genommen, und hingerichtet.

Der Scheich-Sayid-Aufstand hatte weitreichende Auswirkungen auf die politische Landschaft der Region und verstärkte die Repression gegenüber kurdischen Identitäten und kulturellen Ausdrucksformen in der Türkei. Der Aufstand und seine Unterdrückung trugen zur weiteren Verschärfung der Spannungen zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Bevölkerung bei und hinterließen tiefe Spuren in der Geschichte der kurdisch-türkischen Beziehungen.

August 1927: Gründungskongress von "Xoyboun" (Unabhängigkeit), einer nationalen kurdischen Liga. Darin schließen sich alle Organisationen und Parteien zusammen, die nach dem 1. Weltkrieg gegründet worden waren. Im August 1927 fand tatsächlich der Gründungskongress von "Xoyboun" (Unabhängigkeit) statt, einer nationalen kurdischen Liga. "Xoyboun" wurde von führenden kurdischen Intellektuellen und Aktivisten ins Leben gerufen, um die politischen Interessen der Kurden zu vertreten und sich für die Unabhängigkeit Kurdistans einzusetzen.

Der Gründungskongress von "Xoyboun" markierte einen bedeutenden Schritt in der Organisierung und Mobilisierung der kurdischen Bevölkerung für politische Zwecke. Die Liga setzte sich für die kulturelle und politische Autonomie der Kurden ein und forderte die Anerkennung ihrer nationalen Identität und Rechte.

Die Gründung von "Xoyboun" war Teil eines breiteren Trends des nationalen Erwachens und der politischen Aktivierung unter den Kurden zu dieser Zeit. Die Liga spielte eine wichtige Rolle bei der Förderung des kurdischen Nationalbewusstseins und bei der Mobilisierung für die Unabhängigkeit Kurdistans.

1929: Die Wahlen zum irakischen Parlament werden in den kurdischen Gebieten boykottiert. Die Kurden verfassen einen Appell an den Völkerbund, Sorge dafür zu tragen, dass die Rechte der Kurden sichergestellt werden. Im Jahr 1929 boykottierte die kurdische Bevölkerung die Wahlen zum irakischen Parlament in den kurdischen

Gebieten. Dieser Boykott war eine Reaktion auf die Unzufriedenheit vieler Kurden mit der politischen Situation im Irak und ihren Forderungen nach mehr Autonomie und Anerkennung ihrer Rechte.

Die Kurden im Irak fühlten sich oft von der Zentralregierung in Bagdad vernachlässigt und unterdrückt. Sie kämpften für eine stärkere politische Vertretung und die Anerkennung ihrer kulturellen und sprachlichen Identität. Der Boykott der Parlamentswahlen war eine Möglichkeit für die kurdische Bevölkerung, ihren Unmut über die bestehenden politischen Bedingungen zum Ausdruck zu bringen und auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen.

Dieser Boykott war ein Teil der Geschichte des kurdischen politischen Kampfes im Irak und spiegelte die anhaltende Spannung zwischen der Zentralregierung und den kurdischen Bevölkerungsgruppen wider. Die Ereignisse von 1929 trugen dazu bei, das Bewusstsein für die kurdische Frage im Irak und darüber hinaus zu schärfen und zeigten die Bestrebungen der Kurden nach politischer Autonomie und Selbstbestimmung.

In Sulaimaniya kommt es im September zu einer Demonstration von Schülern und Studenten, die die Unabhängigkeit fordern. Das Eingreifen der irakischen Truppen wird von den Kurden mit einem bewaffneten Aufstand beantwortet. Auf kurdischer Seite kostet der Aufstand 30 Menschen das Leben, Hunderte werden verletzt.

Im September 1929 kam es in Sulaimaniya, einer Stadt in der Region Kurdistan im Irak, zu einer bedeutenden Demonstration. Diese Demonstration war Teil des anhaltenden politischen Aktivismus der kurdischen Bevölkerung und ihrer Forderungen nach Autonomie und politischer Anerkennung.

Die Demonstration in Sulaimaniya war eine Reaktion auf die politischen Bedingungen und die Unterdrückung, die die Kurden im Irak erlebten. Es war ein Ausdruck des Unmuts und der Frustration vieler Kurden über die Behandlung durch die Zentralregierung in Bagdad und ihre Forderungen nach mehr politischer Freiheit und Selbstbestimmung.

Diese Demonstration zeigt, wie die kurdische Bevölkerung aktiv wurde und sich für ihre Rechte einsetzte, trotz der bestehenden politischen Repression und Unterdrückung. Es war ein weiteres Beispiel dafür, wie die Kurden im Irak für ihre politischen Ziele kämpften und ihren Widerstand gegen die bestehende Ordnung zum Ausdruck brachten.

1930 bis 1932: Ararat Aufstand in Nordwest-Kurdistan (Türkei), Forderung nach einem autonomen Staat.

Der Ararat-Aufstand, auch bekannt als Ararat-Rebellion, fand von 1930 bis 1932 in Nordwest-Kurdistan, der Osttürkei, statt. Dieser Aufstand war eine bedeutende Bewegung der kurdischen Bevölkerung, die Autonomie und Selbstbestimmung forderte.

Die Rebellen, die hauptsächlich aus kurdischen Bauern und Intellektuellen bestanden, erhoben sich gegen die türkische Regierung unter Mustafa Kemal Atatürk und kämpften für die Gründung eines autonomen kurdischen Staates. Die Bewegung war stark von sozialen und wirtschaftlichen Missständen in der Region sowie von der Unterdrückung der kurdischen Identität durch die türkische Regierung beeinflusst.

Der Ararat-Aufstand wurde von der türkischen Armee gewaltsam niedergeschlagen, und viele Rebellen wurden gefangen genommen, hingerichtet oder vertrieben. Trotz seines Scheiterns hatte der Aufstand eine wichtige symbolische Bedeutung für die kurdische Bevölkerung und ihren Kampf um Autonomie und Anerkennung.

Der Ararat-Aufstand war Teil eines breiteren Musters von kurdischen Aufständen und Widerstandsbewegungen gegen die türkische Herrschaft in der Region und prägte die kurdische politische Identität und Geschichte in der Türkei.

Mai 1932: Ankara verkündet ein Gesetz zur Deportation und Verschleppung der Kurden. Mehrere 100.000 Kurden werden nach Zentral –und Westanatolien deportiert.

Das von Ankara verkündete Gesetz zur Deportation und Verschleppung der Kurden im Mai 1932 führte zu einer groß angelegten Deportation von Kurden nach Zentral- und Westanatolien. Diese Maßnahme war Teil der politischen Unterdrückung und Assimilationspolitik der türkischen Regierung unter Mustafa Kemal Atatürk.

Mehrere hunderttausend Kurden wurden zwangsweise aus ihren Heimatgebieten deportiert und in andere Teile des Landes verbracht. Diese Deportationen hatten weitreichende Auswirkungen auf die kurdische Bevölkerung und führten zu einem Verlust von Heimat, Kultur und Identität für viele Betroffene.

Die Deportation und Zwangsumsiedlung von Kurden war Teil der Bemühungen der türkischen Regierung, die ethnische und kulturelle Vielfalt des Landes zu homogenisieren und eine nationale Identität zu fördern. Diese Politik der Zwangsumsiedlung wurde von Menschenrechtsorganisationen und Historikern als Verletzung der Menschenrechte und als Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung verurteilt.



Ahmed Barzani



Mustafa Barzani

03.10.1932: Unter Führung von Ahmed Barzani, dem Bruder von Mullah Mustafa Barzani, kommt es in Süd-Kurdistan (Irak) zu Aufständen, die von der britischen Luftwaffe niedergeschlagen werden. Die Briten nehmen Mullah Mustafa Barzani schließlich fest und stellen beide unter Hausarrest in Sulaimaniya.

Am 3. Oktober 1932 fanden Aufstände in Südkurdistan (Irak) unter der Führung von Ahmed Barzani, statt. Diese

Aufstände waren eine Reaktion auf verschiedene politische und soziale Unruhen in der Region, einschließlich des britischen Mandats über den Irak.

Die Aufstände wurden von der britischen Luftwaffe niedergeschlagen, und sowohl Ahmed Barzani als auch Mullah Mustafa Barzani wurden von den Briten festgenommen und unter Hausarrest in Sulaimaniya gestellt. Dies markierte einen wichtigen Moment in der Geschichte der Barzani-Familie und ihrer Beteiligung am kurdischen Widerstand gegen ausländische Besatzung und Unterdrückung.

Der Aufstand und die Festnahme von Mullah Mustafa Barzani und seinem Bruder sind Teil der komplexen Geschichte des kurdischen Widerstands gegen ausländische Herrschaft und der Bemühungen der kurdischen Führer, für die Rechte und Autonomie ihres Volkes einzutreten.

1937: Saadabad-Abkommen zwischen der Türkei, dem Irak, dem Iran und Afghanistan, in dem auch ein koordiniertes Vorgehen bei der Bekämpfung der Kurden vereinbart wird.

Das Saadabad-Abkommen von 1937 war ein Vertrag zwischen der Türkei, dem Iran, dem Irak und Afghanistan, der in der Saadabad-Palastanlage in Teheran, unterzeichnet wurde. Der Hauptzweck des Abkommens bestand darin, angeblich die Sicherheit und Stabilität in der Region zu fördern und die Beziehungen zwischen den Unterzeichnerländern zu stärken, aber das Abkommen

beinhaltete somit auch eine Bestimmung zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von kurdischen Aufständen oder Unruhen in den Grenzregionen der Unterzeichnerländer.

Dies schloss auch Maßnahmen gegen kurdische Aufstände ein, da die kurdische Bevölkerung in den betroffenen Ländern verschiedene Arten des Widerstands und der Rebellion gegen die Regierungen durchführte. Diese Bestimmung sollte die Regierungen dabei unterstützen, ihren Einfluss in den kurdischen Gebieten zu festigen und mögliche Bedrohungen für ihre Souveränität zu unterdrücken.

Das Saadabad-Abkommen und seine Bestimmungen bezüglich der Kurden spiegeln die historische Realität wider, dass kurdische Aufstände und Unruhen eine Herausforderung für die Stabilität und die Interessen der betroffenen Länder darstellten. Es verdeutlicht auch die gemeinsamen Interessen und die Zusammenarbeit zwischen den regionalen Mächten bei der Bewältigung dieser Herausforderungen.

1936 bis 1938: Volksaufstand in Dersim. Dieser Aufstand wird nach zwei Jahren niedergeschlagen. Die Rache des türkischen Staates war derart brutal und grausam, dass kaum Regung in der Region bis in die 70er Jahre war.

Der Volksaufstand in Dersim, der sich von 1936 bis 1938 ereignete, war ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Dersim, eine

Region im Osten der Türkei, war bekannt für ihren Widerstand gegen die staatliche Autorität und ihre Unabhängigkeitsbestrebungen.

Der Aufstand in Dersim wurde durch eine Reihe von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren ausgelöst, darunter die Politik der Zwangsassimilation und Unterdrückung der kurdischen Identität durch die türkische Regierung. Die Menschen in Dersim fühlten sich von der Zentralregierung vernachlässigt und unterdrückt und kämpften für ihre Rechte und Autonomie.

Der Aufstand wurde gewaltsam niedergeschlagen, und die türkische Regierung setzte eine brutale Militäroperation ein, um die Rebellen zu unterdrücken. Es kam zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und Massakern an der Zivilbevölkerung, was zu einer großen Anzahl von Todesopfern und Vertreibungen führte.

Der Volksaufstand in Dersim hatte weitreichende Auswirkungen auf die kurdische Bevölkerung und die türkische Politik gegenüber den Kurden. Er verdeutlichte die anhaltende Unterdrückung und Diskriminierung der Kurden in der Türkei und verstärkte den Widerstand und die politische Mobilisierung der kurdischen Bevölkerung gegen die staatliche Autorität.

Gründung der Partei "Freiheitliebendes Kurdistan" in Ost-Kurdistan (Iran). In ihrem Programm fordert die Partei das Selbstbestimmungsrecht für die Kurden. 1942 Auflösung der Partei. Am 16.09.1942 gründet sich die "Auferstehungspartei Kurdistans", kurz JEKAF. Ihr

politisches Programm lautet: "Was man den Kurden durch Gewalt weggenommen hat, können die Kurden nur durch Gewalt zurückbekommen". Umbenennung der JEKAF in die Demokratische Partei Kurdistans-Iran, I-KDP.

Die Gründung der Partei "Freiheitsliebendes Kurdistan" in Ost-Kurdistan, Iran, markierte einen wichtigen Meilenstein im Kampf der kurdischen Bevölkerung um politische Rechte und Autonomie in der Region. Die Partei wurde gegründet, um die Interessen der kurdischen Gemeinschaft zu vertreten und gegen die Unterdrückung und Diskriminierung durch die iranische Regierung anzukämpfen.

Die Gründung der Partei spiegelte die wachsende Unzufriedenheit und den Widerstand der kurdischen Bevölkerung gegen die politische, wirtschaftliche und kulturelle Marginalisierung wider, der sie seit langem ausgesetzt war. Die Partei setzte sich für die Förderung der kurdischen Identität, Sprache und Kultur ein und strebte politische Reformen an, um die Rechte der Kurden in Ost-Kurdistan zu stärken.

Die Gründung der Partei "Freiheitsliebendes Kurdistan" war Teil eines breiteren Trends des politischen Aktivismus und des Widerstands der kurdischen Bevölkerung in der Region gegen die Unterdrückung durch die Zentralregierung. Die Partei spielte eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Kurden und bei der Förderung ihrer politischen Ziele und Forderungen.

Es ist wichtig anzumerken, dass der Iran in der Vergangenheit eine restriktive Politik gegenüber kurdischen politischen Parteien und Aktivisten verfolgt hat, und die Gründung der Partei "Freiheitsliebendes Kurdistan" wahrscheinlich mit Herausforderungen und Repressionen seitens der Regierung konfrontiert war. Dennoch war sie ein Symbol für den anhaltenden Kampf der kurdischen Bevölkerung um Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung.

In Dieser Zeitraum bei einem Erdbeben in der Nordkurdischen Provinz Erzincan (Südost-Türkei) sterben 32.372 Menschen. 135.000 Häuser wurden zu dem Trümmerhaufen.

Erbeben in Varto bei Mus. Über 3.000 Tote und 20.000 zerstörte Häuser.

Bei einem schweren Erdbeben in Van kommen 3.837 Menschen ums Leben. Über 100.000 kurdische Bauern und ihre Familien wurden obdachlos. Der örtliche (türkische) Militärkommandant wird in einer Zeitung zitiert mit dem Satz: **"Lasst die Leute doch sterben, es sind ja nur Kurden"**.

1992: Erdbeben in Erzincan. 1.331 Tote und Tausende von Verletzten. Erdbeben in Erzincan. 653 Tote Tausende Verletzte und obdachlose kurdische Familien.

Das Erdbeben in der nordkurdischen Provinz Erzincan war ein verheerendes Naturereignis, das sich in der Geschichte der Region im Osten der Türkei ereignete. Es

fand am 27. Dezember 1939 statt und hatte weitreichende Auswirkungen auf die betroffenen Gemeinschaften.

Das Erdbeben erreichte eine Stärke von etwa 7,9 auf der Richterskala und verursachte erhebliche Zerstörungen in der Region. Ganze Dörfer und Städte wurden verwüstet, und Tausende von Menschen verloren ihr Leben. Die Infrastruktur wurde schwer beschädigt, und es kam zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten.

Die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen waren aufgrund der damaligen begrenzten Ressourcen und der abgelegenen Lage vieler betroffener Gebiete herausfordernd. Dennoch mobilisierte die Regierung sowie internationale Hilfsorganisationen und Nachbarländer schnell Unterstützung, um den Opfern zu helfen und die Notlage zu bewältigen.

Das Erdbeben in Erzincan war eines der schwersten Erdbeben in der Geschichte der Türkei und verdeutlichte die Verwundbarkeit der Region gegenüber seismischen Aktivitäten. Es führte auch zu verstärkten Bemühungen zur Erdbebenprävention und -vorsorge sowie zur Stärkung der Bauvorschriften, um die Auswirkungen zukünftiger Naturkatastrophen zu minimieren.

1943 bis 1945: Mullah Mustafa Barzani gelingt die Flucht aus dem Arrest in Sulaimaniya, Süd-Kurdistan (Irak). Er organisiert neue Aufstände, die sich bis nach Ost-Kurdistan (Iran) ziehen. Er legt der Regierung in Bagdad ein Memorandum vor, in dem kulturelle und wirtschaftliche Interessen der Kurden sichergestellt

werden sollen. Bagdad lehnt ab. Erneut folgen irakisch-britische Angriffe auf die kurdischen Gebiete, gegen die kurdischen Peschmerga standhalten können.

1944 kommt es zu einem Waffenstillstand. 1945 flammen die Kämpfe erneut auf, und im September müssen sich die Peschmerga, unter Führung Barzanis, mit ihren Familien in den Iran zurückziehen.

Der Waffenstillstand im Jahr 1944 markierte eine vorübergehende Pause in den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Peschmerga-Kämpfern unter der Führung von Mustafa Barzani und den irakischen Streitkräften. Dieser Waffenstillstand wurde in einem Bemühen um eine vorläufige Deeskalation der Konflikte und möglicher Verhandlungen zwischen den Parteien erreicht.

Jedoch flammten die Kämpfe im Jahr 1945 erneut auf, als politische Spannungen und ungelöste Fragen zwischen den Kurden und der irakischen Regierung weiterhin bestanden. Im September desselben Jahres sahen sich die Peschmerga gezwungen, sich mit ihren Familien in den Iran zurückzuziehen, um sich vor den anhaltenden Angriffen und Repressionen der irakischen Streitkräfte zu schützen.

Dieser Rückzug in den Iran war Teil einer Reihe von taktischen Manövern und Rückzügen, die von den kurdischen Kämpfern durchgeführt wurden, um ihre Kräfte zu Regroupieren, sich neu zu organisieren und ihre Widerstandsfähigkeit gegen die irakische Regierung zu

stärken. Es war auch ein Zeichen für die anhaltende Entschlossenheit der Kurden, für ihre Rechte und Autonomie zu kämpfen, trotz der Herausforderungen und Gefahren, denen sie gegenüberstanden.

Der Waffenstillstand von 1944 und die anschließende Wiederaufnahme der Kämpfe verdeutlichen die Komplexität und Persistenz des kurdischen Widerstands gegen die staatliche Unterdrückung im Irak sowie die Schwierigkeiten bei der Suche nach einer dauerhaften politischen Lösung für die kurdische Frage in der Region.

1946: Aufhebung des Kriegszustandes in den kurdischen Provinzen in Nordwest-Kurdistan (Türkei). Die Aufhebung des Kriegszustandes in den kurdischen Provinzen in Nordwest-Kurdistan, Türkei, im Jahr 1946 markierte einen bedeutsamen Schritt in den Bemühungen um die Beendigung der bewaffneten Konflikte und die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in der Region.

Der Kriegszustand war zuvor in den kurdischen Provinzen ausgerufen worden, um auf die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Rebellen und der türkischen Regierung zu reagieren. Diese Auseinandersetzungen hatten zu einer Zeit angedauert, als die Kurden um politische Rechte und Anerkennung kämpften und gegen die Unterdrückung ihrer kulturellen und sprachlichen Identität durch die türkische Regierung protestierten.

Die Aufhebung des Kriegszustandes signalisierte eine Bemühung seitens der Regierung, die Spannungen zu verringern und den Dialog mit den Kurden zu fördern. Es war ein Schritt hin zu einer politischen Lösung des Konflikts und einer möglichen Integration der kurdischen Gemeinschaft in das politische Leben der Türkei.

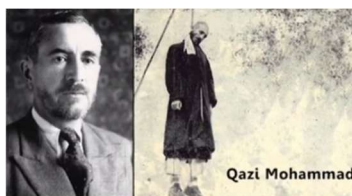
Es ist wichtig anzumerken, dass die Aufhebung des Kriegszustandes nicht unbedingt das Ende der Probleme und Konflikte in der Region bedeutete, sondern vielmehr den Beginn eines längeren Prozesses der politischen Verhandlungen, der Reformen und der Bemühungen um eine friedliche Koexistenz zwischen den Kurden und der türkischen Regierung darstellte.



Qazi Mohammed

22.01.1946: Am 22. Januar 1946 wurde die Republik Mahabad gegründet, die als die erste und bisher einzige kurdische Republik gilt. Die Gründung erfolgte in der Stadt Mahabad, im Nordwesten des heutigen Iran, während einer Zeit politischer Unruhen und instabiler Verhältnisse in der Region nach dem Zweiten Weltkrieg. Präsident war Qazi Mohammed. Als im November 1946 die sowjetische Armee Schutzpatron der Republik

Mahabad ihre Stellungen in Ost-Kurdistan (Nord-Iran) verlässt, dringt am 16.12.1946 die Armee des Schahs von Persien in Mahabad ein. Qazi Mohammed und weitere Mitglieder der kaum ein Jahr existierenden kurdischen Republik wurden von iranischen Militärs am 31. Mai 1947 erhängt.



Die Republik Mahabad entstand in einem Zeitraum, in dem die kurdische Bevölkerung zunehmend nach Autonomie und Selbstbestimmung strebte. Unter der Führung von Qazi Muhammad, einem kurdischen Politiker, Richter und Aktivisten, erklärte die Republik Mahabad ihre Unabhängigkeit vom Iran und etablierte eine provisorische Regierung.

Die Republik Mahabad genoss eine kurze, aber bedeutende Periode der Unabhängigkeit, in der kurdische politische Institutionen und Symbole gefördert wurden. Es wurden Pläne für die Entwicklung einer kurdischen Verfassung und die Etablierung einer autonomen Regierung in der Region diskutiert.

Allerdings währte die Unabhängigkeit der Republik Mahabad nur für wenige Monate. Die iranische Regierung betrachtete sie als Bedrohung für ihre territoriale Integrität und intervenierte militärisch, um die Unabhängigkeit zu beenden. Am 15. Dezember 1946 wurde die Republik

Mahabad von iranischen Truppen zerschlagen und ihre Führung verhaftet.

Obwohl die Republik Mahabad letztendlich scheiterte, bleibt sie ein Symbol für den Widerstand und die Bestrebungen der kurdischen Bevölkerung nach Selbstbestimmung und politischer Anerkennung. Ihre Gründung hat die kurdische Identität gestärkt und die Forderungen nach Autonomie und Unabhängigkeit in der Region weiter angeheizt.

Am 16. August wird von Vertretern der kurdischen Intelligenz und dem städtischen Kleinbürgertum in Kurdistan (Irak) die "Kurdische Demokratische Partei" KDP gegründet. Barzani wird, trotz Abwesenheit, zum Vorsitzenden gewählt. Die KDP wurde gegründet, um die politischen, sozialen und kulturellen Interessen der Kurden zu vertreten und zu fördern. Sie setzte sich für die Anerkennung der kurdischen Identität, Sprache und Kultur ein und strebte nach politischer Partizipation und Selbstverwaltung für die kurdischen Gemeinschaften in der Region.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich die KDP zu einer der prominentesten politischen Organisationen unter den Kurden und spielte eine entscheidende Rolle in ihrem Streben nach Autonomie und politischer Anerkennung. Sie war an verschiedenen politischen Verhandlungen und Konflikten beteiligt und setzte sich für die Rechte der Kurden in verschiedenen Ländern ein, darunter der Irak, die Türkei, der Iran und Syrien.

Die Gründung der KDP markierte einen Meilenstein in der Geschichte der kurdischen Bewegung und verdeutlichte das Bestreben der Kurden nach Selbstbestimmung und politischer Teilhabe in der Region. Sie bleibt eine wichtige politische Kraft, die weiterhin für die Rechte und Interessen der kurdischen Bevölkerung eintritt.

1950 / 51: In den Jahren 1950 und 1951 Kurdische Familien aus Dörfern in der Region Van werden zwangsdeportiert. In ihren Häusern werden türkische Familien aus Bulgarien und Jugoslawien angesiedelt. Diese Maßnahme war Teil einer politischen Strategie der türkischen Regierung, um die kurdische Bevölkerung zu kontrollieren und mögliche Unruhen in der Region zu unterdrücken. Die Zwangsdeportation von kurdischen Familien aus ihren Heimatdörfern war ein Akt staatlicher Repression und wurde oft unter dem Vorwand der Sicherheit und des Kampfes gegen den Separatismus durchgeführt. Die betroffenen Familien wurden aus ihren Häusern vertrieben und gezwungen, in andere Regionen des Landes umzusiedeln.

Diese Maßnahme führte zu großem Leid für die betroffenen Familien, die ihre Heimat verlassen mussten und oft unter schwierigen Bedingungen in neuen Gebieten leben mussten. Die Zwangsdeportation verstieß gegen die grundlegenden Menschenrechte der kurdischen Bevölkerung und trug zur Verschärfung der Spannungen zwischen der türkischen Regierung und den Kurden bei.

Die Ereignisse von 1950/51 sind Teil eines größeren Kontextes staatlicher Unterdrückung und Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und zeigen die langanhaltenden Herausforderungen und den Kampf um die Anerkennung der kurdischen Identität und Rechte in der Region.

1955: Bagdad-Pakt zwischen Türkei, Irak und Iran. Gemeinsame Militäroperationen gegen jede kurdische Befreiungsbewegung wurden darin vereinbart. Anfang April tritt England dem Abkommen bei. Die USA nehmen bei den Treffen einen festen Beobachterstatus ein.

Der Bagdad-Pakt, auch bekannt als Zentral vertrag Organisation (Central Treaty Organisation, CENTO), wurde 1955 zwischen der Türkei, dem Irak, dem Iran, Pakistan und Großbritannien unterzeichnet. Der Pakt war eine militärische Allianz, die darauf abzielte, die Sicherheit und Stabilität in der Region zu fördern und sich gegen die sowjetische Expansion im Nahen Osten zu verteidigen. Der Bagdad-Pakt wurde als Reaktion auf die wachsenden Spannungen im Kalten Krieg und die Furcht vor einer kommunistischen Bedrohung in der Region geschlossen. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich, sich im Falle eines Angriffs auf einen von ihnen militärisch zu unterstützen und gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen.

Obwohl der Bagdad-Pakt anfangs als effektives Instrument zur Stärkung der regionalen Sicherheit angesehen wurde, wurde er später von vielen als Symbol für die Unterstützung autoritärer Regime und die

Einmischung westlicher Mächte in die Angelegenheiten des Nahen Ostens kritisiert. Die Mitgliedschaft im Pakt trug zur Unterdrückung innenpolitischer Opposition und zur Stärkung autoritärer Regime in der Region bei.

Der Bagdad-Pakt hatte auch Auswirkungen auf die Kurdenfrage, da er die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung kurdischer Aufstände und separatistischer Bestrebungen erleichterte. Insbesondere die Türkei und der Iran nutzten den Pakt, um ihre gemeinsamen Interessen gegen kurdische Bewegungen zu fördern und zu verteidigen.

1956: Der in einer unzugänglichen Gebirgsregion nördlich von Kermanshah, nahe der irakischen Grenze lebende Stamm Djuwanroj(Jwanroj) widersetzt sich den Anordnungen der Zentralregierung in Teheran. Mit massiven Militärkräften incl. Luftwaffe wird der Stamm in die Berge vertrieben, ihre Festung wird bombardiert und völlig zerstört.

Diese Region im Westen des Iran ist bekannt für ihre schwierigen geografischen Bedingungen und die damit verbundene relative Unzugänglichkeit. Die Weigerung des Djuwanroj-Stammes, den Anordnungen der Zentralregierung Folge zu leisten, könnte auf verschiedene Gründe zurückzuführen sein. Einige Menschen in dieser abgelegenen Region fühlten sich seit langem vernachlässigt oder unterdrückt und lehnten daher die Autorität der Zentralregierung ab. Gleichzeitig hatten sie spezifische politische, soziale oder wirtschaftliche Forderungen, die von der Regierung nicht erfüllt wurden.

Solche lokalen Aufstände und Widerstände gegen die Zentralregierung waren zu dieser Zeit im Iran nicht ungewöhnlich, insbesondere in entlegenen und marginalisierten Gebieten. Die iranische Regierung sah solche Aufstände oft als Bedrohung für ihre Autorität und versuchte, sie mit militärischer Gewalt niederzuschlagen oder durch politische Zugeständnisse zu befrieden.

Der Widerstand des Djuwanroj-Stammes gegen die Zentralregierung zeigt die Vielfalt der ethnischen und kulturellen Gruppen im Iran sowie die Herausforderungen, mit denen die Zentralregierung bei der Durchsetzung ihrer Autorität in entlegenen und oft marginalisierten Gebieten konfrontiert war.

1957: Nach dem Beispiel der KDP-Irak wird in Syrien die "Kurdische Demokratische Partei-Syrien" von Intellektuellen, Bauern und Arbeitern gegründet. Ziel war die Anerkennung der Kurden als ethnische Gruppe, eine Landreform und eine demokratische Regierung in Damaskus.

Die Gründung der KDP-Syrien war Teil eines breiteren Trends der politischen Organisation und Mobilisierung der Kurden in der Region, der sich in den 1950er und 1960er Jahren entwickelte. Die Kurden in Syrien sahen sich mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie ihre Brüder und Schwestern in anderen Teilen Kurdistans, darunter Diskriminierung, Marginalisierung und Unterdrückung durch die Zentralregierung.

Die KDP-Syrien setzte sich für die Anerkennung der kurdischen Identität, Sprache und Kultur ein sowie für politische Partizipation und Rechte für die kurdische Gemeinschaft in Syrien. Sie strebte nach Autonomie und Selbstverwaltung für kurdische Gebiete und forderte eine gerechtere Verteilung von Ressourcen und Chancen für kurdische Bürgerinnen und Bürger.

Die Gründung der KDP-Syrien war ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der kurdischen politischen Bewegung in Syrien und trug dazu bei, die Stimme und die Interessen der kurdischen Bevölkerung zu stärken. Die Partei spielte eine bedeutende Rolle in den folgenden Jahren bei der Förderung der kurdischen Rechte und bei der Mobilisierung der kurdischen Gemeinschaft für politische und soziale Veränderungen in Syrien. Eine große Anzahl der Verantwortlichen der KDP-Syrien werden 1959 verhaftet. Die Partei besteht weiterhin, spaltet sich aber aufgrund großer politischer Differenzen in viele Untergruppen und bleibt politisch wirkungslos.

Im Jahr 1959 wurden eine große Anzahl von Verantwortlichen der Kurdischen Demokratischen Partei-Syrien (KDP-Syrien) verhaftet. Diese Verhaftungen waren Teil der Bemühungen der syrischen Regierung, die kurdische politische Opposition und Aktivitäten im Land zu unterdrücken und zu kontrollieren. Die Verhaftungen von Mitgliedern und Führungskräften der KDP-Syrien fanden im Kontext einer zunehmenden Repression gegen die kurdische Bevölkerung in Syrien statt. Die syrische Regierung reagierte oft mit Gewalt und Repression auf jegliche Form von Opposition, insbesondere auf politische

Aktivitäten, die als Bedrohung für ihre Autorität wahrgenommen wurden.

Die Verhaftungen von Mitgliedern der KDP-Syrien hatten weitreichende Auswirkungen auf die politische Landschaft und die Aktivitäten der kurdischen Opposition in Syrien. Sie führten zu einer Schwächung der Organisationsstrukturen und zu einer Einschüchterung der Aktivisten, was zu einem Rückgang der politischen Aktivitäten und Mobilisierung der kurdischen Bevölkerung in diesem Zeitraum führte.

Trotz dieser Repression setzten die kurdischen Aktivisten und die KDP-Syrien ihren Kampf für die Rechte und Interessen der kurdischen Gemeinschaft fort, wenn auch unter schwierigen Bedingungen. Die Verhaftungen von 1959 illustrieren die Herausforderungen und Risiken, mit denen die kurdische politische Opposition in Syrien konfrontiert war, und zeigen die Bestrebungen der Regierung, jegliche Form von Dissens zu unterdrücken.

1959: Ein militanter Flügel der KDP-Iran beginnt in der Gegend um Mahabad, Boko, Banah und Sardasht mit dem Guerillakampf. Im Jahr 1959 begann ein militanter Flügel der Kurdischen Demokratischen Partei des Iran (KDP-Iran) in der Gegend um Mukeryan mit dem Guerillakampf. Diese Aktion markierte den Beginn eines bewaffneten Widerstands gegen die iranische Regierung durch kurdische Aktivisten, die sich für die Rechte und Autonomie der kurdischen Bevölkerung im Iran einsetzten.

Der Guerillakampf war eine Reaktion auf die anhaltende Unterdrückung und Diskriminierung der kurdischen Gemeinschaft im Iran sowie auf die Weigerung der iranischen Regierung, auf die legitimen Forderungen und Anliegen der Kurden einzugehen. Die KDP-Iran und andere kurdische Gruppen sahen sich gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um gegen die politische, soziale und kulturelle Unterdrückung zu kämpfen, mit der sie konfrontiert waren.

Der Guerillakampf wurde von der iranischen Regierung hart bekämpft, und es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Guerillakämpfern und den Sicherheitskräften des Regimes. Trotz der Widrigkeiten setzten die kurdischen Guerillakämpfer ihren Kampf fort und wurden zu Symbolen des Widerstands gegen die Unterdrückung und für die Rechte der kurdischen Bevölkerung im Iran.

Der bewaffnete Widerstand der KDP-Iran und anderer kurdischer Gruppen führte zu einem langjährigen Konflikt zwischen den kurdischen Aktivisten und der iranischen Regierung, der bis heute anhält. Dieser Kampf verdeutlicht die anhaltenden Spannungen und Konflikte im Zusammenhang mit der kurdischen Frage im Iran und die fortwährende Suche der kurdischen Bevölkerung nach Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.

1959: Im Jahr 1959 stellte sich Mustafa Barzani, der Führer der Kurdischen Demokratischen Partei im Irak (KDP-Irak), an die Seite des Schahs und bekämpfte die

Weggenossen der Kurdischen Demokratischen Partei des Iran (KDP-Iran). Diese Entscheidung markierte eine bedeutende Wendung in der politischen Dynamik der kurdischen Bewegung im Irak und im Iran.

Die Entscheidung von Mustafa Barzani, sich mit dem Schah des Iran zu verbünden, war eine Strategie, um die Position der KDP-Irak zu stärken und die eigenen Interessen der kurdischen Bevölkerung im Irak zu verfolgen. Durch die Unterstützung des Schahs erhoffte sich Barzani möglicherweise politische und militärische Vorteile für die kurdische Bewegung im Irak sowie eine bessere Positionierung gegenüber rivalisierenden Gruppen und Regimen in der Region.

Die Entscheidung von Mustafa Barzani, die KDP-Iran zu bekämpfen, zeigte jedoch auch die Spaltungen und Komplexitäten innerhalb der kurdischen Bewegung und ihrer politischen Führung. Während beide Parteien ähnliche Ziele verfolgten und für die Rechte der kurdischen Bevölkerung eintraten, unterschieden sich ihre Ansätze und Strategien, insbesondere in Bezug auf ihre Beziehungen zu ausländischen Mächten und Regimen.

Die Konfrontation zwischen den beiden kurdischen Parteien im Irak und im Iran illustriert die Herausforderungen und Ambivalenzen, mit denen die kurdische Bewegung konfrontiert war, sowie die Komplexität der politischen Landschaft in der Region. Trotz innerer Spaltungen und äußerer Einflüsse setzten beide Parteien ihren Kampf für die Rechte und Autonomie der kurdischen Bevölkerung fort, wenn auch oft auf

unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Verbündeten.

Am 27. Mai 1960 putscht das Militär unter Führung von General C. Gürsel gegen die korrupte Regierung von Menderes, der hingerichtet wird. Am 27. Mai 1960 führte das Militär unter der Führung von General Cemal Gürsel einen Putsch gegen die als korrupt empfundene Regierung von Ministerpräsident Adnan Menderes in der Türkei durch. Diese militärische Intervention, bekannt als der 27. Mai-Putsch oder auch als der Militärputsch von 1960, führte zum Sturz der demokratisch gewählten Regierung und zur Errichtung einer Militärregierung.

Die Putschisten beschuldigten die Regierung Menderes der Korruption, des Machtmissbrauchs und der Verletzung demokratischer Prinzipien. Der Putsch wurde von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt, die sich von der Regierung Menderes entfremdet fühlten und sich nach politischen Reformen und einer stärkeren Einhaltung demokratischer Grundsätze sehnten.

Nach dem Putsch wurde Ministerpräsident Menderes verhaftet, zusammen mit anderen führenden Mitgliedern seiner Regierung. Sie wurden vor Gericht gestellt und für schuldig befunden. Menderes wurde schließlich hingerichtet, während andere hohe Regierungsbeamte lange Haftstrafen erhielten.

Der 27. Mai-Putsch markierte einen Wendepunkt in der politischen Geschichte der Türkei und hatte weitreichende Auswirkungen auf die politische Landschaft des Landes.

Er führte zu einer vorübergehenden Unterbrechung des demokratischen Prozesses und zur Stärkung der Rolle des Militärs in der türkischen Politik. Trotzdem wurde der Putsch von vielen als notwendige Maßnahme zur Bekämpfung von Korruption und politischem Missbrauch angesehen.

1960: Eine neue Verfassung, die liberaler ist als die vorherige wird verabschiedet, garantiert aber keine erweiterten Rechte für Kurden. "Kürtcülük", so wird in der türkischen Sprache der sogenannte "kurdische Separatismus" genannt, wird zum Staatsverbrechen erklärt. Diese Verfassungsänderung war eine Reaktion auf den Militärputsch vom 27. Mai 1960, der zur Entmachtung der Regierung von Ministerpräsident Adnan Menderes führte. Die neue Verfassung von 1960 brachte einige progressive Änderungen mit sich, darunter eine stärkere Betonung der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit. Sie zielte darauf ab, die demokratischen Institutionen zu stärken und die politische Transparenz zu erhöhen.

Trotz dieser liberaleren Verfassung blieb die Situation der kurdischen Bevölkerung unverändert. Die Verfassungsreformen garantierten keine spezifischen Rechte oder Anerkennung für die kurdische Identität, Kultur oder Sprache. Die kurdische Frage blieb ungelöst und die kurdische Bevölkerung sah sich weiterhin mit Diskriminierung und Unterdrückung konfrontiert.

Die Verabschiedung einer liberaleren Verfassung allein löste nicht die tieferliegenden sozialen und politischen

Probleme, die zur Marginalisierung der kurdischen Bevölkerung beitrugen. Die Kurden setzten ihren Kampf für Anerkennung, Gleichberechtigung und Autonomie fort, der in den folgenden Jahrzehnten zu weiteren Konflikten und politischen Spannungen in der Türkei führen sollte.

1959: Aufstand in Süd-Kurdistan (Nord-Irak) unter Mustafa Barzani. Aufflammen der Kämpfe 1967/68 und ab 1976 bis in die Gegenwart, wegen Nichteinhaltung des Autonomieversprechens des Iraks.

Im Jahr 1959 führte Mustafa Barzani, der Führer der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) im Irak, einen Aufstand in Süd-Kurdistan (Nord-Irak) an. Dieser Aufstand war Teil des langjährigen Kampfes der kurdischen Bevölkerung im Irak um Autonomie, Anerkennung und politische Rechte.

Der Aufstand unter der Führung von Mustafa Barzani richtete sich gegen die zentralisierte Herrschaft der irakischen Regierung unter Präsident Abd al-Karim Qasim. Die kurdische Bevölkerung war unzufrieden mit der Politik der Regierung, die ihre Rechte vernachlässigte und ihre kulturelle Identität unterdrückte.

Der Aufstand von 1959 war Teil einer Serie von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der irakischen Regierung und kurdischen Rebellen, die seit der Gründung des Irak im Jahr 1921 stattfanden. Die Kurden kämpften für mehr Autonomie und die Anerkennung ihrer kulturellen und politischen Identität,

während die irakische Regierung versuchte, ihre Autorität über das gesamte Land auszudehnen und jegliche separatistische Bestrebungen zu unterdrücken.

Obwohl der Aufstand von 1959 letztendlich niedergeschlagen wurde, markierte er einen wichtigen Moment im kurdischen Widerstand gegen die Unterdrückung durch die irakische Regierung. Mustafa Barzani und die KDP setzten ihren Kampf fort und spielten eine entscheidende Rolle in den späteren Entwicklungen der kurdischen Bewegung im Irak.

1961: Der kurdischen Bewegung in Süd-Kurdistan (Nord-Irak) wird "Separatismus" vorgeworfen, es folgen erste Verbote von kurdischen Zeitungen. Der Generalsekretär der KDP wird wegen einer Rede vor Studenten in Bagdad festgenommen. Barzani zieht sich in die Region Barzan, die Berge nahe der türkisch-irakischen Grenze zurück.

Im Jahr 1961 erlebte die kurdische Bewegung in Süd-Kurdistan, auch bekannt als Nord-Irak, bedeutende Entwicklungen und Ereignisse. Zu dieser Zeit war die Region von politischer Instabilität und Spannungen zwischen der irakischen Regierung und der kurdischen Bevölkerung geprägt, die nach Autonomie und Anerkennung strebte.

Im Zuge des Aufstands unter der Führung von Mustafa Barzani im Jahr 1959 intensivierten sich die Kämpfe zwischen den kurdischen Rebellen und den irakischen Streitkräften. Die kurdische Bewegung kämpfte weiterhin

für ihre Rechte und forderte Autonomie innerhalb des irakischen Staates. Im Laufe des Jahres 1961 gewann die kurdische Bewegung an Stärke und Unterstützung in der Region. Mustafa Barzani und die Kurdische Demokratische Partei (KDP) spielten eine entscheidende Rolle bei der Organisation und Mobilisierung der kurdischen Kräfte. Der Aufstand und die Bemühungen der kurdischen Bewegung führten zu einer Eskalation der Konflikte mit der irakischen Regierung. Die Kämpfe weiteten sich aus und fanden in verschiedenen Teilen von Süd-Kurdistan statt, wobei die kurdischen Rebellen gegen die militärische Übermacht der irakischen Armee kämpften.

Die Ereignisse von 1961 markierten einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der kurdischen Bewegung im Irak und legten den Grundstein für weitere Entwicklungen in den folgenden Jahren, einschließlich der späteren Autonomiebestrebungen und des Kampfes gegen Unterdrückung und Diskriminierung durch die irakische Regierung.

11.09.1961: Am 11. September beginnt der bewaffnete Aufstand in Süd-Kurdistan (Nord-Irak), der nach und nach zu einer Volksbewegung der nationalen Befreiung wird. Die irakische Luftwaffe beginnt mit massiver Bombardierung kurdischer Dörfer.

Am 11. September 1961 erklärt die Kurdische Demokratische Partei (KDP) unter der Führung von Mustafa Barzani offiziell den bewaffneten Aufstand gegen die irakische Regierung. Dies markiert den Beginn eines

langwierigen Konflikts zwischen der kurdischen Bevölkerung und der irakischen Regierung, der als Erster Kurdischer Aufstand bekannt ist.

Die KDP und andere kurdische Gruppen hatten zuvor versucht, politische Lösungen für ihre Forderungen nach Autonomie und Anerkennung zu erreichen, wurden aber von der irakischen Regierung ignoriert oder unterdrückt. Angesichts der anhaltenden Missachtung ihrer Rechte und der zunehmenden Unterdrückung durch die Zentralregierung entschied sich die KDP schließlich für den bewaffneten Kampf.

Der Aufstand richtete sich gegen die zentralisierte Herrschaft der irakischen Regierung unter Präsident Abd al-Karim Qasim, die die kurdische Bevölkerung marginalisierte und unterdrückte. Der Erste Kurdische Aufstand dauerte mehrere Jahre und führte zu schweren Kämpfen zwischen den kurdischen Rebellen und den irakischen Streitkräften. Obwohl der Aufstand letztendlich niedergeschlagen wurde, markierte er den Beginn eines langen und anhaltenden Kampfes der kurdischen Bevölkerung im Irak um ihre Rechte und ihre Selbstbestimmung.

1962: Im Jahr 1962 erließ die Regierung in Damaskus das Gesetzesdekret Nr. 93, das die Durchführung einer außerordentlichen Volkszählung in der Provinz Djazira erlaubte. Diese Volkszählung hatte wahrscheinlich das Ziel, genaue Informationen über die Bevölkerungszusammensetzung und demografischen Trends in der Provinz zu sammeln. Als Ergebnis werden

120.000 Kurden zu "Fremden" erklärt und die syrischen Staatsbürgerrechte werden ihnen entzogen.

Die Provinz Djazira, auch bekannt als Al-Hasaka, liegt im Nordosten Syriens und beherbergt eine bedeutende kurdische Bevölkerung sowie arabische und assyrische Gemeinschaften. Die Entscheidung zur Volkszählung könnte Teil einer breiteren Regierungspolitik gewesen sein, um statistische Daten über die Bevölkerung in dieser Region zu sammeln und möglicherweise politische oder administrative Maßnahmen zu planen.

Die Volkszählung könnte auch im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen der syrischen Regierung und den kurdischen Gemeinschaften gestanden haben, die zu dieser Zeit bereits politische Spannungen erlebten. Die kurdische Bevölkerung in Syrien hatte damals ähnliche Forderungen nach kultureller Anerkennung und politischer Autonomie wie ihre Mitkämpfer in anderen Teilen Kurdistans. Die Volkszählung könnte daher auch dazu gedient haben, das Ausmaß und die Verteilung der kurdischen Bevölkerung in der Provinz Djazira zu erfassen und möglicherweise politische Entscheidungen zu beeinflussen.

1962: Um der "kurdischen Gefahr" entgegenzutreten, entwickelt die Regierung Pläne für die Einrichtung eines "arabischen Gürtels". Danach soll die ganze kurdische Bevölkerung, die entlang der türkischen Grenze lebt, auf einem 280 km langen Gebiet, 15 km breit, umgesiedelt und durch arabische Bevölkerung ersetzt werden.

Der "arabische Gürtel" war ein Konzept, das darauf abzielte, eine ethnisch arabische Bevölkerung in Gebieten zu etablieren, die traditionell von kurdischen Gemeinschaften bewohnt wurden. Dies könnte durch gezielte Ansiedlungspolitik, Umsiedlungsprogramme oder andere administrativen Maßnahmen erreicht werden. Durch die Schaffung eines "arabischen Gürtels" wollte die Regierung möglicherweise die demografische Zusammensetzung bestimmter Regionen verändern, um die politische und kulturelle Macht der kurdischen Bevölkerung zu schwächen.

Diese Politik zielte darauf ab, die kurdische Identität und Einflussnahme einzudämmen, indem sie die Bevölkerungsmehrheit in Gebieten mit kurdischer Präsenz veränderte. Es handelte sich um eine umstrittene und oft gewaltsame Maßnahme, die zu Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen und zu Menschenrechtsverletzungen führen konnte.

Der "arabische Gürtel" war Teil eines breiteren Musters staatlicher Unterdrückung und Assimilationspolitik gegenüber kurdischen Gemeinschaften in der Region. Diese Politik zielte darauf ab, die kurdische Identität zu unterdrücken und die territoriale Integrität des syrischen Staates zu festigen, indem sie ethnische Konflikte und Unabhängigkeitsbestrebungen eindämmte.

1963: Am 8. Februar putscht die Baath-Partei, stürzt General Kassem und übernimmt die Macht in Bagdad. Provisorischer Waffenstillstand an der kurdischen Front.

Am 8. Februar 1963 putschte die Baath-Partei in Syrien. Dieser Putsch markierte einen bedeutenden politischen Wendepunkt in der Geschichte Syriens und hatte weitreichende Auswirkungen auf die politische Landschaft des Landes. Die Baath-Partei, eine arabische nationalistische und sozialistische Partei, kam durch den Putsch an die Macht und etablierte eine autoritäre Regierung, die stark von militärischen und politischen Führern der Baath-Partei geprägt war. Der Putsch führte zu politischer Instabilität und Konflikten innerhalb der syrischen Gesellschaft, da verschiedene politische Gruppen um Einfluss und Macht kämpften.

Die Baath-Partei verfolgte eine nationalistische Agenda, die darauf abzielte, die arabische Einheit zu stärken und den arabischen Nationalismus zu fördern. Unter der Baath-Regierung wurden verschiedene politische und wirtschaftliche Reformen durchgeführt, die jedoch auch von autoritären Praktiken und Einschränkungen der politischen Freiheiten begleitet wurden.

Der Putsch von 1963 hatte auch Auswirkungen auf die kurdische Bevölkerung in Syrien. Die Baath-Regierung setzte ihre Politik der Unterdrückung und Assimilation gegenüber den Kurden fort, was zu Spannungen und Konflikten in den kurdischen Gebieten führte. Die kurdischen Gemeinschaften setzten ihren Kampf für politische Rechte und Anerkennung fort, während die Baath-Regierung ihre Politik der Arabisierung und Unterdrückung fortsetzte.

1963: Im Juni beginnt die irakische Armee eine neue Offensive gegen die kurdische Bewegung. Luftwaffe und Armee von Syrien (Regierung wird ebenfalls von der Baath-Partei gestellt) unterstützten die irakische Armee gegen die Kurden. Diese Offensive war Teil eines langwierigen Konflikts zwischen der irakischen Regierung und den kurdischen Kräften um politische Autonomie und Rechte für die kurdische Bevölkerung.

Die Baath-Regierung setzte militärische Maßnahmen ein, um den Widerstand der kurdischen Gruppen zu unterdrücken und ihre Forderungen nach Autonomie zu bekämpfen. Diese Offensive führte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Konflikten in den kurdischen Gebieten des Iraks. Die Unterdrückung durch die irakische Armee führte zu Menschenrechtsverletzungen und zur Vertreibung von kurdischen Gemeinschaften aus ihren Heimatgebieten. Der Konflikt zwischen der irakischen Regierung und den kurdischen Kräften setzte sich über Jahrzehnte fort und eskalierte später zu einem offenen bewaffneten Konflikt, der im Verlauf der Geschichte des Iraks weiterhin eine zentrale Rolle spielte.

März 1963: Baath-Partei unter Führung von Michel Aflaq übernimmt die Macht in Syrien. Die Lage der Kurden verschärft sich. Im November veröffentlicht der Leiter der Provinz Djazira, eine Studie mit einem 12-Punkte-Plan für eine "Säuberungspolitik". 1970 wird Hafiz Al-Assad Staatspräsident in Syrien.

Die Baath-Partei, eine panarabische politische Bewegung, wurde im März 1963 im Irak durch einen

Putsch unter der Führung von Michel Aflaq und Salah al-Din al-Bitar an die Macht gebracht. Dieser Putsch führte zur Errichtung einer Baathistischen Regierung im Irak und markierte einen Wendepunkt in der politischen Geschichte des Landes. Die Baath-Partei strebte die Vereinigung der arabischen Länder unter einer nationalistischen Ideologie an und verfolgte eine autoritäre Herrschaftsstruktur. Der Putsch von 1963 leitete eine Ära der Baathistischen Herrschaft im Irak ein, die bis 2003 andauerte, als Saddam Hussein gestürzt wurde.

1964: Am 10. Februar wird mit Oberst Aref ein Waffenstillstand, der die nationalen Rechte der Kurden in Süd-Kurdistan (Irak) anerkennt, vereinbart. Das führt zu Streitigkeiten innerhalb der KDP-Irak.

Der Waffenstillstand, der am 10. Februar 1964 mit Oberst Aref vereinbart wurde, markierte einen bedeutsamen Moment in der Geschichte der kurdischen Bewegung im Irak. Dieser Waffenstillstand erkannte die nationalen Rechte der Kurden in Südkurdistan (dem irakischen Teil Kurdistans) an und setzte einen vorläufigen Schlusspunkt für die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der irakischen Regierung und den kurdischen Kräften.

Der Waffenstillstand bot den Kurden im Irak eine gewisse Anerkennung und die Möglichkeit, ihre politischen Forderungen friedlich zu verfolgen. Er eröffnete auch die Tür für Verhandlungen über eine

stärkere Autonomie oder politische Rechte für die kurdische Bevölkerung in der Region.

Es ist wichtig anzumerken, dass der Waffenstillstand von 1964 jedoch nur ein vorläufiges Abkommen war und nicht alle Probleme zwischen der irakischen Regierung und den Kurden löste. Der Konflikt zwischen beiden Parteien setzte sich in den folgenden Jahren fort und eskalierte später zu weiteren bewaffneten Konflikten und politischen Unruhen.

Das politische Büro der KDP-Irak, unter Leitung von Jelal Talabani und Ibrahim Ahmed (Schwiegervater von Talabani) kritisiert Barzani. Der beruft daraufhin einen eigenen Kongress ein und ernennt ein neues Politbüro. Das ursprüngliche Politbüro spaltet sich ab, und seine Mitglieder fliehen nach einem Angriff von Barzani-Peschmerga in den Osten des Landes (Iran).

In den 1960er Jahren gab es in der kurdischen Politik im Irak eine Vielzahl von Akteuren und Fraktionen, die unterschiedliche Ansichten und Ziele verfolgten. Zu dieser Zeit führten auch interne Spannungen und Konflikte innerhalb der kurdischen Bewegung zu politischen Differenzen und Auseinandersetzungen. Das politische Büro der Kurdischen Demokratischen Partei im Irak (KDP), das unter der Leitung von Jelal Talabani und Ibrahim Ahmed stand, kritisierte in dieser Zeit Mullah Mustafa Barzani, den Anführer der KDP. Diese Kritik könnte verschiedene Gründe gehabt haben, darunter Meinungsverschiedenheiten über die Strategie der kurdischen Bewegung, politische Richtlinien oder

persönliche Differenzen innerhalb der Führungsebene der KDP.

Solche inneren Konflikte und politischen Auseinandersetzungen waren in der kurdischen Politik im Irak nicht ungewöhnlich und spiegelten die Komplexität und Vielfalt der Interessen innerhalb der kurdischen Bewegung wider. Trotz dieser internen Differenzen strebten die verschiedenen Fraktionen der KDP jedoch letztendlich gemeinsame Ziele wie die Anerkennung der kurdischen Rechte, politische Autonomie oder Unabhängigkeit an.

Die Gruppe um Talabani kehrt schließlich nach Süd-Kurdistan zurück und richtet sich in der südlichen Provinz Sulaimaniya, dem Soranisprachigen Gebiet Südkurdistans, ein. Seitdem kam es immer wieder zu innerkurdischen Kämpfen der beiden Parteien.

1965: Zum ersten Mal dürfen ausländische Besucher nach Nordwest-Kurdistan (Südost-Türkei) einreisen. Die Region war seit 1925 "für Ausländer verbotenes Militärgelände". Die Öffnung für ausländische Besucher in Nordwest-Kurdistan, im Jahr 1965 markierte einen bedeutsamen Schritt in der Geschichte der Region. Zum ersten Mal erlaubte die türkische Regierung ausländischen Besuchern den Zugang zu diesem Gebiet, das von einem großen Teil der kurdischen Bevölkerung bewohnt wurde.

Diese Öffnung für ausländische Besucher könnte als ein Versuch der türkischen Regierung angesehen werden, das Image der Region zu verbessern und potenzielle

Investoren anzulocken. Zugleich könnte es auch eine Maßnahme gewesen sein, um ausländischen Diplomaten und Beobachtern die Möglichkeit zu geben, die Situation vor Ort zu beurteilen und möglicherweise die Entwicklungen in der kurdischen Frage besser zu verstehen.

Die Zulassung ausländischer Besucher nach Nordwest-Kurdistan im Jahr 1965 könnte als ein Schritt in Richtung einer erhöhten Transparenz und Offenheit in Bezug auf die Situation der kurdischen Bevölkerung in der Türkei betrachtet werden. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass die Probleme und Herausforderungen, mit denen die kurdische Bevölkerung konfrontiert war, zu dieser Zeit weiterhin bestanden und später zu weiteren politischen Unruhen und Konflikten führten.

1965: Gründung der Kurdischen Demokratischen Partei der Türkei, KDP-Türkei. Schon ein Jahr später wurden die beiden Vorsitzenden, Faik Bucak und Sait Elci, durch Agenten des türkischen Geheimdienstes ermordet. 1970 kam es zu einer Spaltung.. Die Gründung der Kurdischen Demokratischen Partei der Türkei (KDP-Türkei) im Jahr 1965 markierte einen bedeutenden Moment in der politischen Landschaft der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Die KDP-Türkei wurde als politische Organisation gegründet, um die Interessen und Rechte der kurdischen Bevölkerung zu vertreten und sich für ihre politische, kulturelle und soziale Anerkennung einzusetzen.

Die Gründung der KDP-Türkei erfolgte zu einer Zeit, als die kurdische Bevölkerung in der Türkei mit zahlreichen

Herausforderungen und Unterdrückungen konfrontiert war. Die Partei strebte danach, die Stimme der Kurden in der politischen Arena zu stärken und ihre Anliegen auf nationaler Ebene zu vertreten. Die KDP-Türkei war Teil eines breiteren politischen Engagements der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und spielte eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung und Organisation der kurdischen Gemeinschaft. Obwohl die KDP-Türkei im Laufe der Jahre verschiedene Veränderungen und Entwicklungen durchmachte, blieb sie ein wichtiger Akteur in der kurdischen Politik in der Türkei und setzte sich weiterhin für die Rechte und Interessen der kurdischen Bevölkerung ein.

1967: Das "Gesetz zur Kulturpflege" bestimmt ein Verbot kurdischer Literatur und Musik in Nordwest-Kurdistan (Türkei). Das "Gesetz zur Kulturpflege", das im Jahr 1967 in Nordwest-Kurdistan, der südöstlichen Türkei, verabschiedet wurde, markierte einen bedeutsamen Wendepunkt in der kulturellen Landschaft der Region. Dieses Gesetz legte ein Verbot für kurdische Literatur und Musik fest und unterdrückte damit aktiv die kulturelle Identität und Ausdrucksformen der kurdischen Bevölkerung.

Das Verbot von kurdischer Literatur und Musik war Teil einer breiteren Politik der Assimilation und Unterdrückung der kurdischen Kultur und Identität durch die türkische Regierung. Es war ein Versuch, die kulturelle Vielfalt der kurdischen Bevölkerung zu unterdrücken und ihre Integration in die türkische Nation zu erzwingen.

Dieses Gesetz hatte weitreichende Auswirkungen auf das kulturelle Leben der Kurden in der Türkei und trug zur Verschärfung der Spannungen zwischen der kurdischen Bevölkerung und der türkischen Regierung bei. Es führte zu weiterer Unterdrückung und Diskriminierung der Kurden und verstärkte den Widerstand gegen die politische Unterdrückung und Assimilationspolitik der Regierung. Trotz dieser restriktiven Maßnahmen setzten sich die Kurden weiterhin für ihre kulturelle Identität und Rechte ein und kämpften gegen die Unterdrückung durch die türkische Regierung. Das Verbot von kurdischer Literatur und Musik wurde später Gegenstand internationaler Kritik und führte zu Forderungen nach kultureller Autonomie und Anerkennung der Rechte der kurdischen Minderheit in der Türkei.

1967 / 68: Spaltung innerhalb der KDP-Iran: Eine Gruppe, die von den Ideen der weltweiten nationalen Befreiungsbewegungen, insbesondere von Ernesto Che Guevara, beeinflusst ist, kritisiert die passive Haltung der Partei und ihre enge Bindung an die KDP-Irak, die massive Unterstützung vom persischen Schah erhält." In den Jahren 1967 und 1968 kam es innerhalb der Kurdischen Demokratischen Partei des Iran (KDP-Iran) zu einer Spaltung. Diese Spaltung war das Ergebnis von internen politischen Differenzen und ideologischen Konflikten innerhalb der Partei.

Die Spaltung führte zur Bildung von zwei rivalisierenden Fraktionen innerhalb der KDP-Iran, die jeweils unterschiedliche politische und ideologische Positionen vertraten. Diese Spaltung schwächte die Partei

und hatte Auswirkungen auf ihre Fähigkeit, effektiv gegen die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung im Iran vorzugehen.

Die genauen Gründe für die Spaltung können vielfältig sein und reichen von persönlichen Differenzen zwischen Führungspersonen bis hin zu ideologischen Meinungsverschiedenheiten über den politischen Kurs der Partei. Die Spaltung führte jedoch zu einer Fragmentierung der kurdischen politischen Bewegung im Iran und beeinträchtigte ihre Fähigkeit, sich gegen die Unterdrückung durch die iranische Regierung

Die Gruppe kehrt in den Iran zurück und bildet bewaffnete Guerillaeinheiten. In Frühjahr 1968 werden ihre führenden Kader, darunter der Priester Mala Avara, der Student Abdullah Moini, Solayman Moini und der Elektroingenieur Sharif Zadeh getötet. Die Peschmarga der KDP-Irak von Barzani beteiligt sich zusammen mit der persischen Armee aktiv an der Verfolgung der revolutionären Gruppe. Diese Morde waren ein schwerer Schlag für die Partei und führten zu einer Periode der Instabilität und Unsicherheit.

Die genauen Umstände und Hintergründe dieser Morde könnten vielfältig sein und könnten im Zusammenhang mit politischen Konflikten, internen Machtkämpfen oder sogar staatlicher Repression stehen. Die Tötung prominenter Mitglieder der KDP-Iran schwächte die Partei erheblich und beeinträchtigte ihre Fähigkeit, effektiv für die Rechte der kurdischen Bevölkerung im Iran einzutreten.

Diese Ereignisse verdeutlichen die Gefahren und Herausforderungen, mit denen politische Organisationen und Aktivisten konfrontiert sind, die sich für die Rechte von Minderheiten und Unterdrückten einsetzen. Sie zeigen auch die Brutalität und Gewalt, die oft von Regierungen und anderen Akteuren eingesetzt werden, um politische Opposition zu unterdrücken und zu eliminieren.

1969: Gründung der "Revolutionären Kulturvereinigungen des Ostens" in mit dem Ziel, die türkische und Weltöffentlichkeit über das kurdische Frage und über die Repressionen in den kurdischen Regionen zu informieren. Massives Vorgehen der türkischen Armee gegen diese Kulturvereinigungen in den folgenden Jahren.

Die Gründung der "Revolutionären Kulturvereinigungen des Ostens" im Jahr 1969 war ein bedeutsames Ereignis in der kurdischen politischen Landschaft. Diese Vereinigungen wurden mit dem Ziel gegründet, die kulturellen, sozialen und politischen Rechte der kurdischen Bevölkerung zu fördern und zu verteidigen. Sie dienten als Plattform für die Organisation von Aktivitäten, die die kurdische Identität und Kultur stärken sollten, während sie sich gleichzeitig für politische Reformen und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kurden einsetzten. Die Gründung dieser Vereinigungen fiel in eine Zeit erhöhter politischer Aktivität und Mobilisierung unter den Kurden, insbesondere in Regionen mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit. Sie spielten eine wichtige Rolle bei der Organisation von kulturellen Veranstaltungen, Bildungsinitiativen und politischen Kampagnen, die darauf abzielten, die Rechte und Anliegen der Kurden auf

nationaler und internationaler Ebene bekannt zu machen und zu verteidigen.

Die Revolutionären Kulturvereinigungen des Ostens trugen zur Stärkung der kurdischen Identität und des Zusammenhalts bei und spielten eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung der kurdischen Bevölkerung für politische Veränderungen und Reformen. Sie waren Teil eines breiteren Netzwerks von Organisationen und Aktivisten, die sich für die Rechte der Kurden einsetzten und zur Entwicklung einer lebendigen und vielfältigen kurdischen politischen Bewegung beitrugen.

1970: Am 11. März wird eine kurdisch-irakische Vereinbarung (Märzmanifest) über die "Autonomie Kurdistans" unterzeichnet. Die kurdisch-irakische Vereinbarung, auch bekannt als das Märzmanifest, wurde am 11. März 1970 unterzeichnet und markierte einen wichtigen Meilenstein in den Beziehungen zwischen der kurdischen Bevölkerung und der irakischen Regierung. Das Abkommen sah die Gewährung von Autonomie für die kurdischen Gebiete im Irak vor und sollte die langjährigen Spannungen zwischen den Kurden und der Zentralregierung beenden.

Das Märzmanifest wurde als Kompromiss zwischen der Regierung des irakischen Präsidenten Saddam Hussein und kurdischen Vertretern ausgehandelt, darunter Mullah Mustafa Barzani, der Führer der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP). Es sah die Anerkennung der kulturellen und politischen Rechte der Kurden vor, einschließlich der Möglichkeit, eine autonome Regierung zu bilden und ihre eigenen Angelegenheiten zu verwalten.

Das Abkommen kam nach Jahren des Konflikts und der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung durch die irakische Regierung zustande. Es wurde von vielen als Hoffnungsschimmer für eine friedliche Lösung des kurdischen Problems im Irak betrachtet und eröffnete den Weg für einen Zeitraum relativer Stabilität und Zusammenarbeit zwischen den Kurden und der Zentralregierung.

Trotz des historischen Abkommens und der anfänglichen Umsetzung einiger seiner Bestimmungen wurden die Hoffnungen auf dauerhafte Autonomie und politische Teilhabe der Kurden letztendlich enttäuscht. Die Beziehungen zwischen der KDP und der irakischen Regierung verschlechterten sich erneut in den folgenden Jahren, was schließlich zum Ausbruch des Kurdenaufstands von 1974 und später zu weiteren Konflikten führte.

Gemäß dem Märzmanifest sollten fünf kurdische Vertreter in das Kabinett der irakischen Regierung in Bagdad berufen werden. Diese Bestimmung war Teil des Abkommens über die Autonomie Kurdistans, das am 11. März 1970 unterzeichnet wurde. Durch die Ernennung von kurdischen Ministern sollten die politischen Rechte und die politische Teilhabe der Kurden innerhalb der irakischen Regierung gewährleistet werden.

Die Einbindung von kurdischen Vertretern in das Kabinett war ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Abkommens und zur Stärkung der kurdischen Position innerhalb des irakischen Staatsapparats. Es sollte den Kurden eine Stimme in den politischen

Entscheidungsprozessen geben und ihnen mehr Einfluss auf die Gestaltung der Politik im Irak ermöglichen. Die Umsetzung dieser Bestimmung und anderer Vereinbarungen des Märzmanifests gestaltete sich jedoch schwierig, da die Beziehungen zwischen der irakischen Regierung und den kurdischen Gruppen weiterhin von Spannungen und Konflikten geprägt waren. Trotz einiger Fortschritte in der Anfangsphase des Abkommens blieben viele der langfristigen Ziele der Kurden unerfüllt, und der Konflikt zwischen den beiden Seiten flammte später wieder auf.

Doch ist die Zentralregierung in Bagdad nicht bereit, die kurdischen Forderungen nach Kontrolle der Erdölgebiete um Kirkuk und Kanaqin zu erfüllen. Die folgenden Jahre sind von ständigen Angriffen, Attentaten auf kurdische Führer und einer Politik der Arabisierung geprägt. Der Autonomiestatus Südkurdistan existiert de facto nicht.

1971: Der 1939 geborene türkische Soziologe Dr. Ismail Besikci befaßt sich seit 1961 wissenschaftlich mit der kurdischen Frage in der Türkei. Er verlor aufgrund seiner engagierten Forschungen 1971 seine Professur an der Universität Ankara. Im gleichen Jahr wurde er zum ersten Mal festgenommen. 1974 freigelassen, veröffentlichte er in den folgenden Jahren eine Vielzahl von Untersuchungen zur kurdischen Frage. Fast jede seiner Schriften wurde kriminalisiert und verboten. Seit 1978 befand sich Besikci aufgrund seiner wissenschaftlichen Arbeit mehr im Gefängnis als in Freiheit. Zuletzt wurden 1990 in einem Verfahren insgesamt 45 Jahre Haft gefordert. Weitere Strafverfahren gegen ihn sind

anhängig. 1993 wurde er erneuert ins Gefängnis gesteckt und Oktober 1999 auf Bewährung freigelassen.

Dr. İsmail Beşikçi ist ein renommierter türkischer Soziologe und einer der führenden Experten für die kurdische Frage in der Türkei. Seit den frühen 1960er Jahren hat er sich intensiv mit dieser Thematik wissenschaftlich auseinandergesetzt und zahlreiche Bücher, Artikel und Studien zu verschiedenen Aspekten der kurdischen Geschichte, Kultur, Gesellschaft und Politik veröffentlicht.

Beşikçi hat einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung und Analyse der Kurden und ihrer Situation in der Türkei geleistet. Seine Arbeiten sind für ihr kritisches und unabhängiges Denken bekannt und haben dazu beigetragen, das Bewusstsein für die kurdische Frage in der Türkei und international zu schärfen. Aufgrund seiner Forschungen und seiner öffentlichen Äußerungen wurde Beşikçi mehrfach von der türkischen Justiz angeklagt und verurteilt, insbesondere wegen angeblicher Unterstützung separatistischer Bestrebungen. Trotz dieser Repressalien setzt er sich weiterhin für die Rechte der Kurden und für eine friedliche Lösung des Konflikts in der Türkei ein.

12.03.1971: Am 12. März putscht das Militär unter Führung von General Tagmac und Nihat Erim in der Türkei erneut. Linke Parteien und Organisationen werden verboten. Mehrere tausend Menschen werden verhaftet und eingesperrt. Der Militärputsch vom 12. März 1971, auch bekannt als "Marschputsch", war ein bedeutendes Ereignis in der türkischen Geschichte. Unter der Führung von General Faruk Gürler und Admiral Celal Eyici wurde

die Regierung von Ministerpräsident Süleyman Demirel gestürzt.

Der Putsch wurde von der türkischen Armee durchgeführt, um die politische Instabilität und die linksgerichteten Bewegungen in der Türkei einzudämmen. Als Reaktion auf die wachsende politische Gewalt und die Spannungen zwischen links- und rechtsgerichteten Gruppen erklärte das Militär den Ausnahmezustand und übernahm die Kontrolle über das Land.

Die Putschisten verhängten strenge Maßnahmen zur Unterdrückung politischer Aktivitäten und zur Zensur der Medien. Tausende von Menschen wurden verhaftet, darunter politische Aktivisten, Intellektuelle und Gewerkschaftsmitglieder. Es folgte eine Phase der politischen Repression, in der Grundrechte eingeschränkt und politische Opposition unterdrückt wurden. Der Putsch führte zu einer weiteren Periode der Militärherrschaft in der Türkei, die bis 1973 dauerte, als eine neue Regierung unter Führung von Demirel gebildet wurde. Dennoch hatte der Putsch langfristige Auswirkungen auf die politische Landschaft der Türkei und trug zur Stärkung der Militärrolle in der Politik bei.

1972: Die Deportation von mehr als 3.000 Bauern aus der Provinz Hakkari in Nordwest-Kurdistan (Südost-Türkei) im Jahr 1972 war Teil der umstrittenen Politik der türkischen Regierung gegenüber der kurdischen Bevölkerung. Diese Maßnahme war ein weiterer Akt staatlicher Unterdrückung und wurde oft als Mittel angesehen, um die kurdische Bevölkerung zu entwurzeln und zu schwächen.

Die Deportationen führten dazu, dass Tausende von Menschen aus ihren Heimatdörfern vertrieben wurden, oft unter dem Vorwand der Bekämpfung von Aufständen oder terroristischen Aktivitäten. Viele dieser Menschen wurden gezwungen, in andere Teile der Türkei umzusiedeln, wo sie oft unter schwierigen Bedingungen leben mussten, ohne angemessene Unterstützung oder Lebensgrundlagen. Diese Maßnahmen trugen zur Verschärfung der Spannungen zwischen der kurdischen Bevölkerung und der türkischen Regierung bei und verstärkten das Gefühl der Unterdrückung und Ungerechtigkeit unter den Kurden in der Türkei. Sie sind Teil eines breiteren Musters staatlicher Repression gegenüber der kurdischen Minderheit in der Türkei und haben dazu beigetragen, die langjährigen Spannungen und Konflikte in der Region zu verschärfen.

1972: Gründung der ersten kurdischen Universität, nach der Vierteilung (1923) in Sulaimaniya, Süd-Kurdistan (Nord-Irak). Die Gründung der ersten kurdischen Universität im Jahr 1972 markiert einen bedeutsamen Meilenstein in der Bildungsgeschichte der kurdischen Bevölkerung. Diese Universität, deren Gründung vermutlich in einem Zeitraum politischer und kultureller Umbrüche stattfand, war ein Symbol für den Wunsch der Kurden nach Bildung und akademischer Entwicklung in ihrer eigenen Sprache und Kultur.

Die Gründung einer kurdischen Universität in diesem Zeitraum könnte als Reaktion auf die langjährige Marginalisierung und Unterdrückung der kurdischen Identität und Sprache in der Region angesehen werden. Es ist anzunehmen, dass die Einrichtung dieser Universität

dazu beitrug, den Zugang der kurdischen Bevölkerung zu Bildung und höherer Ausbildung zu verbessern und gleichzeitig ihre kulturelle Identität zu stärken. Sie war ein bedeutender Schritt zur Förderung der Bildung und des kulturellen Erbes der kurdischen Gemeinschaft. Sie schuf Möglichkeiten für die Kurden, sich akademisch weiterzubilden und zu entwickeln, und trug dazu bei, ihre kulturelle Identität zu bewahren und zu stärken.

1974: Gründung der Sozialistischen Partei Kurdistans, Türkei (PSK-T) in Ankara. Herausgabe verschiedener Zeitungen in Kurdisch und türkisch. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes 1978 stellt die Organisation in der Türkei ihre Arbeit ein. Die meisten Mitglieder gehen nach Europa ins Exil, wo sie heute unter dem Namen KOMKAR arbeiten. Sie war ein bedeutendes Ereignis in der politischen Landschaft der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Die PSK-T wurde mit dem Ziel gegründet, die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte der Kurden in der Türkei zu fördern und zu verteidigen, und setzte sich für die Anerkennung der kurdischen Identität und Autonomie ein.

Die Gründung der PSK-T spiegelte die wachsende politische Mobilisierung und Bewusstseinsbildung unter den Kurden wider und war Teil einer breiteren Bewegung für soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe. Die Partei verfolgte eine sozialistische Ideologie und strebte eine gerechtere Verteilung von Ressourcen und Chancen in der Gesellschaft an, während sie gleichzeitig die Rechte und Freiheiten der kurdischen Bevölkerung verteidigte.

Die Gründung war ein wichtiger Schritt im Kampf der Kurden für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung in der Türkei. Trotz der Herausforderungen und Hindernisse, mit denen sie konfrontiert war, trug die Partei dazu bei, das Bewusstsein für die Anliegen und Bedürfnisse der kurdischen Gemeinschaft zu schärfen und den Weg für weitere politische Aktivitäten und Organisationen zu ebnen.

März 1974: Im März verkündet Bagdad ein "Gesetz über die kurdische Autonomie", was aber weit weniger Rechte für Kurden vorsieht als 1970. Der Krieg spitzt sich zu. Es kommt zu heftigen Kämpfen, bei denen irakische Artillerie zur Verstärkung der kurdischen Fronten angreift. Hunderttausende von Dorfbewohnern fliehen in iranische Flüchtlingslager. Das "Gesetz über die kurdische Autonomie", das im März 1974 von Bagdad verkündet wurde, war ein bedeutendes Ereignis in der politischen Landschaft des Iraks und für die kurdische Bevölkerung in der Region. Das Gesetz markierte einen wichtigen Schritt in Richtung Anerkennung und Gewährung von Autonomie für die Kurden im Irak.

Durch dieses Gesetz wurden den Kurden in gewissem Umfang Selbstverwaltungsrechte eingeräumt, darunter die Einrichtung von regionalen Regierungsbehörden und die Kontrolle über bestimmte Bereiche wie Bildung, Kultur und Wirtschaft in ihren Gebieten. Es sollte dazu dienen, die Spannungen zwischen der zentralen Regierung in Bagdad und den kurdischen Rebellen zu verringern und den Weg für eine friedliche Koexistenz zu ebnen.

Obwohl das Gesetz über die kurdische Autonomie ein wichtiger Schritt hin zur Anerkennung der Rechte der kurdischen Bevölkerung war, blieben viele Kurden skeptisch gegenüber den Absichten der irakischen Regierung und forderten weitere Garantien für ihre Sicherheit und Autonomie. Trotz der Verabschiedung dieses Gesetzes setzten die Spannungen zwischen der Regierung und den kurdischen Rebellen fort, was später zu weiteren Konflikten und Unruhen im Irak führen sollte.

30.04.1974: Hinrichtung der 19-jährigen Leyla Kassim und vier weiterer Studenten nach schweren Folterungen wegen "Begünstigung und Gutheißung der separatistischen Bestrebungen" in Süd-Kurdistan (Irak). Leyla Qasim war eine kurdische Studentin und Aktivistin, die sich für die Rechte der kurdischen Bevölkerung und die Autonomie der kurdischen Regionen im Irak einsetzte. Ihr Fall erregte internationale Aufmerksamkeit und löste Empörung aus, da ihre Hinrichtung als politisch motiviert angesehen wurde. Leyla Qasim und ihre Mitstreiter wurden wegen ihrer Beteiligung an anti-regierungskritischen Aktivitäten angeklagt und zum Tode verurteilt.

Die Hinrichtung von Leyla Qasim und den anderen Studenten führte zu Protesten im Irak und zu internationaler Kritik an der Regierung. Ihr Fall wurde zu einem Symbol für den Kampf der Kurden und anderer unterdrückter Minderheiten im Irak um Freiheit und Menschenrechte.

1975: Zwischen den kurdischen Städten Amouda und Derik Südwest-Kurdistan (Nord-Syrien) werden in der

Provinz Djazira 40 neue Dörfer gebaut. 7.000 arabische Bauernfamilien werden dort angesiedelt und bewaffnet. Seit 1968 haben mehr als 30.000 Kurden die Provinz verlassen und im Libanon oder im Landesinneren von Syrien versucht, eine neue Existenz aufzubauen.

05.03.1975: Algier-Abkommen zwischen Iran und Irak, die u.a. die Einstellung iranischer Waffenhilfe an die Südkurden (Irak) beinhaltet. Daraufhin beginnt Bagdad eine mörderische Offensive am 8. März.

Am 5. März 1975 wurde das Algier-Abkommen unterzeichnet. Dieses Abkommen war ein wichtiger Meilenstein in den Beziehungen zwischen dem Iran und dem Irak. Es legte die Grenze zwischen beiden Ländern im Schatt al-Arab fest und beendete damit einen langwierigen Grenzkonflikt. Das Abkommen wurde in Algier, der Hauptstadt Algeriens, unterzeichnet und trug dazu bei, die Spannungen zwischen den beiden Ländern zu verringern. Nach der Unterzeichnung des Algier-Abkommens begann Bagdad am 8. März 1975 eine mörderische Offensive gegen die kurdische Bevölkerung im Nordirak. Diese Offensive wurde von der irakischen Armee durchgeführt und richtete sich gegen die kurdischen Rebellen, die zuvor gegen die Zentralregierung gekämpft hatten. Die Offensive führte zu schweren Menschenrechtsverletzungen und zur Vertreibung vieler Kurden aus ihren Heimatdörfern.

01.06.1975: Am 1. Juni wird in Berlin-Dahlem die Patriotische Union Kurdistans, PUK gegründet. Führer der PUK ist seitdem Jelal Talabani. Die Patriotische Union Kurdistans (PUK) ist eine politische Partei, die in der

Autonomen Region Kurdistan im Irak aktiv ist. Sie wurde am 1. Juni 1975 gegründet, und ihr Ziel ist es, die Interessen der Kurden im Irak zu vertreten. Die PUK spielte eine bedeutende Rolle im Kampf gegen das Baath-Regime von Saddam Hussein und war später an der Gründung der Autonomen Region Kurdistan beteiligt. Die Partei hat sich seit ihrer Gründung weiterentwickelt und ist heute eine wichtige politische Kraft in der Region.

Entlang der iranischen und türkischen Grenze wird ein zehn bis zwanzig Kilometer breiter Streifen von den irakischen Behörden menschenleer gemacht. Ganze Dörfer werden evakuiert. Die südkurdische Bevölkerung wird in strategischen Dörfern oder Lagern angesiedelt. In den 1970er Jahren führte die irakische Regierung unter Saddam Hussein eine Politik der "Arabisierung" durch, bei der sie bestimmte Gebiete entlang der iranischen und türkischen Grenze von kurdischen Bewohnern "gesäubert" hat. Dies geschah im Zuge des Konflikts mit der kurdischen Bevölkerung und ihrer Forderungen nach Autonomie oder Unabhängigkeit. Tausende von Kurden wurden zwangsweise aus ihren Häusern vertrieben, um Platz für arabische Siedler zu machen, und ganze Dörfer wurden zerstört. Diese Politik führte zu schweren Menschenrechtsverletzungen und wird als Teil der Unterdrückung der kurdischen Identität und Kultur im Irak betrachtet.

Junge Kurden, unterstützt von städtischer Intelligenz, organisieren in den Bergen den bewaffneten Widerstand gegen die Deportationen. Angesichts der brutalen Kampagnen zur Arabisierung und Deportation von Kurden organisierten sich junge Kurden in den Bergen,

um bewaffneten Widerstand zu leisten. Sie wurden von der städtischen Intelligenz und anderen Unterstützern aus der kurdischen Gemeinschaft unterstützt. Diese Widerstandsbewegungen versuchten, die Vertreibung ihrer Gemeinschaft zu stoppen und für die Rechte und Autonomie der Kurden einzutreten. Obwohl sie oft mit erheblichen Schwierigkeiten und Gewalt seitens der Regierung konfrontiert waren, setzten sie ihren Kampf fort, um die Identität und das Überleben ihrer Gemeinschaft zu verteidigen.

1976 wurde der Beschluss gefasst, die politische Arbeit in Kurdistan aufzunehmen. Die Kader verteilten sich auf die Regionen Elâzığ, Dersim, Antep, Pazarcik, Urfa und Serhat. Im Jahr 1976 wurde der Beschluss gefasst, die politische Arbeit in Kurdistan aufzunehmen. Dies markierte einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der kurdischen politischen Bewegung und ebnete den Weg für eine aktive politische Präsenz der Kurden in der Region.

Am 18.05.1977 wurde Hakki Karer Mitglied der Apocular in Antep durch Angehörige der Partei (Stêrka Sor) erschossen.

1977: Gründung der KUK, Partisanen der Nationalen Befreiung Kurdistans und Gründung der Partei "Rizgarî" (Befreiung) in Nordwest-Kurdistan (Türkei). Die Gründung der KUK (Koma Ciwakan Kurdistan Partisanen der Nationalen Befreiung Kurdistans) sowie der Partei "Rizgarî" im Jahr 1977 markierte einen weiteren Schritt in den Bemühungen der kurdischen Bevölkerung, sich gegen Unterdrückung und für ihre Rechte einzusetzen. Diese Organisationen strebten danach, die

nationale Befreiungsbewegung zu stärken und die kurdische Identität zu fördern, während sie gleichzeitig für politische Autonomie und soziale Gerechtigkeit eintraten. Sie spielten eine wichtige Rolle im Kampf der Kurden für ihre Rechte und Freiheiten in der Region.

1978: Der alte Mullah Mustafa Barzani zieht sich, schwer an Krebs erkrankt, in die USA ins Exil zurück. Er stirbt dort 1979. Seine Nachfolge treten seine Söhne Idris und Masud Barzani an. Nach dem Tod von Idris Barzani 1987 führt Masud Barzani die KDP-Irak allein. 1978 markierte das Jahr, in dem der angesehene Mullah Mustafa Barzani, der lange Zeit eine zentrale Figur in der kurdischen Befreiungsbewegung war, sich aufgrund schwerer Krebserkrankung ins Exil in die USA zurückzog. Sein Rückzug hinterließ eine Lücke in der Führung der kurdischen Bewegung und markierte das Ende einer Ära für viele Kurden, die ihn als Symbol des Widerstands betrachteten.

27.11.1978: Am 27.11.1978 wird die Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK (Partîya Karkêren Kurdîstan) im Dorf Fis bei Landkreis Lice in Diyarbakir bekanntgegeben. Vor der Gründung war die Partei als "Apocular" bekannt, die von 1974 bis 1978 ideologisch, politisch und soziologische Untersuchungen zu der kurdischen Gesellschaft durchführten. Gründer, Vorsitzender, Stratege und Ideologe der PKK ist seit der Gründung Abdullah Öcalan.

21.03.1982: Mazlum Dogan, Mitbegründer und Mitglied des ZK der PKK verbrennt sich aus Protest gegen die physischen und psychischen Foltern gegen die

Gefangenen im Gefängnis von Diyarbakir, nachdem er am 1.10. 1979 gefangen genommen wurde. Die Selbstverbrennungen von kurdischen Aktivisten ab 1982 waren eine Form des Protestes gegen die Unterdrückung und Verfolgung der kurdischen Bevölkerung in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens, insbesondere in der Türkei. Die genauen Umstände und Einzelheiten jeder Selbstverbrennung können je nach Fall variieren. Einige dieser Selbstverbrennungen wurden öffentlich bekannt und lösten in der kurdischen Gemeinschaft und der internationalen Öffentlichkeit Empörung und Aufmerksamkeit aus.

21. März 1985: Gründung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, ERNK (Eniya Rizgarîya Netewa Kurdistan). Sie ist die ausschließlich politisch arbeitende Frontorganisation der PKK. Ihr gehören heute eine Vielzahl gesellschaftlicher Vereine an, Jugend –und Frauengruppen, auch verschiedene religiöse Interessengruppen der Islamisten, Alewiten, Yeziden, Assyrier sowie Journalisten –und Juristenverbände und Künstler –und Intellektuellengruppen und der kurdische Unternehmerverband. Die Gründung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ENKS) am 21. März 1985 war ein bedeutendes Ereignis in der kurdischen Politik. Die ENKS wurde als politische Organisation gegründet, um die Interessen der kurdischen Bevölkerung zu vertreten und für ihre Rechte zu kämpfen. Sie spielte eine wichtige Rolle im kurdischen Befreiungskampf und in den politischen Entwicklungen in der Region Kurdistan.

1978: Massaker in Maras an Kurden alevitischer Glaubensbekenntnis durch türkische Faschisten (Graue

Wölfe), die vom türkischen Geheimdienst unterstützt wurden. 111 Menschen wurden bestialisch getötet. Wenige Tage später wurde der Ausnahmezustand in acht kurdische Provinzen verhängt. Das Massaker in Maras im Jahr 1978 war ein tragisches Ereignis, bei dem zahlreiche Kurden alevitischen Glaubensbekenntnisses durch türkische Faschisten getötet wurden. Dieses Massaker war Teil der Spannungen und Gewalttätigkeiten, die zu dieser Zeit in der Türkei herrschten, insbesondere zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen. Das Massaker führte zu einem großen Verlust an Menschenleben und löste weit verbreitete Trauer und Empörung aus, sowohl innerhalb der kurdischen Gemeinschaft als auch international.

Februar 1979: Der Schah von Persien wurde gestürzt. Ajatollah Khomeini übernimmt die Macht. Wie viele andere Oppositionsgruppen des Landes hatten die Kurden gehofft, unter der neuen Regierung der Mullahs mehr Autonomie zu erlangen; wie bei den meisten wurden ihre Erwartungen enttäuscht. Bis zur Machtübernahme der Mullahs hatten die Kurden sie unterstützt. Khomeini selbst hatte den ihm zur Seite stehenden Volksgruppen mehr Rechte zugesagt.

Der Sturz des Schahs von Persien im Februar 1979 hatte verschiedene Konsequenzen für die Kurden. Einerseits führte der Zusammenbruch der Herrschaft des Schahs zu einem Machtvakuum im Iran, das verschiedene ethnische und religiöse Gruppen, einschließlich der Kurden, dazu ermutigte, ihre eigenen politischen Forderungen zu erheben. Andererseits führte die Revolution im Iran zur Machtergreifung der Islamischen Republik, die eine

islamistische Ideologie vertrat und eine restriktive Politik gegenüber nicht-persischen ethnischen Gruppen, einschließlich der Kurden, verfolgte.

Die kurdischen Gruppen im Iran sahen sich sowohl neuen Möglichkeiten als auch neuen Herausforderungen gegenüber. Einerseits ermutigten das politische Chaos und die Instabilität im Iran die kurdischen Aktivisten, für ihre Rechte und Autonomie zu kämpfen. Andererseits standen sie ein fanatisch Islamischen Republik gegenüber, die sich entschieden gegen separatistische Bestrebungen und ethnische Minderheiten wandte. In den folgenden Jahren kam es zu einer Eskalation der Spannungen zwischen den kurdischen Gruppen und dem iranischen Regime, was zu verschiedenen Formen des Widerstands und zu Konflikten führte.

Im Jahr 1979 war der Konflikt zwischen der Islamischen Republik Iran und den Kurden in Iran bereits in vollem Gange. Die Islamische Republik führte eine Politik der Unterdrückung und Assimilation gegenüber den Kurden, was zu verschiedenen Formen des Widerstands seitens der kurdischen Bevölkerung führte.



Hinrichtung kurdische Aktivisten in Stadt Saqez(Iran 1979)

Die kurdischen Gruppen wie die Kurdische Partei-Iran (Komala) und die Demokratische Partei Kurdistans-Iran (KDPI) setzten sich aktiv für die Rechte der Kurden ein und kämpften gegen die Diskriminierung und Unterdrückung durch die Regierung. Dies führte zu bewaffneten Konflikten zwischen den kurdischen Rebellen und den iranischen Streitkräften. Während dieser Zeit wurden zahlreiche kurdische Aktivisten und Führer verhaftet, gefoltert und getötet. Es gab auch Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Massaker an kurdischen Zivilisten seitens der iranischen Regierungstruppen.

Der Konflikt zwischen der Islamischen Republik Iran und den Kurden war geprägt von einer anhaltenden Spirale der Gewalt und Unterdrückung, die bis heute anhält. Trotz der Herausforderungen haben die Kurden in Iran weiterhin für ihre Rechte gekämpft und sich für Gleichberechtigung und Autonomie eingesetzt. Einige sehen den Iran als potenzielle Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit in der Region und darüber hinaus.

23.09.1980: Beginn des ersten Golfkrieges zwischen Irak und Iran (23.09.1980 bis 18.07.1988), der vor allem auf dem Gebiet der Kurden tobt. Im Jahre 1987 durch die Unterstützung der kurdischen Guerillatruppen erringt das iranische Militär an der Nordfront einen Sieg über die irakischen Truppen. Bagdad revanchiert sich mit Giftgasangriffen auf das Hauptquartier der PUK und weitere Dörfer in Süd-Kurdistan. Das Massaker von Halabja im Jahr 1988 war ein entsetzliches Ereignis, bei dem Tausende unschuldige Menschen durch den Einsatz von chemischen Waffen getötet wurden. Die irakische Regierung unter Saddam Hussein setzte Giftgas ein, um

die kurdische Bevölkerung in der Stadt Halabja im Nordirak zu terrorisieren und niederzuschlagen. Schätzungen zufolge starben mehr als 5.000 Menschen, darunter Frauen, Kinder und ältere Menschen, und Tausende weitere wurden schwer verletzt.

Die Katastrophe von Halabja ereignete sich am 16. März 1988 während des Iran-Irak-Krieges, als das irakische Regime unter Saddam Hussein chemische Waffen gegen die kurdische Stadt Halabja einsetzte.

Die irakischen Truppen verwendeten eine Kombination von chemischen Kampfstoffen, darunter Senfgas und Nervengase wie Sarin und VX, um die Stadt anzugreifen. Dies führte zu einer schnellen und katastrophalen Massenvernichtung von Menschenleben und verursachte eine der schlimmsten chemischen Waffenangriffe der Geschichte.

Die Katastrophe von Halabja gilt als einer der dunkelsten Momente des Irak-Konflikts und als Beispiel für die Grausamkeit des irakischen Regimes unter Saddam Hussein gegenüber der kurdischen Bevölkerung. Sie führte zu internationaler Empörung und verstärkte den Druck auf die internationale Gemeinschaft, Maßnahmen gegen den Einsatz von chemischen Waffen zu ergreifen und das irakische Regime zur Rechenschaft zu ziehen.

Der erste Golfkrieg begann am 23. September 1980, als der Irak unter der Führung von Saddam Hussein in den Iran einmarschierte. Dieser Konflikt dauerte fast acht Jahre bis zum 20. August 1988 und war einer der längsten

und verheerendsten Kriege des 20. Jahrhunderts im Nahen Osten.

Die Ursachen des Krieges waren vielfältig und umfassten territoriale Ansprüche, religiöse Unterschiede, geopolitische Ambitionen und historische Spannungen zwischen den beiden Ländern. Der Krieg brachte massive Zerstörung, hohe Verluste an Menschenleben und ökonomische Beeinträchtigungen für beide Seiten mit sich. Während des Krieges wurden verschiedene Kriegstaktiken eingesetzt, darunter Angriffe mit konventionellen Waffen, chemische Waffen und Raketenangriffe auf Städte. Der Krieg endete mit einem Waffenstillstand, der von den Vereinten Nationen vermittelt wurde, und es gab keine klaren territorialen Gewinner.

Der erste Golfkrieg hatte weitreichende Auswirkungen auf die Region, darunter politische Instabilität, wirtschaftliche Schwierigkeiten und soziale Unruhen. Er hinterließ auch tiefe Wunden in der Bevölkerung beider Länder und prägte die geopolitische Landschaft des Nahen Ostens nachhaltig.

1980: Am 12 September 1980 putscht das Militär unter General Kenan Evren zum dritten Mal in der Türkei. Der Putsch wurde unterstützt von der NATO und der USA, die mit dem Sturz des Schahs von Persien einen Bündnispartner verloren hatte. Die NATO stationierte schnelle Eingreiftruppen im Herzen Kurdistans, in Van und Batman. Dieser Putsch stürzte die demokratisch gewählte Regierung und führte zur Einführung des Militärregimes in der Türkei. Der Putsch war eine

Reaktion auf politische Instabilität, soziale Unruhen und wirtschaftliche Probleme im Land. Die Militärregierung herrschte bis 1983, als sie schließlich demokratische Wahlen zuließ und die politische Macht wieder an zivile Behörden übergab. Der Putsch hatte weitreichende Auswirkungen auf die türkische Politik und Gesellschaft und prägte die politische Landschaft des Landes für viele Jahre.

1983: KP-Iran auch "Komala", (das kurdische Wort für Zusammenschluss) wird gegründet. Einzelne Gruppen kämpften seit Ende der 70er Jahre auch bewaffnet gegen die Zentralregierung in Teheran. Die Komala hat auch Frauen bei ihren Peschmerga-Einheiten. Mitte der 80er Jahre bewaffnete Auseinandersetzungen -wegen ideologische Differenzen –mit der KDP-Iran.

Komala ist eine politische Organisation, die sich für die Rechte und Autonomie der kurdischen Bevölkerung im Iran einsetzt. Sie entstand vor dem Hintergrund der Unterdrückung und Diskriminierung kurdischer Gemeinschaften im Iran und verfolgt das Ziel, die politische, kulturelle und soziale Identität der Kurden im Iran zu stärken. Komala war und ist in verschiedenen Phasen in politische Aktivitäten und bewaffnete Aktionen involviert gewesen, um ihre Ziele zu erreichen. Sie hat sich für eine gerechtere Behandlung der kurdischen Bevölkerung im Iran und für die Anerkennung ihrer kulturellen und sprachlichen Rechte eingesetzt.

Die Organisation hat im Laufe ihrer Geschichte verschiedene politische Entwicklungen und Konflikte im Iran erlebt und war Teil des kurdischen Widerstands gegen

die zentralisierte Regierung in Teheran. Wie andere kurdische Organisationen im Iran war auch Komala Repressionen und Verfolgungen durch die iranischen Behörden ausgesetzt.

15. August 1984: Durch den Angriff und Besetzung der Kreisstädte Eruh und Semdinli wurde der Beginn des bewaffneten Kampfes der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK gegen das türkische Regime bekanntgegeben. Dies markierte den Beginn eines langwierigen Konflikts zwischen der PKK und der türkischen Regierung, der bis heute anhält. Die PKK kämpft für die Autonomie der Kurden in der Türkei und ist für zahlreiche Angriffe auf staatliche Einrichtungen und Sicherheitskräfte verantwortlich. Der Konflikt hat zu erheblichem Leid und Verlusten auf beiden Seiten geführt und ist ein zentrales Thema in der türkischen Politik und Gesellschaft.

April 1985: Die türkische Regierung führt das Dorfschützersystem ein. Dorfschützer sind bewaffnete Milizen aus feudal-reaktionären kurdischen Stämmen, die für Geld die Dörfer und Gendarmeriestationen überwachen um sie vor der Guerillaeinheiten zu schützen. Dabei handelte es sich um ein Programm, bei dem bewaffnete Dorfbewohner, oft aus nicht-kurdischen ethnischen Gruppen, von der Regierung rekrutiert wurden, um die PKK und andere separatistische Gruppen in den kurdischen Gebieten zu bekämpfen. Die Dorfschützer erhielten Waffen und Unterstützung von der Regierung und wurden eingesetzt, um die Sicherheit in den ländlichen Gebieten zu gewährleisten und den Einfluss der PKK einzudämmen. Das Dorfschützersystem war jedoch umstritten und wurde von Menschenrechtsorganisationen

kritisiert, da es zu Menschenrechtsverletzungen und Spannungen innerhalb der kurdischen Gemeinschaft führte.

1999: Die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS), auch bekannt als ISIS ist eine extremistische islamistische Organisation, die im Jahr 1999 gegründet wurde. Der IS hat eine radikale Interpretation des Islam, die von vielen muslimischen Gelehrten und Gemeinschaften als verfälscht und gewalttätig betrachtet wird. Der IS ist bekannt für seine brutale Vorgehensweise, darunter Enthauptungen, Massenerschießungen, Entführungen und Bombenanschläge. Die Gruppe hat große Teile des Irak und Syriens erobert und dort ein "Kalifat" ausgerufen, das sie nach strengen islamischen Gesetzen regiert.

Die Aktivitäten des IS haben zu massiven Menschenrechtsverletzungen geführt, darunter die Verfolgung religiöser Minderheiten, die Versklavung von Frauen und Mädchen, die Zerstörung historischer Stätten und kulturellen Erbes, sowie zahlreiche Anschläge im Ausland.

Die Organisation finanziert sich hauptsächlich durch den Verkauf von Öl, Erpressung, Lösegeldforderungen, illegalen Handel mit Antiquitäten und Spenden von Unterstützern aus verschiedenen Teilen der Welt. Der IS stellt eine erhebliche Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit der betroffenen Regionen sowie für die internationale Sicherheit dar. Zahlreiche Länder und internationale Organisationen haben Maßnahmen ergriffen, um den IS zu bekämpfen und seine Expansion einzudämmen.

Die kurdischen Kräfte haben eine bedeutende Rolle im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) gespielt. Sowohl im Irak als auch in Syrien haben kurdische Milizen und Streitkräfte mutig gegen die IS-Kämpfer gekämpft und dabei oft erhebliche Opfer erlitten. Hier sind einige wichtige Punkte über den kurdischen Kampf gegen den IS:

Peshmerga²⁷ im Irak: Die Peshmerga sind die Streitkräfte der kurdischen Regionalregierung im Irak. Sie haben eine entscheidende Rolle bei der Verteidigung kurdischer Gebiete im Nordirak gespielt und waren an verschiedenen Fronten aktiv, um den Vormarsch des IS zu stoppen. Die Peshmerga haben auch an Offensiven teilgenommen, um vom IS besetzte Gebiete zurückzuerobern.

YPG/YPJ in Syrien: Die Volksverteidigungseinheiten (YPG) und die Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) sind kurdische Milizen in Syrien, die eng mit der Demokratischen Föderation Nordsyrien (Rojava) verbunden sind. Sie waren an vorderster Front im Kampf gegen den IS in Syrien tätig und haben dabei Gebiete wie Kobanê, Manbij und Raqqa befreit.

Internationale Unterstützung: Die kurdischen Kräfte erhielten Unterstützung von der internationalen Koalition gegen den IS, die Luftangriffe zur Unterstützung ihrer Offensiven durchführte. Darüber hinaus wurden die

²⁷ Als Peshmerga bezeichnen sich auch die bewaffneten Einheiten der politischen Parteien [Komalah](#) und [PDK-I](#) im Iran, ebenso wie die Einheiten mehrerer kurdischer Parteien andere teile der Kurdistan.

kurdischen Streitkräfte durch Ausbildung, Ausrüstung und logistische Unterstützung gestärkt.

Opfer und Herausforderungen: Der kurdische Kampf gegen den IS war mit erheblichen Opfern verbunden, darunter Tausende von gefallenen Kämpfern und zivilen Opfern. Die kurdischen Kräfte sahen sich auch mit Herausforderungen wie begrenzten Ressourcen, unzureichender Ausrüstung und politischen Spannungen konfrontiert. Insgesamt haben die kurdischen Kräfte eine entscheidende Rolle dabei gespielt, den Vormarsch des IS einzudämmen und die Befreiung von Gebieten unter ihrer Kontrolle zu ermöglichen. Ihr Einsatz und ihre Opferbereitschaft haben wesentlich zur Eindämmung der Bedrohung durch den IS in der Region beigetragen.

Seit dem Sieg über den IS in Syrien kommen immer mehr Details über die Verbindungen zwischen der Türkei und dem IS ans Tageslicht. Die US-Publikation Washington Examiner zitierte wie andere Medien auch aus einem mehrstündigen Interview, in dem ein hochrangiger IS-Kämpfer Einzelheiten über die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem IS sprach.

Seit der Niederlage des IS in Syrien werden immer mehr Informationen über die Beziehung zwischen der Türkei und dem IS bekannt. Die US-Zeitschrift Washington Examiner hat, wie andere Medien auch, aus einem langen Interview mit einem hochrangigen IS-Kämpfer zitiert. In diesem Interview wurden Details über die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem IS enthüllt. Sein Bericht ist äußerst detailliert und betont die Geschäftsfähigkeiten des IS sowie die bedeutende Rolle

der Türkei dabei. Laut seinen Aussagen wurden enorme Geldsummen in die Türkei transferiert, um Waffen zu beschaffen, aber vor allem um medizinische Geräte zu erwerben.

Der marokkanische Elektroingenieur Abu Mansour al-Maghrebi kam laut seinen Berichten im Jahr 2013 zum IS nach Syrien. Dort war er zunächst für die ausländischen Kämpfer an der Grenze verantwortlich, stieg dann zum IS-Emir auf und fungierte drei Jahre lang praktisch als Botschafter für den IS. Er reiste von Casablanca nach Istanbul und über die Südgrenze der Türkei nach Syrien ein. Seine erste Station war Idlib im Nordwesten Syriens. "Meine Aufgabe war es, Agenten zu beauftragen, um die ausländischen Kämpfer in der Türkei zu empfangen", erklärt Abu Mansour al-Maghrebi, der laut seinen Erzählungen zur Führungsebene des IS gehörte. Er berichtet von einem Netzwerk, das die ausländischen Kämpfer von Istanbul zu den türkischen Grenzstädten zu Syrien wie Gaziantep, Antakya und Sanliurfa brachte. Obwohl für viele IS-Anhänger, die in der Türkei tätig sind, Geld im Vordergrund steht, so Mansour weiter, gibt es auch Einzelpersonen und Gruppen, die dem IS ihre "Bay'a" (Treueeid) geschworen haben.

2000–2002: Eine neue politische Phase

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befanden sich die Kurden in einer neuen historischen Situation. Im Irak besaßen sie seit den 1990er-Jahren eine weitgehende Selbstverwaltung. Gleichzeitig blieben die kurdischen Gebiete in **Türkei, Iran und Syrien** unter der Kontrolle ihrer jeweiligen Zentralstaaten.

In der Türkei setzte sich der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der **PKK** fort. Im Irak arbeiteten die beiden großen kurdischen Parteien, **KDP und PUK**, zunehmend zusammen und bereiteten sich auf die erwarteten Veränderungen im Irak vor.

2003: Sturz Saddam Husseins

Der von den USA geführte Einmarsch in den Irak im März 2003 veränderte die politische Situation der Kurden grundlegend.

Die kurdischen Parteien **KDP und PUK** unterstützten die Koalition gegen Saddam Hussein. Die Peschmerga beteiligten sich an den militärischen Operationen. Nach dem Sturz des Baath-Regimes konnten die Kurden ihre politische und wirtschaftliche Position erheblich ausbauen.

Bedeutung:

Der Irak wurde damit zum wichtigsten Beispiel für eine institutionalisierte kurdische Selbstverwaltung im Nahen Osten.

2004: Qamischli-Aufstand in Syrien

Im März 2004 kam es in **Qamischli** im Nordosten Syriens zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Sicherheitskräften des syrischen Baath-Regimes.

Die Ereignisse wurden zu einem wichtigen Wendepunkt für die politische Mobilisierung der syrischen Kurden.

2005: Föderaler Irak

2005 war eines der wichtigsten Jahre der modernen kurdischen Geschichte.

Die neue irakische Verfassung wurde im Oktober 2005 durch ein Referendum angenommen. Sie erkannte die **Region Kurdistan als föderale Region des Irak** an. Außerdem erhielten die Kurden eine starke institutionelle Stellung innerhalb des neuen irakischen Staates.

Dschalal Talabani wurde Präsident des Irak, während **Massoud Barzani** Präsident der Region Kurdistan wurde.

Damit entstand erstmals in der modernen Geschichte eine **verfassungsrechtlich anerkannte kurdische Autonomieregion**.

2007–2010: Kirkuk und die umstrittenen Gebiete

Eine der größten ungelösten Fragen blieb der Status von **Kirkuk** und anderer umstrittener Gebiete.

Artikel 140 der irakischen Verfassung sah Normalisierung, Volkszählung und anschließend ein Referendum vor. Die vorgesehene Frist bis Ende 2007 wurde jedoch nicht eingehalten. Auch Jahrzehnte später blieb die Frage ungelöst.

2011: Beginn des syrischen Bürgerkriegs

Der syrische Aufstand gegen das Regime von Baschar al-Assad entwickelte sich ab 2011 zu einem Bürgerkrieg.

Für die Kurden eröffnete der Zusammenbruch staatlicher Kontrolle in Teilen Nordsyriens eine völlig neue politische Möglichkeit.

2012: Entstehung der kurdischen Selbstverwaltung in Nordostsyrien

2012 übernahmen kurdische Kräfte in mehreren Gebieten Nordsyriens die Kontrolle. Daraus entwickelte sich später die **Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien**, häufig als **Rojava** bezeichnet.

Die kurdischen **YPG** wurden zu einer der wichtigsten militärischen Kräfte in diesem Gebiet.

2014–2017: IS und der Kampf um Kobane

Der Aufstieg des sogenannten **Islamischen Staates (IS)** stellte die Kurden vor eine existenzielle Bedrohung.

Besonders bekannt wurde die **Schlacht um Kobane** 2014/15. Die kurdischen YPG/YPJ verteidigten die Stadt gegen den IS und erhielten dabei Unterstützung durch die internationale Anti-IS-Koalition.

Auch im Irak spielten die Peschmerga eine wichtige Rolle im Kampf gegen den IS.

2017: Unabhängigkeitsreferendum im Irak

Am **25. September 2017** fand in der Region Kurdistan und in einigen umstrittenen Gebieten ein Referendum über die Unabhängigkeit statt.

Nach Angaben der kurdischen Regionalregierung stimmten mehr als **92 %** der Teilnehmer für die Unabhängigkeit.

Das Referendum führte jedoch **nicht zur Gründung eines unabhängigen Kurdistan.**

Am 16. Oktober 2017 übernahmen irakische Sicherheitskräfte und verbündete Milizen die Kontrolle über Kirkuk und mehrere umstrittene Gebiete. Die kurdische Führung setzte das Ergebnis des Referendums anschließend aus und nahm Verhandlungen mit Bagdad auf.

2018–2019: Neue regionale Spannungen

Die Niederlage des IS veränderte die politische Lage in Syrien und im Irak.

In Syrien rückte gleichzeitig die Auseinandersetzung zwischen der Türkei und den kurdisch dominierten Kräften in Nordostsyrien stärker in den Mittelpunkt.

2019 begann die Türkei eine weitere große Militäroperation in Nordostsyrien. Dadurch gerieten die kurdischen Gebiete erneut unter erheblichen politischen und militärischen Druck.

2020–2022: Kurdische Politik zwischen Autonomie und regionalem Druck

In den 2020er-Jahren blieb die politische Situation der Kurden sehr unterschiedlich:

- **Irak:** verfassungsrechtlich anerkannte autonome Region Kurdistan
- **Syrien:** de-facto-Selbstverwaltung in Teilen des Nordostens, aber ohne international anerkannte staatliche Eigenständigkeit
- **Türkei:** starke politische Mobilisierung der Kurden, gleichzeitig Konflikt zwischen Staat und PKK
- **Iran:** anhaltende politische und gesellschaftliche Spannungen sowie Aktivitäten kurdischer Oppositionsgruppen

Im Iran wurden kurdische Gebiete zudem immer wieder von staatlichen Sicherheitskräften und iranischen Streitkräften betroffen. Auch kurdische Oppositionsgruppen mit Stützpunkten in der irakischen Kurdistan-Region gerieten unter iranischen militärischen Druck.

2023–2024: Politische Unsicherheit

Die Kurden standen weiterhin zwischen zwei unterschiedlichen Entwicklungen:

Einerseits verfügten sie insbesondere im Irak über politische Institutionen, Parteien, ein Parlament, Sicherheitskräfte und eine eigene Verwaltung.

Andererseits blieb die Frage der **staatlichen Souveränität** ungelöst.

Die irakische Kurdistan-Region blieb Teil des föderalen Irak. Die Streitfragen mit Bagdad über Öl, Haushalt, Grenzen und die umstrittenen Gebiete bestanden weiter.

2025: Neue Entwicklung im türkisch-kurdischen Konflikt

2025 begann eine neue Phase im jahrzehntelangen Konflikt zwischen der Türkei und der PKK.

Abdullah Öcalan rief im Februar 2025 zur Beendigung des bewaffneten Kampfes auf. Im Mai 2025 kündigte die PKK ihre Auflösung bzw. die Beendigung ihres bewaffneten Kampfes an.

Damit begann ein neuer Versuch, den türkisch-kurdischen Konflikt politisch zu lösen.

2026: Neuer Versuch einer politischen Lösung in der Türkei

2026 ist ein besonders wichtiger aktueller Wendepunkt.

Am **10. August 2026** verabschiedete das türkische Parlament ein Gesetz, das einen rechtlichen Rahmen für die Entwaffnung und Auflösung der PKK sowie für die Reintegration ehemaliger Kämpfer schaffen soll. Das Gesetz wurde mit **468 von 600 Stimmen** angenommen.

Allerdings löst das Gesetz nicht automatisch die grundsätzlichen politischen Fragen der Kurden in der Türkei. Insbesondere Fragen nach **politischen und**

kulturellen Rechten, Sprachrechten, Dezentralisierung und dem Umgang mit Abdullah Öcalan bleiben weiterhin von großer Bedeutung.

Die Entwicklung 2000–2026 in Kurzform

Jahr	Ereignis	Bedeutung
2000–02	Politische Konsolidierung im Irak	KDP und PUK bereiten sich auf Veränderungen vor
2003	Sturz Saddam Husseins	Kurden gewinnen erheblich an politischer Macht
2004	Qamischli-Aufstand	Verstärkung der kurdischen Mobilisierung in Syrien
2005	Neue irakische Verfassung	Kurdistan wird föderalrechtlich anerkannt
2007	Artikel 140	Kirkuk-Frage bleibt ungelöst
2011	Syrischer Bürgerkrieg	Neue politische Möglichkeiten für die syrischen Kurden
2012	Selbstverwaltung Nordostsyrien	in Entstehung von Rojava

Jahr	Ereignis	Bedeutung
2014–15	Kampf gegen IS / Kobane	Internationale Bedeutung der kurdischen Kräfte
2017	Unabhängigkeitsreferendum	Höhepunkt des kurdischen Unabhängigkeitsprojekts im Irak
2017	Verlust von Kirkuk	Rückschlag für die kurdische Regionalregierung
2019	Türkische Offensive in Syrien	Neue Belastung für die kurdische Selbstverwaltung
2020–24	Regionale Spannungen	Kurdische Autonomien bleiben politisch umkämpft
2025	PKK kündigt Ende des bewaffneten Kampfes an	Neuer Friedensversuch in der Türkei
2026	Türkisches Parlament beschließt rechtlichen Rahmen	Neuer Versuch zur Beendigung des PKK-Konflikts

Die Geschichte der Kurden seit dem Jahr 2000 zeigt einen grundlegenden Widerspruch: Einerseits erreichten die Kurden im Irak eine verfassungsrechtlich anerkannte Autonomie und entwickelten in Syrien zeitweise eine weitreichende Selbstverwaltung. Andererseits blieb die kurdische Frage in der Türkei und im Iran ungelöst, während die kurdischen Gebiete weiterhin von den politischen und militärischen Auseinandersetzungen der

regionalen Mächte geprägt wurden. Das Jahr 2017 zeigte mit dem Unabhängigkeitsreferendum im Irak sowohl die Stärke des kurdischen Nationalbewusstseins als auch die Grenzen kurdischer Staatlichkeit. Die Entwicklungen von 2025 und 2026 eröffnen nun erneut die Möglichkeit einer politischen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts. Ob daraus dauerhafte politische Rechte und eine neue regionale Ordnung entstehen, bleibt eine der offenen Fragen der kurdischen Geschichte des 21. Jahrhunderts.

Nachwort

Die kurdische Geschichte, wie sie hier skizziert wurde, ist geprägt von jahrhundertelangen Kämpfen um Autonomie, Anerkennung und Freiheit. Über die Jahrhunderte hinweg haben die Kurden zahlreiche Aufstände und Bewegungen erlebt, um ihre Identität und ihre Rechte zu verteidigen. Von den alten Reichen des Osmanischen und Persischen Reiches bis hin zu den modernen Nationalstaaten wie der Türkei, dem Irak, dem Iran und Syrien haben die Kurden ihre Geschichte geformt und sich den Herausforderungen ihrer Zeit gestellt.

Trotz vieler Rückschläge und Unterdrückung haben die Kurden ihre Kultur, Sprache und Identität bewahrt und sind zu einem Symbol des Widerstands und der Hoffnung für viele Menschen geworden. Ihr Kampf für Selbstbestimmung und Anerkennung ist noch lange nicht vorbei, aber die Geschichte der Kurden ist eine Geschichte des Durchhaltevermögens, der Widerstandsfähigkeit und des Strebens nach Freiheit.

Es ist wichtig, die Geschichte der Kurden zu verstehen und anzuerkennen, um ihre aktuellen Kämpfe, Aktivitäten und Herausforderungen besser zu verstehen. Die internationale Gemeinschaft hat eine Verantwortung, die Rechte und die Würde des kurdischen Volkes zu respektieren und zu unterstützen, damit sie in Frieden und Sicherheit leben können.

Die kurdische Geschichte ist eine Geschichte von Stärke und Überlebenswillen inmitten von Unterdrückung und Konflikten. Über die Jahrhunderte hinweg haben die Kurden nicht nur gegen äußere Feinde gekämpft, sondern auch gegen interne Spaltungen und politische Intrigen²⁸. Trotz dieser Hindernisse haben sie ein reiches kulturelles Erbe bewahrt, das sich in ihrer Sprache, Literatur, Musik und Traditionen widerspiegelt.

Die kurdische Geschichte ist auch eine Geschichte der Resilienz²⁹ und des Widerstands. Im Angesicht von Verfolgung und Diskriminierung haben die Kurden immer wieder den Mut gezeigt, für ihre Rechte einzustehen und für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Durch die Anerkennung ihrer Rechte und die Unterstützung ihrer Bemühungen um Selbstbestimmung können wir dazu beitragen, eine gerechtere und friedlichere Welt für alle zu schaffen.

²⁸ **Politische Intrigen**“ bedeutet hinterhältige oder geheime Machenschaften im politischen Bereich, mit denen jemand versucht, andere zu schwächen, zu täuschen, auszuschalten oder die eigene Macht zu sichern.

²⁹ **Resilienz** bedeutet Widerstandsfähigkeit oder die Fähigkeit, schwierige Situationen, Krisen und Rückschläge zu bewältigen und sich danach wieder zu stabilisieren.



Sie wurden in Saez im August 1979 auf Befehl des Revolutionsrichters Sadegh Khalkhali von einem Erschießungskommando hingerichtet. Die Hinrichtungen erfolgten im Zusammenhang mit der militärischen Niederschlagung des kurdischen Widerstands durch die iranischen Regierungstruppen.

Der Führer der „Islamischen Revolution“ im Iran, Ayatollah Khomeini, war für viele iranische Kurden eine enttäuschte Hoffnung. Eine überwältigende Mehrheit der Kurden hat seit 1978 aktiv an der Revolution zur Beseitigung des Schah-Regimes teilgenommen und viele von ihnen sind zu Opfern geworden. Khomeini hatte den Kurden anfangs mehrfach Autonomie und Demokratie versprochen, sogar noch bevor er von Paris nach Teheran zurückkehrte, wie Abdul-Rahman Ghassemlou nach Gesprächen mit Khomeini versicherte. Monate später jedoch ließ der Führer der „Islamischen Revolution“ massenhaft Kurden hinrichten, die für föderale Autonomie³⁰ und Demokratie im Iran kämpften.

³⁰ Föderale Autonomie bedeutet, dass Teilgebiete eines Staates (wie Bundesländer oder Kantone) das Recht haben, eigene Gesetze zu machen und selbst zu bestimmen. Sie bleiben dabei Teil eines gemeinsamen Gesamtstaates. Wichtige Bereiche sind die eigene Verwaltung, die Gesetzgebung und die Finanzen.

Khomeini beauftragte anfangs Seyyed Sadigh Khalkhali als Chefrichter, auch gegen oppositionelle Kurden vorzugehen. Khalkhali mag später zwar an Einfluss verloren haben, aber innerhalb weniger Monate verurteilte er Tausende Gegner der islamischen Priesterschaft im Iran zum Tode. Hunderte Kurden wurden ebenfalls exekutiert. Diese Welle der Hinrichtungen von kurdischen Demokraten stieß im Westen auf Proteste, einschließlich Wien, wie es in einer Protestbroschüre dargestellt ist. Die Hinrichtungswelle wurde weltweit verurteilt. Obwohl die islamische Führung in Teheran daraufhin Massenexekutionen einstellte, stieg gleichzeitig die Zahl politisch motivierter Morde an Oppositionellen bis Ende der 1980er Jahre auf fast 300 an.

Im Frühling 1980 marschierte die reguläre Armee Irans in alle Regionen Ost-Kurdistans ein und eroberte fast alle kurdischen Städte, die im Jahr 1979 von iranischen Kurdinnen und Kurden befreit worden waren. Am 6. Juni erklärte der Iran, dass die kurdische Frage gelöst sei. Ab diesem Zeitpunkt kündigten die Kurden den Beginn des Guerillakrieges an. Bis Mitte der 1980er Jahre tobte ein erbitterter Krieg zwischen der Komalah und der PDK-Iran einerseits und der iranischen Armee andererseits, bei dem viele Tausende Menschen auf beiden Seiten starben. 1982/83 schloss sich die Komalah mit anderen linken Gruppen zur Kommunistischen Partei Iran (KPI) zusammen.

Die Proteste im Iran heute sind besonders stark in den kurdischen Gebieten, und das Regime geht besonders brutal dagegen vor. Der kurdische Experte Kamran Matin

erklärt, dass sich nun auch andere Iraner mit den Kurden solidarisieren, und zwar aus mehreren Gründen. **Erstens** zeigen die Kurden oft einen starken Widerstand gegen Unterdrückung und kämpfen für ihre Rechte. Dies beeinflusst andere Iraner, die ähnliche Probleme mit dem Regime haben, und ermutigt sie, sich ebenfalls zu erheben.

Zweitens sind die Kurden eine bedeutende Minderheit im Iran, und ihre Kultur und Geschichte sind vielen Iranern bekannt und respektiert. Wenn das Regime gegen die Kurden vorgeht, fühlen sich viele Iraner persönlich betroffen und solidarisieren sich mit ihnen.

Drittens verstehen viele Iraner, dass die Unterdrückung der Kurden ein Symptom für die allgemeine Autoritarität³¹ des Regimes ist. Indem sie sich mit den Kurden solidarisieren, setzen sie sich indirekt für ihre eigenen Freiheiten und Rechte ein. Insgesamt führt die Brutalität des Regimes gegen die Kurden dazu, dass sich immer mehr Iraner mit ihnen solidarisieren und gemeinsam für ein Ende der Unterdrückung kämpfen.

³¹ **Autoritarität** beschreibt eine Haltung oder ein Herrschaftsverhalten, bei dem **Gehorsam und Kontrolle im Vordergrund stehen**. Es bedeutet, dass eine Person oder ein Staat Macht stark von oben ausübt und wenig Raum für Kritik, Mitbestimmung oder individuelle Freiheit lässt.



Die kurdische Bevölkerung im Iran hat eine lange Geschichte der Unterdrückung hinter sich. Doch jetzt steht sie an der Spitze des Aufstands. In den Abendhimmel werden Feuerwerkskörper geschossen, die sich zu roten Lichtern zerstreuen, während vereinzelt Freudenschreie zu hören sind. Das auf Twitter kursierende Video soll aus Saez im kurdischen Gebiet stammen, der Heimatstadt von Jina Mahsa Amini, der Galionsfigur der aktuellen Aufstandsbewegung im Iran, die im September 2022 von iranische Sittenwächter getötet wurde.

Die Demokratische Partei Kurdistan-Iran (DPK-I) kommentiert Mitte Dezember, dass die Menschen feiern, dass der Iran aus der UN-Frauenrechtskommission gestrichen wurde. Hier in Saez vergeht kaum ein Tag, an dem nicht protestiert wird - sei es mit Feierlichkeiten, stillen Gedenkzeremonien, wütenden Märschen oder städteübergreifenden Generalstreiks. Die Protestrufe in den kurdischen Städten tragen eine deutlich regionale Komponente. „Kurdistan, Kurdistan! Gorstani Faşistan!“ Das riefen Teilnehmer eines Protestmarsches wenige Tage nach der Ermordung von Jina Mahsa Amini. Übersetzt

bedeutet dieser Ruf: „Kurdistan, Kurdistan! Der Friedhof der Faschisten!“

Im Dezember führt Koçak in einer Plenarrede im Berliner Abgeordnetenhaus aus, dass der Slogan "**Jen, Jian, Azadi**" aus der kurdischen Frauenbewegung stammt, dessen Flaggen in Deutschland auf Demonstrationen verboten sind. Deshalb sei es seiner Meinung nach "heuchlerisch", wenn Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Innenministerin Nancy Faeser (SPD) den Slogan "**Jen, Jian, Azadi**" verwenden und gleichzeitig zusehen, wie Kurdinnen und Kurden in Deutschland kriminalisiert werden. Der iranische Menschenrechtsaktivist Kaveh Kermanshahi, selbst Kurde aus dem Iran, betont, dass ihm "**Jen, Jian, Azadi**" nicht nur deshalb sehr viel bedeutet, weil es sich um einen kurdischen Slogan³² handelt. Er erklärt: „Wir haben jahrelang damit gearbeitet, mit feministischen Gruppen im Iran und in Kurdistan.“ Es sei immer ihr Wunsch gewesen, dass der Tag kommt, an dem dieser Slogan überall im Iran gerufen wird.

Im Iran herrscht nicht erst seit der Gründung der Islamischen Republik eine systematische Unterdrückung von Minderheiten, darunter auch von Kurdinnen und Kurden. Als Reaktion darauf folgten mehrere Jahrzehnte von Revolten des kurdischen Volkes in Form politischer Mobilisierung.

³² Ein **Slogan** ist ein **kurzer, einprägsamer Spruch**, der eine politische, gesellschaftliche, werbliche oder andere Botschaft ausdrückt.

Die Propaganda der Islamischen Republik hat versucht, die Kurden als Separatisten und als Feind für den Rest des Irans darzustellen. Nach dem großen Krieg gegen die Kurden hat der Staat Sie immer noch als Bürger zweiter Klasse mit weniger Rechten und Möglichkeiten behandelt. So seien die meisten der höchsten und einflussreichsten staatlichen Positionen an Nicht-Kurden aus anderen Städten des Irans vergeben worden. Die kulturelle Unterdrückung des kurdischen Volkes im Iran begann mit der Pahlavi-Dynastie unter den Reza Schahs und Mohammad Reza. Die Unterdrückung eskalierte und wurde während der Islamischen Republik noch brutaler und blutiger. In den letzten 100 Jahren wurden die Kurden von der Gesetzgebung ausgeschlossen. Das Ziel der Proteste in Kurdistan, sei das Ende der systematischen Ungerechtigkeit, die durch eine Demokratie ersetzt werden soll. In dieser Demokratie sollen alle Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Sprache, Religion und politischen Überzeugung vor dem Gesetz gleichgestellt sein und gleichbehandelt werden.

Wer an ein geordnetes und friedliches Leben denkt, dem kommen zunächst zwei Begriffe in den Sinn, die zusammengehören: **Stabilität** und **Ruhe**. Tatsächlich sind Stabilität und Ruhe unerlässlich für ein Leben in Frieden.

Register

- Abbasiden 5, 6
Abdullah Moini 197
Abdul-Rahman Ghassemlou 235
Achaemenidenreichs 88
Achse des Widerstands 49, 57
Ackerbauern 25
Adebahr 55, 56, 57, 58, 59
Ahmed Barzani 161, 162
Ajtollah Ali Chamenei 48
Ali Khamenei 66, 72
Al-Kuds-Brigaden 50, 52, 57
Almut Nebel 30
Anabasis 84
Annalena Baerbock 239
Anthropologie 18, 19, 22, 23, 24
Antike 5, 17, 18, 82
Ariella Oppenheim 30
Asa'ib Ahl al-Haqq 57, 59
Atatürk 7, 8, 9, 139, 148, 149, 151,
152, 156, 160
Ayubiden 6
Baban 41
Babazade 123
Babylonieren 100
Badinan 41
Badr-Organisation 57
Bagdad 57, 155, 158, 159, 167, 174,
175, 184, 188, 200, 201, 206,
208, 215
Baschar al-Assad 58
Bedirxan 125, 129, 130, 133, 134,
135
Besikci 201
Bitlis 116, 127, 135, 136, 137
Bokan 89, 90, 178
Botan 41, 120, 125, 133, 134, 135
Buyaiden 6
Caldiran 119
Cavalli-Sforza 28, 29
Cizre 124, 125, 129, 130, 131
Ctesiphon 5
Cyaxares 81, 87
Deiokes 81, 87, 99
Diakonow 86
die Perser 5, 98, 102, 111
Djuwanroj 175, 176
DNA 21, 26, 27, 30
Donald Trump 75
Dschalal Talabani 225
Dschazira 124
Dualismus 101
Ebrahim Raisi 66
Egbatana 88
Ehmedê Xanî 115
Ephemere 21
Erbil 68
Eruh 219
Fabian Hinz 49, 54, 55
Ferdinand Hennerbichler 18, 19
Feudalisierung 108
Feyerabend 19
Gaugamela 103, 104
Genetik 19, 24, 28, 29
George W. Bush 72
Goethes Faust 21
Goten 89
Gurzum-Aufstand 128, 129
Hafiz al-Assad 58
Hakkari 124, 131, 132, 133, 203
Halabja 215, 216
Hamass 48, 52, 54, 55
Hapag-Lloyd 52
hebräische „Cohen 30
Hengaw 62

Herkunft der Kurden 18, 19, 25
 Herodot 81, 82, 84
 Hijab 63
 Hinrichtungen 61, 62, 74, 77, 236
 Hisbollah 48, 50, 51, 52, 53, 57, 59
 Hubert 19, 25
 Hüleğü 109
 Hüseyin Pasalar Aufstand 129
 Huthi-Miliz 53, 54
 Huthis 52, 53, 54
 Iran Human 61, 62
 islamische 5, 6, 107, 108, 109, 236
 Islamischen Republik 11, 15, 56, 62,
 63, 64, 73, 74, 76, 213, 214, 215,
 239, 240
 Islamisierungsprozeß 108
 Israel 30, 48, 50, 51, 52, 53, 54, 55,
 60, 66, 71, 74, 82
 istiklal 122
 IS-Verbände 69
Iwan Iwanowitsch 85
 Jemen 52, 53, 54, 58
Jen, Jian, Azadi 61, 63, 239
 Jina-Mahsa Amini 62, 64, 67
 Kambyeses 103
 Karduchoi 84
 Kasr-i Sirin 117
 Kassiten 96
 Kermanshah 80, 175
 Khalid ibn al-Walid 107
 Khalkhali 236
Kirkuk 201, 225, 227, 230, 231
Kobane 226, 231
 Kobanê 221
 Koçak 239
 Kocgiri 121
 Komalah 221, 236
 Kurmanj 115
 Kurtie 95
 Kyaxares 99, 100
 Laurence Sternes 21
 Lausanne 8, 34, 43, 47, 120, 121,
 148, 149, 150
 Libanon 48, 50, 51, 52, 58, 82, 208
 Linienstrang 26, 27
 Lolen 89
 longue duree 24
 Luigi Luca Cavalli-Sforza 22, 28
 Lyder 83
 Madai 83
 Mahsa Amini 61, 67, 238
 Manas 90
 Marina Faerman 30
 Marwaniden 6
 Massaker 48, 212, 215
Massoud Barzani 225
Meder 5, 81, 83, 86, 87, 88, 89, 90,
 91, 92, 98, 99, 100, 101, 102
 Mesopotamien 6, 17, 27, 29, 95, 96,
 97, 100, 105
 Molekular-biologie 23
 Morapolizei 64, 66
 Mozarts Zaubерflöte 21
 Mukeryan 89, 98, 178
 Mustafa Barzani 161, 162, 167, 168,
 179, 180, 183, 184, 185, 192,
 199, 211
 Mustafa Kemal 7, 120, 121, 139,
 148, 149, 151, 152, 153, 156, 160
 Nahen Osten 12, 18, 48, 49, 60, 100,
 103, 124, 174, 217
 Nancy Faeser 239
 Nationalstaat 32, 34, 37, 41, 80, 149,
 150, 151
 NATO 69, 70, 217
 Nordirak 67, 68, 69, 155, 208, 216,
 221
 Nusch-i-Dschan 89
 Omaijsaden 6
 Orient 6, 95
 Ost-Anatolien 27
 Oströmische Reich 5
 palästinensische 31, 56
 PDK-Iran 236
Peshmerga 221
 PKK 9, 10, 211, 212, 219
 Populationsgene-tiker 27
 Proxy-Strategie 48, 50
 Qalayci 89, 90
Qamischli 224, 230
 Qazi Muhammad 12, 13, 14, 171
 Qurti 95
 R. Spencer Wells 27
 Rawadi 6
 Republik Mahabad 2, 12, 13, 14, 36,
 170, 171, 172
 Revanduz 119
Rojava 221, 226, 230
 Rojhalat 67
 Saadabad-Abkommen 162, 163

Safewiten 119
Saqez 64, 67, 214
Saqez 235, 238
Saudi-Arabien 53, 54
Saudi-Arabiens 48, 53
Scheich Mahmud Berzenci 120
Scherefname 116, 117
Semdinli 219
Semi 117
Serefhan 116
Şerif Paşa 126, 127
Sèvres 8, 34, 43, 47, 120, 139, 147,
148, 149, 150
Shaddadiden 6
Solayman Moini 197

Soran 41
Sowjetunion 12, 13, 14, 35, 47
Suleimaniya 68
Sumerer 95, 96
Tanz der Proteine 21
Tristram Shandy 21
Ubeydullah 120, 131, 132, 133
Voltaires Candide 21
Woodrow Wilson 7
Xenophon 84
Xoyboun 157
YBP Gebiete 25
zarathustrischen Kurden 107
Zardosht 101
Zengiden-Dynastie 109

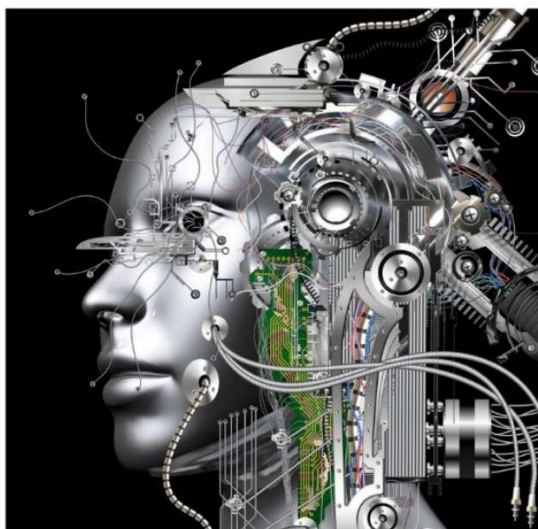


www.rojhalat.de

www.bokan.de

Das Buch „**Künstliche Intelligenz und Kapitalismus**“ wurde bereits im Jahr 2024 als digitale Version (PDF) unter Adresse: www.rojhalat.de / www.bokan.de veröffentlicht.

Künstliche Intelligenz (KI) und Kapitalismus



Nader Fathibokani

Februar 2024